# KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 189 Januar / Februar 2017 3,– €




ANF

Verhaftungen, Schließungen, Verbote ... Die Erdoğan-Diktatur geht gegen jegliche Opposition vor.




Zahlreiche Hilfsorganisationen und -vereine wurden geschlossen. Helft jetzt, unterstützt das Projekt der Familienpatenschaften. Einfach anrufen und nachfragen: Tel.: 01577-2085796



ANF

Am 9.1.2013 wurden Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris ermordet. Am 23. Januar sollte der Prozess gegen den mutmaßlichen Mörder beginnen. 36 Tage vor Beginn der Verhandlung ist Ömer Güney tot.

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr ist angebrochen und wir blicken nicht einfachen Zeiten entgegen. Der grenzüberschreitende Krieg des türkischen Staates gegen die kurdische Zivilbevölkerung und deren Freiheitsbewegung hat die letzten Monate des vergangenen Jahres komplett dominiert und auch für den Jahresanfang wird das wohl so bleiben.

Die Frage, die wir uns in diesem Zusammenhang stellen müssen, ist, was unsere Antwort darauf sein muss? Zunächst einmal dürfen wir uns von der gegenwärtigen Situation nicht erdrücken lassen. Uns muss klar sein, dass der Widerstand in Kurdistan auf allen Ebenen fortgesetzt wird. Wir müssen diesen Widerstand durch praktische Solidarität stärken. Und von Deutschland aus geht das besonders gut. Denn die Bundesregierung stützt derzeit mit am aktivsten die Diktatur Erdoğans. Deutsche Waffenlieferungen in die Türkei boomen, der schmutzige EU-Türkei-Flüchtlingsdeal verschafft der AKP diplomatischen und wirtschaftlichen Spielraum und die Repressionen gegen kurdische Aktivisten in Deutschland nehmen weiter zu. Und genau an diesen Punkten können wir aktiv werden, wir können beispielsweise mit öffentlichkeitswirksamen Initiativen gegen den Krieg in Kurdistan oder das in Deutschland bestehende PKK-Verbot auch hier eine Kraft gegen diese unmenschlichen Praktiken organisieren; wir können uns an bestehenden Kampagnen wie »TATORT Kurdistan« beteiligen und wir können die §129b-Prozesse gegen kurdische Aktivisten, die in mehreren deutschen Städten stattfinden, durch Prozessbeobachtungen begleiten und über sie informieren, um nur einige Beispiele zu nennen.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit können wir uns auch an der finanziellen Unterstützung von solidarischen Projekten in Nordkurdistan und in Rojava beteiligen. Der AKP-Staat hat zahlreiche Hilfsorganisationen, die humanitäre Hilfe für tausende Familien in der Region leisteten, ebenfalls verboten. Um das nicht einfach so hinzunehmen, können wir beispielsweise zu dem Projekt der Familienpatenschaften in Nordkurdistan beitragen. Wir können auch eines der zahlreichen Aufbauprojekte in Rojava unterstützen, die in Deutschland von der Stiftung der Freien Frau in Rojava (WJAR) koordiniert werden.

Natürlich müssen wir uns klarmachen, dass der Kampf gegen die kapitalistische Moderne nicht bloß in Kurdistan, sondern überall auf der Welt stattfindet. Deshalb stellt sich uns auch die Frage, ganz konkret hier vor der eigenen Haustür, was unsere Antworten auf die Angriffe des globalen Kapitalismus sind. Und in dieser Auseinandersetzung können wir sicherlich viel von den Erfahrungen und den Ideen der kurdischen Freiheitsbewegung lernen. Wir können uns zusammentun, Lesegruppen und Bildungsveranstaltungen organisieren und gemeinsam darüber diskutieren, wie wir denn leben wollen und was wir dafür tun müssen. Ein Termin, den mensch sich in dieser Hinsicht merken sollte, ist Ostern 2017, wenn zum dritten Mal die Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern« nach Hamburg einlädt.

Viel zu tun also im neuen Jahr. Für Schwarzsehen und Passivität bleibt da nicht viel Raum. Lasst uns also aktiv werden. Das ist letztlich auch die einzig richtige Antwort auf den Krieg in Kurdistan und anderswo und die Auswüchse der kapitalistischen Moderne.

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

# Der Kampf zwischen kapitalistischer und demokratischer Moderne

Mako Qocgiri, Ciwaka Azad e.V.

»Bis zu einer halben Million Menschen sind bisher im Südosten der Türkei durch die Kämpfe zwischen der Regierung und der PKK vertrieben worden. Journalisten, die sich kritisch über das Vorgehen der staatlichen Sicherheitskräfte äußern, droht Gefängnis […]«[1]

»Die Hexenjagd gegen Journalisten in der Türkei sprengt alle bekannten Dimensionen […]«[2]

»Indem sie Vorschriften zum Schutz vor Folter außer Kraft gesetzt hat, hat die türkische Regierung den Sicherheitsbehörden de facto einen Blankoscheck dafür ausgestellt, Gefangene nach Gutdünken zu foltern und zu misshandeln […]«[3]

Die türkische Regierungspartei AKP etabliert Schritt für Schritt eine brutale Diktatur in der Türkei. Die Folgen dieser Politik finden mittlerweile auch Eingang in die Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen. Lange schwiegen sie. Doch mittlerweile sind die Folgen dieser Politik so omnipräsent, dass eigentlich niemand die Augen vor ihr verschließen kann. Und doch tut sich auf der Ebene der internationalen Politik noch recht wenig. Eine unrühmliche Rolle spielt da insbesondere die deutsche Politik, doch dazu später mehr. Werfen wir zunächst einmal einen Blick auf die Entwicklungen der letzten zwei Monate in der Region.

In der Türkei herrscht weiterhin der Ausnahmezustand, der kurz nach dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli des vergangenen Jahres ausgerufen wurde. Mittels dessen baut der türkische Staatspräsident Erdoğan das Land nach seinen Vorstellungen um. Damit der Umbau in Richtung Präsidialdiktatur reibungslos vonstattengehen kann, müssen natürlich zunächst einmal die Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Und die Hindernisse, das sind in erster Linie die kurdische Befreiungsbewegung und die linksdemokratische Opposition im Land. Gegen diese geht das AKP-Regime deshalb aktuell sehr zielgerichtet vor.

## Operationen des politischen Genozids

Das besondere Augenmerk der AKP gilt hierbei der Demokratischen Partei der Völker (HDP). Denn der HDP war es bei den beiden Parlamentswahlen 2015 erfolgreich gelungen, das von Erdoğan angestrebte Präsidialsystem zu verhindern. Nun sollen sie dafür büßen. Und der Ausnahmezustand bietet hierfür die passende Gelegenheit.

Mittlerweile befinden sich zwölf Abgeordnete der HDP (Stand 14.12.16) in Haft, darunter die beiden Kovorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ. Doch nicht nur die Abgeordneten sind von der flächendeckenden Rache der AKP betroffen. Tausende Mitglieder der HDP überall in der Türkei und Bakûr/Nordkurdistan wurden in den vergangenen Wochen und Monaten inhaftiert; ein Ende der Operationen ist nicht abzusehen.

Neben der HDP sind auch die zivilen gesellschaftlichen Strukturen Ziel der Angriffe des türkischen Staates. Denn auf die Zerstörung zahlreicher kurdischer Städte folgten die Absetzungen und Inhaftierungen von unzähligen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Partei der Demokratischen Regionen (DBP). Ihre Posten werden nun von sog. Treuhändern übernommen, die von Ankara aus ernannt werden. Die Stadtverwaltungen übernehmen seitdem die Rolle von lokalen Direktionen der Kolonialherrschaft. Der Frontalangriff auf den Willen der Bevölkerung Nordkurdistans beschränkte sich nicht bloß auf die Stadtverwaltungen. Er wurde gleichzeitig flankiert durch eine breitangelegte Verbotspraxis gegen die kurdische Zivilgesellschaft. Weder Frauen- und Jugendverbände noch lokale und regionale Hilfsorganisationen blieben von

1 Amnesty International, 08.12.2016; http://www.amnesty.de/2016/12/8/amnesty-warnt-vor-zunehmender-unterdrueckung-der-zivilgesellschaft-weltweit?destination=startseite

2 Reporter ohne Grenzen, 13.12.2016; https://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung/weltweit-mindestens-348-journalisten-in-haft/

3 Human Rights Watch, 25.10.2015; https://www.hrw.org/de/news/2016/10/25/tuerkei-notstand-ermoeglicht-folter

den Verboten verschont. Nicht zu vergessen sind die anhaltenden Angriffe auf kurdische Medien und Journalisten, durch die der Vernichtungskampf des AKP-Regimes gegen den zivilen Bereich des kurdischen Widerstands komplementiert wird.

Die kurdische Bewegung fasst die Angriffe des türkischen Staates als »Operationen des politischen Genozids« zusammen – im Gesamtüberblick lässt sich eine passendere Umschreibung wohl kaum finden.

## Operationen des physischen Genozids

Wer denkt, dass die Angriffe des türkischen Staates sich allein auf Repressionsmaßnahmen beschränken, irrt sich gewaltig. Die Türkei hatte in Nordkurdistan bereits mit den Ausgangssperren, die vom Herbst des Jahres 2015 bis in das Frühjahr 2016 anhielten, unter Beweis gestellt, dass sie ihren Krieg gegen die kurdische Bevölkerung nicht nur mit Handschellen, sondern auch mit Waffen führt. Und so blendet die gegenwärtige Diskussion um die Wiedereinführung der Todesstrafe aus, dass die sogenannten Sicherheitskräfte des türkischen Staates bereits seit geraumer Zeit in Nordkurdistan Exekutionen vornehmen, die sich nicht nur gegen bewaffnete Kräfte der kurdischen Freiheitsbewegung richten. Der Menschenrechtsverein IHD spricht von mehr als 400 extralegalen Exekutionen im Jahr 2016.

Das AKP-Regime hat einen blindwütigen Vernichtungskrieg gegen die kurdische Freiheitsbewegung aufgenommen und führt derzeit einen grenzüberschreitenden Krieg gegen sie. Übermütig verkünden die AKP-Funktionäre, dass sie in diesen Wintermonaten zum vernichtenden Schlag gegen die PKK und die gesamte Freiheitsbewegung ausholen wollen.

## Außenpolitische Isolation und wirtschaftliche Probleme im Inland

Viel Grund zu Übermut gibt es dabei derzeit für die Türkei eigentlich nicht. Denn außenpolitisch steckt das Land weiter in der Sackgasse. Der Versuch, sich über die Teilnahme am internationalen Kampf gegen den IS zu profilieren, kann als gescheitert betrachtet werden. Zu frisch sind die Erinnerungen an den Schulterschluss des türkischen Staates mit dem IS beim Kampf um Rojava. Und so finden die Befreiungsoperationen gegen Raqqa im Norden Syriens und gegen Mûsil im Nordirak ohne türkische Beteiligung statt. Die Besatzungsoperation der Türkei im Norden Syriens ist zwar noch in vollem Gange. Aber nach der Niederlage der islamistischen Partner der Türkei in Helep (Aleppo) ist die Zusammenarbeit eher von Missmut geprägt. Auch die wiederholten Luftschläge gegen die Operation »Euphrat-Schild«, so der Name der türkischen Besatzungsoperation in Nordsyrien, machen klar, dass es dort Gegenwind für die Türkei gibt. Zwar ist offiziell nicht klar, wer hinter diesen Luftschlägen steckt, hinter vorgehaltener Hand wird aber zumindest von der Zustimmung Russlands für die Angriffe ausgegangen.

Ähnlich schwierig ist die derzeitige Ausgangslage für die Türkei im Norden des Irak. Eine Teilnahme an der Mûsil-




Aktuelles Plakat der Kampagne TATORT Kurdistan: tatort_kurdistan@aktivix.org

Operation scheint aussichtslos. Und auch die gegenwärtige Annäherung zwischen der südkurdischen Regionalregierung und der irakischen Zentralregierung ist nicht im Sinne von Ankara. Dennoch ist die Türkei weiterhin darum bemüht, die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) für ihre Pläne zu einem Großangriff auf die Qandilberge einzuspannen, der womöglich noch in diesem Winter stattfinden soll. Auch der Einfluss der kurdischen Freiheitsbewegung im Şengal-(Sindschar-) Gebiet wird sowohl von der südkurdischen PDK als auch der Türkei als Störfaktor betrachtet.

Insgesamt ist der Handlungsspielraum des türkischen Staates in der internationalen Politik somit eher beschränkt. Verstärkt wird dies durch den wirtschaftlichen Druck, unter dem das AKP-Regime aktuell leidet. Die Türkei steht am Rande einer Rezession. Die ausbleibenden Auslandsinvestitionen, der Wertverlust der Türkischen Lira und das Schrumpfen der Wirtschaft sind Ausdruck einer sich anbahnenden Krise, die weite Teile der Bevölkerung treffen dürfte. Noch gelingt es dem AKP-Regime mit nationalistischer Propaganda die Krise zu übertünchen. Doch die Fassade beginnt bereits zu bröckeln.

## Der Geist der demokratischen Moderne

Weitaus mehr als die eben genannten Punkte dürfte der anhaltende Widerstand der kurdischen Bevölkerung der AKP Kopfzerbrechen machen. Denn trotz aller Angriffe ist der Widerstandswille in Nordkurdistan ungebrochen. Für die organisierten Strukturen innerhalb der kurdischen Gesellschaft sind Verbote und Verhaftungen nichts Neues. Nach den KCK-Operationen zwischen 2009 und 2011 haben die kurdischen bzw. prokurdischen Parteien bei den Kommunalwahlen 2014 und Parlamentswahlen 2015 Rekordstimmenanteile eingefahren. Insofern dürfte der türkische Staat enttäuscht werden, wenn er sich mit seiner aktuellen Angriffswelle andere Ergebnisse erhofft. Das Verbot eines Vereins bedeutet in Nordkurdistan noch lange nicht, dass die Arbeiten, die unter dessen Dach ausgeübt worden sind, auch eingestellt werden. Die Zivilgesellschaft hat bereits angekündigt, dass sie ihre politischen und gesellschaftlichen Arbeiten unvermindert fortsetzen wird.

Gleichzeitig wächst der Einfluss der kurdischen Freiheitsbewegung in Südkurdistan und der Föderation Nordsyrien – Rojava weiter. Diese Tatsache drückt sich nicht bloß durch die anhaltenden Erfolge im Kampf gegen den IS aus. Vielmehr verbreitet sich der Geist der demokratischen Moderne innerhalb der Gesellschaften des Mittleren Ostens. Aus den multiethnischen militärischen Bündnissen in Nordsyrien erwachsen Projekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Völker. Die Rolle der Frauen im Kampf gegen den IS strahlt auf alle Frauen im Mittleren Osten aus und beflügelt den Frauenfreiheitskampf in der Region. Und die demokratische Selbstverwaltung in Rojava/Nordsyrien wird auch immer mehr für die Bevölkerung Südkurdistans zu einer greifbaren Alternative zu dem autokratischen System der KRG, zu dem die Menschen zunehmend das Vertrauen verlieren.

Doch diese Ausstrahlungskraft der kurdischen Freiheitsbewegung macht sie für weitaus mehr Mächte als bloß die Türkei zu einer potentiellen Bedrohung. So darf die punktuelle Zusammenarbeit zwischen der internationalen Koalition und den demokratischen Kräften in Nordsyrien nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Geist des globalen Kapitalismus und der Geist der demokratischen Moderne in diametralem Widerspruch zueinander stehen. So darf, trotz der aktuell durchaus vorhandenen Widersprüche zwischen dem Westen und der Türkei, die Möglichkeit eines gemeinsamen Angriffs dieser Mächte auf die kurdische Freiheitsbewegung auf Grundlage eines Kompromisses nie außer Acht gelassen werden. Denn während der türkische Staat auf die vollständige Vernichtung der Freiheitsbewegung abzielt, setzt der Westen wohl eher auf ihre Schwächung, um so die Gefahr, die durch die Freiheitsbewegung für die eigenen Interessen ausgeht, zu entschärfen.

## Vom Ausnahmezustand zum Dauerzustand – mit freundlicher Unterstützung der BRD

Um noch einmal zurück zu der Situation in der Türkei zu kommen: Die AKP hat eine faschistische Koalition mit der MHP gebildet, um mit den gemeinsamen Stimmen im Parlament über ein Referendum eine Verfassungsänderung durchzubringen. Als mögliches Datum für das Verfassungsreferendum wird der 2. April genannt. Dann soll also nach dem Wunsch der AKP das Präsidialsystem eingeführt werden. Die Frage, wie das System dann aussehen soll, erübrigt sich, wenn man einen Blick auf den gegenwärtigen Ausnahmezustand in der Türkei wirft. Kurz gefasst will Erdoğan diesen Ausnahmezustand zum Dauerzustand machen.

Dass die Türkei derzeit damit beschäftigt ist, die Hindernisse für dieses System aus dem Weg zu räumen, haben wir oben beschrieben. Doch lohnenswert ist in diesem Zusammenhang noch mal der Blick auf die Rolle Deutschlands. Obwohl die türkische Regierung mit ihrem aggressiven Auftreten gegenüber Europa und Deutschland immer wieder für öffentliches Aufsehen sorgt, steht die deutsche Bundesregierung derzeit so treu an der Seite der AKP wie wohl kein anderer Staat in Europa. Unvergessen ist die freiwillige Wahlkampfhilfe Merkels für Erdoğan bei den Neuwahlen vom 1. November 2015. Im Gegenzug für diese Schützenhilfe hält das Erdoğan-Regime nun nicht nur das »Flüchtlingsproblem« von Deutschland fern. Auch die Waffenexporte von Deutschland in Richtung

Türkei haben sich allein bis Ende November 2016 gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Und dabei handelt es sich um Waffen, die nachweislich auch im Krieg in Kurdistan eingesetzt werden.

Ebenso erfährt die AKP für die Repressionspolitik des türkischen Staates gegen kurdische Aktivisten Unterstützung aus Deutschland. Festnahmen und Verfahren gegen kurdische Aktivisten in Deutschland gibt es aktuell so viele wie schon lange nicht mehr. Und die Verbotsverfügungen gegen das Zeigen von Fahnen und Bildern bei Demonstrationen haben bereits ein ähnliches Ausmaß wie in der Türkei angenommen.

Das reicht der Türkei aber noch lange nicht. Sie ruft nicht nur die deutsche Bundesregierung immer wieder dazu auf, aktiver gegen vermeintliche Strukturen der PKK in der Bundesrepublik vorzugehen. Nein, sie setzt wohl nun auch ihre geheimdienstlichen Kräfte in Deutschland dafür ein, kurdische Aktivisten in Deutschland und Europa auszuschalten. Entsprechende Meldungen kursierten bereits auch in den deutschen Medien. Während also in Paris das Verfahren gegen den mutmaßlichen Mörder von Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez am 23. Januar beginnt, ist nicht auszuschließen, dass sich ähnliche Taten in Deutschland und Europa wiederholen. Die deutsche Politik zieht es unterdessen vor, gegenüber den Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes hierzulande beide Augen zu verschließen.

## Und das neue Jahr?

Das Jahr 2017 wird nicht einfach, das steht außer Frage. Aber es wird zugleich auch ein Jahr werden, das im Zeichen des Widerstands steht. Und mit dem Widerstand entwickeln sich oftmals Dynamiken, die nicht von vornherein abzusehen sind. Während in Nordkurdistan der Kampf gegen das AKP-Regime anhält, könnten sich im Zuge einer Wirtschaftskrise auch im Westen der Türkei unverhoffte Widerstandspotentiale gegen die Diktatur Erdoğans entwickeln. Und während in Südkurdistan die Ideen der kurdischen Freiheitsbewegung weiter Fuß fassen werden, gilt es in der demokratischen Föderation Nordsyrien – Rojava die gesellschaftliche Alternative weiter auszubauen und zu verteidigen. Eine Einschätzung zu Rojhilat, dem Osten Kurdistans, fällt derzeit schwer, da es von außen kaum einen Einblick in die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse des Iran gibt. Aber dass der Ausbau der Revolution von Rojava auch die Hoffnungen auf eine gesellschaftliche Alternative in Rojhilat stärkt, dürfte kaum zu bezweifeln sein. Und in Deutschland? Hier wird es wohl unsere gemeinsame Aufgabe sein, die Solidarität mit dem Freiheitskampf in Kurdistan weiter zu entfalten, gegen das PKK-Verbot und die Unterstützung Deutschlands für die Erdoğan-Diktatur zu arbeiten und aus der Praxis und Theorie der kurdischen Freiheitsbewegung Kraft für die hiesigen Kämpfe zu schöpfen. ♦




Aktuelles Plakat der Kampagne TATORT Kurdistan: tatort_kurdistan@aktivix.org

Der Traum des R. Tayyip Erdoğan von einem türkisch-islamischen Reich

# Alles ist möglich

Ferda Çetin, Journalist

Als sich Recep Tayyip Erdoğan 2014 für die Wahl zum Staatspräsidenten aufstellen ließ, bevorzugte er den Image- und Werbeberater Erol Olçak, mit dessen Hilfe er schon elf Wahlen gewonnen hatte. In seinem Werbefilm, den Erdoğan den Fernsehkanälen zur Ausstrahlung zugeschickt hatte, erklang zu Bildern aus dem Koran und der türkischen Flagge im Hintergrund seine Stimme, die über die Sehnsucht nach »einem großen Land« sprach, und es wurde ein 17. Stern zu den 16 vorhandenen Sternen auf der Präsidentenflagge hinzugefügt.

Die türkische historische These besagt, dass es bisher 16 türkische Reiche gegeben habe und die derzeitige türkische Republik die 16. Staatsform sei. R. T. Erdoğan sieht das aktuelle Regime als unzureichend an und bereitet mit seinem Regimeumbruch den 17. türkischen Staat vor. Dieser für die Präsidentschaftswahlen im Fernsehen ausgestrahlte Werbefilm Erdoğans wurde dann aber von der Wahlaufsichtsbehörde (YSK) nicht wegen der Botschaft eines Regimewechsels, jedoch wegen der Nutzung religiöser Botschaften und des Zeigens der türkischen Flagge verboten.

Tayyip Erdoğan hat unverzüglich nach seinem Antritt als Staatspräsident am 28. August 2014 damit begonnen, das derzeitige Regime umzuwandeln, und seinen Wunsch nach Gründung eines 17. türkischen Staates noch lauter werden lassen, indem er die ersten Schritte dahin unternahm. Die Vorbereitungen für ein neues Regime hatte er dabei direkt nach Antritt seiner zweiten Amtszeit als Ministerpräsident im Jahr 2007 eingeleitet, indem er als Amtssitz des Staatspräsidenten, der bis dahin immer im Çankaya-Palast residiert hatte, in Beştepe einen 1 150-Zimmer-Palast errichten ließ.

Die Architektenkammer Ankaras erklärte, dass die Ausgaben für den Bau dieses riesigen Palastes 1,37 Milliarden Türkische Lira betragen hätten. Noch während die Diskussionen über diese Ausgaben in vollem Gange waren, betonte Erdoğan, dass in diesem Palast nicht nur seine Arbeit stattfände, sondern neben den Vertretungen 23 arabischer Staaten auch die Turkstaaten im Kaukasus und andere Länder dort vertreten werden sollten. Seine Jahre später gemachte Aussage, dass »wir nicht auf Lausanne festgelegt werden können«, drückt aus, dass er anstelle der bisherigen Republik ein neues Sultanat gründen will.

Die auf den pompösen Stufen des Palastes rechts und links neben Erdoğan stehenden traditionell gekleideten Garden mit Schwertern und Säbeln stehen als jeweilige Vertreter der damaligen türkischen Staaten und sollen nicht nur den Größenwahn befriedigen, sondern auch Schritt für Schritt die offensichtlichen Zeichen des sich im Aufbau befindlichen neuen Regimes zeigen. Das 2014 von der AKP vorbereitete und der Öffentlichkeit als »neuer Ansatz« und »Wachstum« verkündete »Ziel 2023« ist im Grunde nichts anderes als die von R. T. Erdoğan erwünschte Errichtung eines neuen Regimes.

Tayyip Erdoğans Schicksal, beginnend mit einer ganz gewöhnlichen Umsiedlung als mittelloser Bewohner eines kleinen Dorfes in Rize nach Istanbul, nahm seinen Wendepunkt 1974, als er als Arbeiter im Istanbuler Rathaus begann.

Erdoğan besuchte die Oberstufe am Istanbuler Imam-Hatip-Lyzeum, die er 1973 mit dem Zertifikat abschloss, als Imam in den Moscheen tätig sein zu dürfen.

Das Interesse Tayyip Erdoğans an der Politik stieg ab 1975 an. Beeinflusst von seiner Umwelt und seiner Schule trat er in Verbindung mit islamischen Vereinen und Institutionen. Er wurde Mitglied der »Nationalen Türkischen Schülervereinigung« und las deren Publikationen. Außerdem sympathisierte er mit der »Millî-Görüş-Bewegung«, die vom späteren Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan geführt wurde.

Ab 1973 besuchte Erdoğan eine Handelsfachschule in Istanbul/Aksaray. Diese beendete er drei Jahre später mit seinem Abschluss. Machen wir hier einen Punkt und wenden uns dem »sensiblen« Thema zu, das intensiv diskutiert wird und das Erdoğan und seine Berater zu verdunkeln versuchen.

Der ehemalige Vorsitzende des Instituts für türkischen Geschichte und ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Partei für Nationalistische Bewegung (MHP), Yusuf Halaçoğlu, erklärte im Juni 2015 vor der Presse: »Ich habe gesagt, dass das Diplom des Präsidenten *[T. Erdoğan]* gefälscht ist, aber er zeigt mich nicht an. Normalerweise hätte er das schon längst getan.« Damit brachte er den Schulabschluss und das erhaltene Diplom Erdoğans auf die Tagesordnung.

Seitdem wurden in unterschiedlichen Zeitungen und auf Internetseiten tausende Nachrichten und Kommentare darüber geschrieben, dass Tayyip Erdoğan keinen Universitätsabschluss nach vier Jahren, sondern einen Fachhochschulabschluss nach drei Jahren erhalten habe. Während Tayyip Erdoğan sich zu diesen Behauptungen in Schweigen hüllt, ignorieren seine Berater und Helfer all diese Angaben. Zeitgleich mit diesen Diskussionen ist der Internetzugang zu den Seiten der Alumni der Marmaris-Universität gesperrt worden.

Obwohl die Republikanische Volkspartei (CHP) und die Demokratische Partei der Völker (HDP) offiziell im Parlament zur Sprache brachten, dass Erdoğan kein Diplom besitze, hat er dieses nicht vorzeigen können. Außerdem hat die Marmaris-Universität keine handfesten und glaubwürdigen Informationen herausgeben können. Fragen von Journalisten zu diesem Thema wurden mit Begründungen wie »Privatgeheimnis« abgewiesen.

Ein beiläufiger Einschub – nach Artikel 101 der türkischen Verfassung, in der die Wählbarkeitsvoraussetzungen aufgelistet sind, wird unter anderem der Abschluss einer Universität oder Fachhochschule nach einem mindestens vierjährigen Studiengang genannt. Erdoğan aber ist Absolvent einer dreijährigen Fachhochschulausbildung und kann keinerlei Belege über einen vierjährigen Studienabschluss vorweisen. Somit ist seine Präsidentschaft nicht legal.

Tayyip Erdoğan war 1975 der Jugendvorstandsvorsitzende der Millî Selamet Partisi (MSP – Nationale Wohlfahrtspartei) im Bezirk Istanbul-Beyoğlu und 1976 der Jugendvorstandsvorsitzende der MSP für Istanbul. 1984 war er Vorsitzender des Bezirks Istanbul-Beyoğlu. Im selben Jahr wurde er zum Istanbuler Vorsitzenden der Partei gewählt. Später ließ er sich von der Refah-Partei (RP – Wohlfahrtspartei) zum Bürgermeisterkandidaten für Istanbul für die Kommunalwahl am 27.03.1994 aufstellen. Mit 25,19 % wurde er zum Bürgermeister gewählt.

Erdoğan war eines der Gründungsmitglieder der 2001 gegründeten Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP – Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung). 2002 trat die Partei erstmals bei den Wahlen an und erhielt 34,43 % der Stimmen, womit sie unter der Führung des damaligen Ministerpräsidenten Abdullah Gül die 59. Regierung stellte. Da für Erdoğan noch ein politisches Betätigungsverbot galt, trat er nicht bei der Wahl an. Bei der Zwischenwahl am 9. März 2003 zog er als Abgeordneter für die Provinz Sêrt (Siirt) in das Parlament ein. Nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Gül wurde ihm am 14. März 2003 die Ministerpräsidentschaft übertragen. Die AKP, deren Vorsitzender Erdoğan war, erhielt bei den Wahlen 2007 46,58 % und 2011 49,83 %, womit er die 60. und die 61. Regierung anführte. 2014 wurde er mit 51,79 % zum Staatspräsidenten gewählt und trat diese Position nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident und Parteivorsitzender am 28. August 2014 an.

R. T. Erdoğan, der rasant und Stufe für Stufe vom mittelmäßigen Staatsbediensteten zum Staatspräsidenten aufstieg, und seine Familie haben längst ihre Wurzeln vergessen. Mit seinen Beziehungen, der Lebensweise, den Skandalen und angesammelten Reichtümern befindet er sich auf der Liste der reichsten Staats- und Regierungschefs an achter Stelle.

Tayyip Erdoğan betrachtet, seine politischen Ambitionen und günstige Voraussetzungen antreibend, die nationalen Grenzen als nicht mehr ausreichend. Er versucht die Sympathien der moslemisch-arabischen Welt zu sammeln, indem er Israel gegenüber verbalradikal und hart auftritt. Die Unterstützung der türkischen Nationalisten versucht er mit den Idealen »ein Vaterland, eine Fahne, eine Nation, eine Religion« zu gewinnen. Mit der Politik der letzten zwei Jahre treibt er den türkisch-islamischen Faschismus voran.

Angespornt von Beratern und Medien spricht er von sich als »Weltführer« und davon, die Türkei zum größten Staat der Region und der Welt zu erheben. Mit der Unterstützung von Schergen wie IS, Al-Nusra, Sultan-Murat-Brigaden, der FSA in Syrien und Irak, der Flugzeugkrise mit Russland, den ernsthaften Problemen mit den USA und der EU wird deutlich, dass dem Land eine Realpolitik fehlt und es dem Größenwahn eines Diktators ausgeliefert zu sein scheint.

Sein realitätsferner »Mut« und sein blindes »Drauflosgehen« werden von seinen Gesprächspartnern mit den Worten »er redet erst und denkt danach« beschrieben.

Erdoğan erklärt immer wieder, dass er größere Ziele habe, dass er das derzeitige Weltsystem nicht anerkenne. Er legt Beschwerden gegen die UN und den UN-Sicherheitsrat ein, dass die »Welt größer als fünf ist«, womit er eine Anwesenheit der Türkei im Sicherheitsrat intendiert. Seine Worte »wir brauchen die EU nicht, wenn nötig, treten wir der Shanghai 5 bei«, als die ein halbes Jahrhundert dauernden Beziehungen der Türkei zur EU nahezu beendet worden sind, machen seine

Unwissenheit über die fehlende Ebenbürtigkeit von Schanghai 5 (SOC – Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit) und EU deutlich.

Erdoğan stärkt seine Macht auf der Grundlage eines Krieges gegen die Kurden und einer Politik der Verhinderung jeglicher positiver Entwicklung zugunsten der Kurden in Irak und Syrien. Seine offene Unterstützung der Schergen des IS und der Al-Nusra in Syrien sind Beweise seiner Feindschaft gegenüber den Kurden. Der Grund für die Entwicklung guter Beziehungen zu Russland im Gegensatz zu den USA liegt darin, einen Block gegen die Kurden zu bilden.

Mit einem Wort, Tayyip Erdoğan ist mit seinem Milliarden-Dollar-Palast, seinen 5 000 Sicherheitsmännern, seiner Listung auf der Liste der reichsten Staatsvorsitzenden, seinen brutalen Repressionen gegenüber den Medien, den Verhaftungen von Oppositionellen eine schlechte Karikatur Hitlers bzw. Mussolinis.

Erdoğan will sich mit einem diktatorischen Regime unter dem Deckmantel einer »Präsidialmacht« lebenslange Garantien schaffen und alle Vorbereitungen für einen 2023 auszurufenden neuen, großen »türkisch-islamischen Staat« treffen, M. Kemal Atatürk überwinden und einen neuen osmanischen Staat proklamieren.

Der von Erdoğan verhängte Ausnahmezustand und die Dekrete, die ein Teil der willkürlichen Führung eines Landes durch einen Führer oder Sultan ohne Parlament und Regierung sind, bedeuten die Begründung des Faschismus in der Türkei.

In der derzeitigen Türkei wurde die Verfügungsgewalt über die hohen und regionalen Gerichte, die Sicherheitsbehörden, den Geheimdienst, das Parlament und die Regierung Schritt für Schritt auf R. T. Erdoğan übertragen und sie haben sich zu Institutionen gewandelt, die sich nur nach seinen Entscheidungen bewegen.

Die Ansichten Erdoğans erfüllen alle Eigenschaften einer faschistischen Diktatur und seine Aussagen und Aktivitäten sollen kein System umwandeln, sondern anstelle des hundertjährigen Regimes der türkischen Republik einen »neuen osmanischen Staat« gründen. Alle Vorbereitungen von Erdoğan zielen auf ein neues großtürkisch-islamisches Imperium unter seiner Führung.

Ist das möglich? Angesichts der Kräfteverhältnisse zwischen der Türkei, dem Mittleren Osten, Europa und der Welt und realpolitisch – nein. Aber aus der Sicht eines Diktators, der eine Machtvergiftung erlitten hat und zweifelsfrei größenwahnsinnig und psychopathisch ist, scheint alles möglich und jeden Preis wert zu sein. ♦




Demonstration am 8.12.2016 anlässlich des OSZE-Treffens in Hamburg: Stoppt die Kriegspolitik. Foto: A. Bender

Die Debatte um die Todesstrafe als Teil einer Phase des Genozids

# Von der Drohung zur Realität?

Mahmut Şakar, Rechtsanwalt und stellvertretender Vorsitzender von MAF-DAD e.V.

Die politischen Diskussionen um die Todesstrafe haben in der türkischen Politiktradition einen historischen wie gesellschaftlichen Kontext. Es handelt sich also nicht um eine Angelegenheit von heute. Neben der Abwehr politischer Forderungen, Tendenzen und Alternativen wurde die Todesstrafe stets als ein für die Zukunft gewichtiges politisches Instrument insbesondere an historisch kritischen Wendepunkten praktiziert.

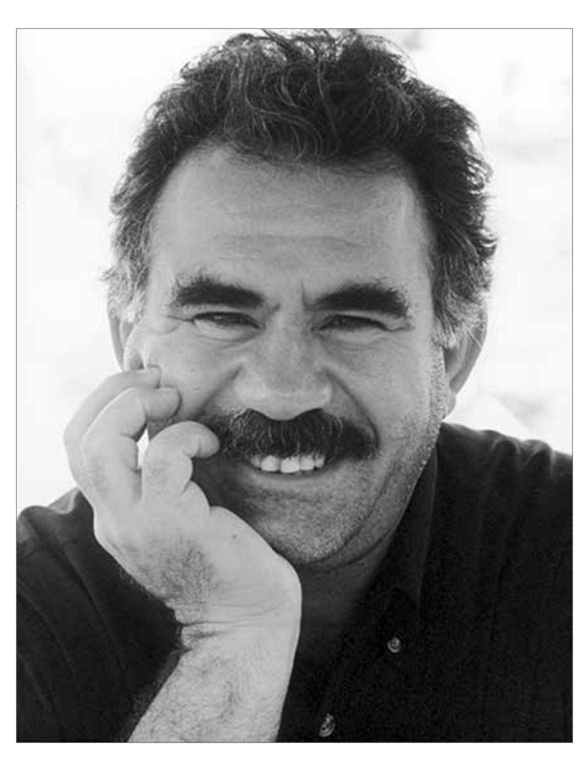
Seit der Gründung der Republik Türkei bis zur Gegenwart wurden im Anschluss an drei Militärputsche Todesstrafen verhängt und umgesetzt. Die Führer der rechtsgerichteten Demokratischen Partei (Demokrat Parti, DP), die nach dem Ende des Einparteiensystems in der Türkei 1950 an die Macht gekommen war, wurden nach dem Militärputsch vom 27. Mai 1960 in den Yassıada-Prozessen verurteilt. Gegen Ministerpräsident Adnan Menderes und zwei seiner Minister wurde anschließend auf der Gefängnisinsel Imralı die Todesstrafe vollstreckt. Wiederum nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 wurden auf Druck rechter Kreise und Parteianhänger 1972 die wichtigen Repräsentanten der 1968er-Generation Deniz Gezmiş, Hüseyin Inan und Yusuf Aslan erhängt. Neben dem für diese Epoche symbolhaft stehenden Erhängen des 17-jährigen Erdal Eren in der Zeit nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde als Folge dieses Putsches an fünfzig Personen die Todesstrafe durch den Strang vollstreckt. Allein diese kurze historische Referenz verdeutlicht, dass die Todesstrafe außer in gewöhnlichen Strafsachen als interne Kriegspraxis eingesetzt wurde. Dieser Umstand schafft uns eine bessere Grundlage, um die aktuelle Diskussion über die Todesstrafe einzuordnen.

Im Zentrum des Diskurses über die Todesstrafe steht die umstrittene Person Abdullah Öcalans. Im Jahre 1999 war er auf dem Wege eines internationalen Piratenakts entführt und der Türkei ausgehändigt worden, um im Schauprozess von Imralı mit der Todesstrafe verurteilt zu werden.

Dieses Urteil wurde vom obersten Gericht bestätigt und anschließend dem Amt des Ministerpräsidenten zwecks Vollstreckung zugeleitet. Aufgrund der damaligen politischen Bedingungen schob die Koalitionsregierung die parlamentarische Abstimmung über die Vollstreckung der Todesstrafe auf die lange Bank, um dann dem Beschluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) folgend die Vollstreckung komplett auszusetzen. Als Begründung wurde angeführt, dass durch diese Entscheidung das Risiko und die Gefahr eines Bürgerkrieges im Falle einer Hinrichtung Öcalans abgewendet worden seien.

Die Todesstrafe wurde in der Türkei zuletzt im Jahre 1984 praktiziert, die Vollstreckung aller weiteren Urteile wurde ausgesetzt. Nach der Unterzeichnung der Zusatzprotokolle 6 und 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention (ECHR) durch die Türkei war im Mai 2004 die Todesstrafe aus der Verfassung und den Gesetzen gestrichen und durch die verschärfte lebenslange Haft ersetzt *[endgültig]*. Die Isolationshaft und Todesstrafe im Fall Öcalan zeigen, dass mit der heute erneut entflammten Diskussion um die Einführung der Todesstrafe das Thema nur konjunkturell behandelt bzw. abgeschafft wurde. Dies sieht man auch deutlich an der Behandlung Öcalans. Insbesondere muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass in der Praxis auf dem Wege der Totalisolation eine verlängerte Todesstrafe umgesetzt worden ist. Das bestätigt der General Tuncer Kılınç, der zeitweise für die Sicherheit auf der Gefängnisinsel Imralı verantwortlich war. Er erklärte, dass die Maßnahme gegen Öcalan unersetzbar sei. Indem er hinzufügte, dass Öcalan nicht einmal, sondern jeden Tag aufs Neue umgebracht werden würde, bestätigt er die offizielle Ansicht der türkischen Behörden. Laut Öcalan ist die Gefängnisinsel Imralı als Foltersystem gedacht. Als ein außergewöhnliches Foltersystem, in dem sogar das Recht gänzlich ausgehebelt wird. Einige nach dem Ausnahmezustandsdekret eingeführte Maßnahmen mit Gesetzeskraft sind eigentlich eine Übernahme dieser auf Imralı geltenden Sonderanwendung der Isolationshaft.

Zum Beispiel die Aufzeichnung der Anwaltsgespräche, die obligatorische Anwesenheit einer dritten Person bei diesen Gesprächen, die willkürliche Einleitung von Untersuchungen ge-



»Heute ist die Debatte um die Todesstrafe für Oppositionelle und vor allem für Öcalan so weit gediehen, dass sie jederzeit praktisch werden könnte.«

gen Anwälte zwecks Entlassung aus ihrer Tätigkeit, die Begrenzung der Anwalts-Mandanten-Gespräche auf bestimmte Tage und Fristen usw. Diese sogenannten Öcalan-Normen sind sehr bald nach den Erfahrungen mit ihnen auf Imralı zu anwendbaren Maßstäben für die ganze Türkei geworden. Die Forderung nach der Todesstrafe als politische Aussage im Zusammenhang mit der Isolationspolitik war für Öcalan als Option eigentlich nie vom Tisch. Ganz besonders in Wahlkampfzeiten wird, um die Emotionen der türkischen Massen zu treffen, zwecks Stimmenfangs ein Wettrennen zwischen der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) und der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) veranstaltet, wer zuerst die Todesstrafe wieder einführt. Das führt sogar so weit, dass bei Wahlkampfreden vor Menschenmengen mit Galgenschlingen geworben wird.

Die Todesstrafe findet vor allem im politischen Jargon des türkischen Nationalismus höchste Legitimität. Seit 1999 wurde das Hängen Öcalans stets auf der Agenda gehalten. Die Forderung kam manchmal von Seiten der MHP und manchmal von anderen rechten Parteien. In der Bevölkerung wurde der Glaube, dass mit der Hinrichtung Öcalans die Kurdenfrage gelöst werden könnte, immer lebendig gehalten. Deshalb gehört diese Diskussion um Öcalan zu den Hauptthemen und -losungen des türkischen Nationalismus und seiner Anhänger. Vor dem Hintergrund dieser von EU-Kreisen kritisierten Debatte um die Todesstrafe ist zu unterstreichen:

**1.** Dieser Diskurs muss in direktem Zusammenhang mit dem im Oktober 2014 auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats (MGK) verabschiedeten und ab Juli 2015 angewendeten »Vernichtungsplan« gesehen werden. Wir alle kennen die Folgen der als türkische »tamilische Lösung« dargestellten zeitgenössischen Version des zwischen 1925 und 1938 praktizierten Şark-Islahat-Plans: die Zerstörung dutzender Städte, die Verbrennung zahlreicher Menschen in Kellern, die Vertreibung tausender Menschen, die Zerstörung von Lebensraum, die Vernichtung gesellschaftlicher und politischer Institutionen, die Entfernung kurdischen Personals aus dem öffentlichen Dienst, die Einführung der *[kommunalen]* Zwangsverwaltung u. a. Ein totalitäres Regime, in dem Legislative und Judikative komplett kontrolliert und von Erdoğan bestimmt werden, soll einer lang andauernden faschistischen Regierung den Weg ebnen. Man sollte nicht vergessen, dass der Diskurs über die Hinrichtung in dieser Atmosphäre neu entstanden ist.

**2.** Insbesondere führt die Diskussion um das Hängen Öcalans beim nationalistischen Lager zur forcierten Zerstörung in Kurdistan. Im Zuge des »Vernichtungsplans« sind ohnehin einige extralegale Paramilitärs installiert worden. Dieser Zustand kann dazu führen, dass gegebenenfalls alle Gruppen oder Oppositionellen, die nicht der Regierung gehorchen, vernichtet oder auf offener Straße ermordet werden.

In diesem Zusammenhang soll die Diskussion um die Todesstrafe stets die aktuelle Phase befeuern. Das heißt, die Todesstrafe und ein möglicher Genozid an den Kurden könnten zusammen zum Einsatz kommen und wären nicht voneinander zu trennen. Für beide Möglichkeiten ist die Wahrscheinlichkeit mehr denn je gegeben.

Zum Abschluss: Heute ist die Debatte um die Todesstrafe für Oppositionelle und vor allem für Öcalan so weit gediehen, dass sie jederzeit praktisch werden könnte. Innerhalb der Grenzen der Türkei existiert keine institutionelle, juristische oder moralische Grundlage, um diese Situation abzuwenden.

Im Hinblick auf internationale Beziehungen werden Partner und Bündnisse angestrebt, die diese gegebenen faschistischen Praktiken dulden.

Die Todesstrafe ist nicht mehr eine Bedrohung, Anschuldigung oder Behauptung. Die Neukonzeption der Todesstrafe für Oppositionelle ist zu einer jederzeit realisierbaren Gefahr geworden, weshalb jeder dazu eine klare Haltung einnehmen sollte. ♦

AKP und CHP im Kontext der Regime-Debatte in der Türkei

# Ohne klare Haltung hat die CHP keine Funktion

Baki Gül, Journalist

Auf den Ruinen des Osmanischen Reiches, das sich vor dem Ersten Weltkrieg 1914–1918 über drei Kontinente erstreckt hatte, wurde der Nationalstaat der türkischen Republik basierend auf einem türkischen Nationalismus und einem sunnitisch-islamischen Glauben gegründet. Der Versuch von Mustafa Kemal und seinen Mitstreiter*innen, sich im internationalen Kontext als »westlich-säkular« zu positionieren, ist über die gesamte Historie der türkischen Republik rein formell geblieben. Nach der ersten Parlamentssitzung vom 19. Mai 1919, auf der Kurd*innen, Türk*innen, Christ*innen, Alevit*innen und andere gesellschaftliche Repräsentant*innen aus Anatolien, Thrakien und Mesopotamien versammelt waren, wurde die Repräsentanz dieser Gruppen mit dem Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923 und der Gründung der Republik Türkei am 29. Oktober 1923 an den Nagel gehängt. Es wurde ein Staatsystem implementiert, das Zwangsumsiedlungen der nicht muslimischen Bevölkerung, die Nichtanerkennung der einen großen Anteil der türkischen ausmachenden alevitischen Bevölkerung und die Leugnung der Kurd*innen vorsah.

Als die Republik 1925 und 1938 mittels der Unabhängigkeitsgerichte Kurd*innen und Alevit*innen an den Galgen brachte, vermochte sie es gegenüber den Europäer*innen als einen »Kampf gegen feudale Rückständigkeit« darzustellen. In diesem »Kampf« steckt somit auch die Leugnung des millionenfachen Bevölkerungsanteils von Kurd*innen und Alevit*innen. Deren Leugnung, die Assimilation, das Verbot der Sprache, die Unterdrückung der Religionsausübung, die Zwangsumsiedlung und die militärische Vernichtung bildeten das Fundament dieser Politik, die durch die »Republikanische Volkspartei« (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP), eine Nachfolgerin der von Mustafa Kemal und seinen Mitstreiter*innen gegründeten »Volkspartei« ((Cumhuriyet) Halk Fırkası), durchgesetzt wurde. Die Phase der alleinigen Regierungsmacht der Republikanischen Volkspartei, die Hegemonie der CHP genannt wurde, hatte von ihrer Gründung 1923 bis 1950 Bestand. Die Türkei hat unter der Hegemonie der CHP im Inneren bis in die fünfziger Jahre Kurd*innen, Alevit*innen, Armenier*innen, Pontus-Griech*innen und andere ethnische wie religiöse Gruppen unterdrückt und unter der Prämisse des »Türk*innentums« zu marginalisieren und zu vernichten versucht. Auch wenn sich die CHP als säkular und westlich orientiert darstellte, hat sie den türkischen Nationalismus und den sunnitischen Islam ins Zentrum des Staates gerückt und sich dementsprechend institutionell aufgestellt.

Mit ihrem säkularen Ansatz stellte sie sich gegen das osmanische Kalifat und mit ihrer Westorientierung sowie der Darstellung der Kurd*innen als feudal-rückständig legitimierte sie die Säuberungsmaßnahmen gegen sie. Die Hegemonie der CHP hat sich in dieser Form bis 1950 herausgebildet. Mit den Wahlen am 14. Mai 1950 beendete die 1946 gegründete nationalkonservative »Demokratische Partei« (Demokrat Parti, DP) das Einparteiensystem. Allerdings hat sich die DP nicht von der türkisch-nationalen und sunnitisch-islamistischen Linie verabschiedet. Vielmehr verfolgte sie die Unterdrückungs- und Säuberungsmaßnahmen gegen die anderen Identitäten und Religionen weiter. Unter ihrer Führung wurde die Türkei am 18. Februar 1952 Mitglied der NATO, damit vollzog sich ein klarer Schwenk hin zu einer liberalen Wirtschaft und zur Linie des sunnitischen Islams im türkischen Staat. Die Macht- und Hegemonialkämpfe zwischen CHP und DP verschärften sich in dieser Phase zunehmend. Unter dem Einfluss der weltweiten Entwicklungen begann in der türkischen Politik die Phase der Militärputsche. Am 27. Mai 1960 verübten die türkischen Streitkräfte einen Staatsstreich gegen die DP-Regierung. Das »Komitee der Nationalen Einheit« übernahm die Führung und richtete den Außenminister der DP Fatin Rüştü Zorlu und den Finanzminister Hasan Polatkan am 16. September 1961 durch den Strang hin, am 17. September dann Ministerpräsident Adnan Menderes. Angesichts des Militärputsches von 1960 können wir erkennen, durch wessen Hand die Hegemonie des Systems geformt wird. Der Putschmechanismus kam seitdem in einem zehnjährigen Rhythmus zum Tragen, so entstand im Grunde eine Tradition. Am 12. März 1971 wurde ein Militärputsch zur Unterdrückung revolutionärer Entwicklungen durchgeführt, dem folgte der Putsch vom 12.

September 1980. Die auffälligste Entwicklung in dieser Phase war die Organisierung der Kurd*innen unter der Führung der »Arbeiter*innenpartei Kurdistans« (Partiya Karkerên Kurdistanê, PKK). Damit wurde der nationale Befreiungskampf in Form eines Guerillakampfes eingeläutet.

Der türkische Staat hat, um den politischen Islam zu etablieren, wichtige politische Arbeitsfelder entwickelt und dadurch die türkisch-islamistische Linie zu ihrer Hauptorientierung gemacht. Dementsprechend haben sich die politischen Parteien, die sich als kemalistisch-säkular und sozial-demokratisch artikulieren, über die ursprüngliche Linie der CHP entwickelt, so zum Beispiel die »Demokratische Linkspartei« (Demokratik Sol Parti, DSP) Bülent Ecevits, die »Sozialdemokratische Populistische Partei« (Sosyaldemokrat Halkçı Parti, SHP) und die heutige CHP.

Aus der nationalistisch-islamistischen Linie der DP heraus bildete sich die »Partei des Rechten Weges« (Doğru Yol Partisi, DYP) Süleyman Demirels, die »Mutterlandspartei« (Anavatan Partisi, AP) Turgut Özals, die »Nationale Sicht« (Millî Görüş) Necmettin Erbakans, die »Partei der Nationalistischen Bewegung« (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) des türkischen Faschisten Alparslan Türkeş und die heutige Partei Tayyip Erdoğans, die »Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung« (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP). Auch wenn es Parteien wie die »Türkische Arbeiter*innenpartei« gab, die einen links- und proletarisch orientierten Ansatz hatte, war der türkische Staat bestrebt, das Überleben solcher Parteien im politisch-legalen Bereich zu unterbinden.

Dennoch entstanden zwischen 1990 und 2016 zur Vertretung der Kurd*innen und demokratischer Kreise die »Arbeitspartei des Volkes« (Halkın Emek Partisi, HEP), die »Demokratiepartei« (Demokrasi Partisi, DEP), die »Partei der Demokratie des Volkes« (Halkın Demokrasi Partisi, HADEP), die »Partei der Demokratischen Gesellschaft« (Demokratik Toplum Partisi, DTP), die »Demokratische Partei des Volkes« (Demokratik Halk Partisi, DEHAP), die »Partei des Friedens und der Demokratie« (Barış ve Demokrasi Partisi, BDP) und die heutige »Demokratische Partei der Völker« (Halkların Demokratik Partisi, HDP) und die »Partei der Demokratischen Regionen« (Demokratik Bölgeler Partisi, DBP). Sie versuchten durch ihre anhaltenden Bemühungen, am politischen Wesen der Türkei teilzuhaben. All diese Parteien drückten das politische Interesse der Kurd*innen, Alevit*innen und Demokrat*innen aus. Doch bis auf die aktuellen HDP und DBP wurden alle anderen unter den Vorläufern von CHP und AKP aufgelöst und verboten.

Mit diesen kurzen historischen Ausführungen zu den politischen Parteien und Führungen können wir den versuchten Militärputsch vom 15. Juli 2016 und die Lage, in die die Türkei durch Tayyip Erdoğans AKP und die politische Haltung von MHP und CHP gebracht worden ist, besser verstehen.

Auch wenn die Republik ein unitäres und parlamentarisches System hat, ist der Austausch der Regime durch einen Militärputsch genauso »normal« wie der Wechsel durch Wahlen. Trotz des republikanischen Staatssystems und trotzdem die Machteliten gemäss den globalen Machtverhältnissen Haltung und Position beziehen können, verfolgen sie im Kern eine türkisch-nationalistische und sunnitisch-islamistische Linie.

Auch wenn die Republik ein unitäres und parlamentarisches System hat, ist der Austausch der Regime durch einen Militärputsch genauso »normal« wie der Wechsel durch Wahlen. Trotz des republikanischen Staatssystems und trotzdem die Machteliten gemäß den globalen Machtverhältnissen Haltung und Position beziehen können, verfolgen sie im Kern eine türkisch-nationalistische und sunnitisch-islamistische Linie. Mit der Gründung der AKP hat sich eine islamische, nationalistische, konservative Linie institutionalisiert. Die CHP hatte zuvor auf einem sozialdemokratischen Fundament dasselbe verfolgt. Sowohl die MHP als auch die anderen Systemparteien haben sich ein grundlegend rassistisches Programm zu eigen gemacht. Das Bestreben der Kurd*innen, sich demokratisch zu artikulieren, ist durch diese Parteien immer wieder verhindert worden.

Am 15. Juli 2016 wurde wie bereits in den Jahren 1960, 1971 und 1980 mit der Begründung geputscht, dass »die Einheit und der Fortbestand des türkischen Staates bedroht« seien. Die AKP verstand den Putschversuch als gegen sich gerichtete Unternehmung und hat das, was die Putschist*innen vorhatten, letztlich selbst realisiert. Sie hatte bei der Parlamentswahl vom 7. Juni 2015 die absolute Mehrheit im Parlament und somit ihre Alleinherrschaft verloren. Die Korruption von Tayyip Erdoğan und seinen Freund*innen, die Erfolglosigkeit von AKP und Militär gegen den kurdischen Widerstand, die nicht lösungsorientierte Politik in der regionalen Krise und gegenüber dem Chaos in Syrien und dem Irak, die Krise und die Widersprüche im Verhältnis zur EU, den USA und der NATO haben die türkische Elite unter der Losung zusammengebracht, dass »der letzte türkische Staat konstitutionell bedroht ist«. Daher haben sich AKP, MHP und CHP nach dem

15. Juli vereint, um »den Fortbestand des letzten türkischen Staates zu sichern«.

Als AKP und MHP die politischen Interessen Erdoğans durchzusetzen bemüht waren und deswegen die Repression und Unterdrückung zu legitimieren versuchten, wurde offensichtlich, dass der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu die AKP unterstützt. Die Politik der CHP und Erdoğans Politik der Unterdrückung waren nach dem 15. Juli deckungsgleich. Die CHP hat auf Bitten Erdoğans die Verhängung des Ausnahmezustands und das Aussetzen von Verfassungsbestimmungen und internationalen Vereinbarungen direkt und indirekt unterstützt.

Erst das gemeinsame konstitutionelle Vorgehen von AKP und MHP und die Repression, die zuerst auf die Anhänger*innen Fethullah Gülens abzielte, danach die Kurd*innen und die demokratischen Kräfte der Türkei und schließlich sogar die CHP selbst bedrohte, hat Letztere zur Änderung ihrer Haltung gezwungen. Was jedoch nicht gegen die totalitäre, nationalistische und religiöse Linie von Erdoğan und MHP gerichtet ist und durch den weiteren Kurs gegen Kurd*innen und Alevit*innen weiterhin keinen demokratischen Charakter beweist.

Die CHP schweigt angesichts der faschistischen Maßnahmen der AKP und Erdoğans, durch die zehntausende Menschen festgenommen und verhaftet, zehntausende Staatsbedienstete suspendiert, Unternehmen enteignet, oppositionelle Zeitungen und TV-Anstalten geschlossen und verboten, etliche gewählte Stadtverwaltungen unter Führung der DBP mit Putschmethoden ihrer Amtsausübung beraubt, die HDP-Kovorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ sowie viele weitere inhaftiert und kurdische Städte zerstört worden sind. In einigen Städten dauerten Ausgangssperren und Besatzung teilweise über ein Jahr an, das türkische Militär ist in syrisches Territorium einmarschiert und plant eine Invasion in Südkurdistan und Mûsil (Mosul).

Nachdem die AKP und Erdoğan allerdings die CHP und deren Vorsitzenden Kılıçdaroğlu unmittelbar angegriffen hatten, versuchte die CHP ihre Politik zu ändern. Aber das hat sie politisch wirkungslos gemacht und dazu geführt, dass ihre demokratische Identität hinterfragt wurde. Hätte sie sich stattdessen gegen die Repression gegen die von über sechs Millionen gewählte HDP gerichtet, sich bei der Schließung von Medienunternehmen nicht hinter die AKP gestellt und sich der Entsendung türkischen Militärs in den Irak und nach Syrien verweigert, könnten AKP und MHP heute ihre türkisch-sunnitische und islamistische Linie nicht institutionalisieren und die Diktatur Tayyip Erdoğans hätte keinen Bestand mehr. ♦




Auch Sebahat Tuncel, Kovorsitzende der DBP, wurde erneut verhaftet. Foto: ANF

Interview mit Newal Botan zum Widerstand in Cizîrê Botan

# Wir konnten nicht passiv bleiben ...!

Çîya Kezwan, Rojava, 19. November 2016

Vor einem Jahr verteidigte die Bevölkerung in vielen Städten von Bakûr/Nordkurdistan ihr Recht auf Selbstverwaltung. Da offensichtlich geworden war, dass sich der AKP-Erdoğan-Faschismus nicht durch Wahlen beseitigen lassen würde und Recht zu Unrecht geworden war, wurde Widerstand zur Pflicht. Viele Gemeinden Kurdistans beteiligten sich an diesem Widerstand, der vom Konzept des Demokratischen Konföderalismus und der erfolgreichen Verteidigung von Kobanê inspiriert war. Auch wenn das faschistische AKP-Regime ganze Städte mit Panzern und Hubschraubern zerbombte, Hunderte von Menschen bei lebendigem Leibe verbrannte oder durch Scharfschützen ermordete und nun Zehntausende in Gefängnisse sperrt und foltert, so wird es ihm weder gelingen die Wahrheit zu vertuschen noch Menschen von ihrem Kampf für Freiheit und Würde abzuhalten. Das spüre ich ganz deutlich bei meiner Begegnung mit Newal Botan auf den Kezwan-Bergen in Rojava.

Newal Botan wurde im Jahr 2000 in Silopî geboren. Ursprünglich kommt ihre Familie aus dem Dorf Neraxî im Kreis Qileban, das im Türkischen Uludere heißt. Ihr Dorf wurde Anfang der 1990er Jahre durch das türkische Militär entvölkert und zerstört. Über ihre Familie sagt Newal: »Unsere Familie hatte eine an freiheitlichen Werten orientierte Lebenskultur. Deshalb wurden Frauen nicht mehr so wie früher unterdrückt. Meine Mutter erzählte, dass mein Vater früher anders gewesen sei. Als sie jedoch mehr und mehr die PKK kennenlernten, wirkte sich das positiv auf die Beziehungen in unserer Familie aus. Das zeigte sich insbesondere im Umgang mit Frauen und Kindern.«

Bereits von Kindheit an sind Newal und ihre Familie immer wieder mit staatlichen Repressionen konfrontiert. Nach einer Aktion zum Protest gegen die Ermordung von Haci Lokman Birlik[1] wird sie in Şirnax verhaftet. »In der Polizeihaft habe ich am eigenen Leib erfahren, was für eine Politik der Staat Frauen gegenüber anwendet: Folter, Erniedrigung, sexuelle Belästigung bis hin zu Vergewaltigung. Aufgrund mangelnder Beweise mussten sie mich jedoch wieder freilassen«, erzählt Newal. Sie hatte schon während ihrer Schulzeit im jungen Alter von 13 Jahren begonnen, sich in der kurdischen Jugendbewegung zu organisieren; sie beteiligte sich am Aufbau und an der Verteidigung demokratischer Selbstverwaltungsstrukturen – erst in Bakûr, nun in Rojava.

**Wie hast Du das Jahr 2015 zwischen den Wahlen vom 7. Juni und den Widerständen für demokratische Selbstverwaltung erlebt?**

Zur Zeit der Wahlen vom 7. Juni 2015 war ich in Silopî und habe dort die Freude und Begeisterung gemeinsam mit der Bevölkerung erlebt. Die langen Jahre der Mühen für die Organisierung der Bevölkerung in den Städten hatte Früchte getragen. Das zeigte sich im Wahlerfolg. Nach all den Jahren, die die KurdInnen unter Folter, Unterdrückung und Massakern der AKP gelitten hatten, zeigten sie nun, dass sie auf ihren eigenen Beinen stehen. Es war zu spüren, dass die Menschen auf sich selbst und ihre eigene Kraft vertrauen und zu neuen Schritten bereit sind.

Nach den Wahlen gab es einige Gefechte in Silopî. Jugendliche, Frauen, Kinder, alte Menschen wurden durch die Polizei gezielt ermordet. Beispielsweise wurde eine Mutter mit ihrem Kleinkind auf dem Arm auf dem Dach ihres Hauses in dem Taxa[2] Şehîd Harun durch Scharfschützen der Polizei erschossen. Auch Familien, die der Bewegung zuvor nicht nahe standen, hatten ermordete Angehörige zu beklagen. Die Angriffe des Staates waren auf alle KurdInnen gerichtet – egal ob sie CHP, HDP oder AKP gewählt hatten. Diese Situation erzeugte politisches Bewusstsein in der gesamten Bevölkerung. Zuvor hatte die Familie des Ağa (Großgrundbesitzers) immer die AKP unterstützt und sich hinter der Polizei versteckt. Aber bei diesen Wahlen realisierte auch diese Familie, dass die AKP

1 Am 3. Okt. 2015 wurde der kurdische Schauspieler Haci Lokman Birlik von Polizisten in der Innenstadt von Şirnax gefoltert, erschossen und nackt an ein Polizeiauto angebunden durch die Gegend geschleift.

2 Tax: kurdischer Begriff für Stadtviertel, Nachbarschaft oder Straßenzüge

die KurdInnen unterdrückt. Es gab nach den Wahlen und den Morden eine große Wut in der Bevölkerung von Silopî. In dieser Zeit begannen wir auch mit der Vorbereitung für den Aufbau und die Verteidigung der lokalen Selbstverwaltung in Silopî. Wir haben eine kommunale Bäckerei aufgemacht, wir organisierten Unterricht und eröffneten Volkshäuser (Mala Gel) in den Vierteln.«

In Cizîr (Cizre) gab es Akademien für die politische Bildung der Bevölkerung. Auch aus Silopî und anderen Städten gingen Menschen nach Cizîr, um sich an den Akademien fortzubilden und eine aktive Rolle im Aufbau der verschiedenen Bereiche der Selbstverwaltungsstrukturen spielen zu können. Damit wurden Vorbereitungen getroffen, das Modell der Demokratischen Autonomie, dem freiheitlichen Paradigma von Abdullah Öcalan entsprechend auch in Bakûr umzusetzen. Unser Ziel ist, dass sich die Bevölkerung – jenseits von Staat und Macht – selbst verwalten kann. Die Erfahrungen des Aufbaus und der Verteidigung der Demokratischen Autonomie in Rojava stellten eine wichtige Inspirationsquelle für die Menschen in Bakûr dar. Mit der Idee des Aufbaus der Demokratischen Autonomie in allen Teilen Kurdistans und des Demokratischen Konföderalismus als Verbindung unter den verschiedenen Teilen waren die Grenzen für uns praktisch bedeutungslos geworden. Es ging um den Aufbau einer freien demokratischen Gesellschaft auf der Basis der Frauenbefreiung.

**Wie sind der Aufbau und die Ausrufung der autonomen Selbstverwaltung in Botan verlaufen? Und wie war die Rolle der Frauen und Frauenräte in diesem Prozess?**

Während des Widerstands von Kobanê hatte es in der Bevölkerung eine große Unterstützung und Aufstände gegeben. Die Bevölkerung in Botan hat die Bevölkerung von Kobanê in jeglicher Hinsicht unterstützt, sowohl bei der Verteidigung als auch beim Neuaufbau. Auf dieser Grundlage fand auch der Aufbauprozess der Demokratischen Autonomie in Botan statt.

In dieser Zeit spielte in Silopî Hevala Pakize[3] eine wichtige Rolle. Sie hat sich insbesondere auch um den Frauenrat gekümmert. Zu diesem Zeitpunkt war die Selbstverwaltung noch nicht offiziell ausgerufen worden, aber es fanden Planungen dazu statt. Wir diskutierten viel mit der Bevölkerung darüber, wie wir uns selbst verwalten können. Haus für Haus, Straße für Straße wurden die Familien besucht und gemeinsam wurde diskutiert. Es wurden Demonstrationen organisiert. Die Bevölkerung entwickelte ein großes Bewusstsein und wurde immer aktiver. Sie arbeiteten in allen Bereichen mit – egal, ob legal oder illegal. Die Jugendbewegung fand immer mehr Zulauf. Wir organisierten Kundgebungen und Proteste. Im Mala Gel fanden viele Versammlungen und Gespräche statt, um die Demokratische Autonomie bekannt zu machen und Menschen zu ermutigen, sich selbst in den Aufbauprozess einzubringen.

Im Mala Gel und im Volksrat organisierte sich die Bevölkerung. Die Menschen kamen von selbst, denn diese Orte waren für sie ein Ausdruck der Menschlichkeit und der Solidarität. Mütter, Kinder, Jugendliche, alte Menschen, alle waren bereit. Es war ein sehr schönes Umfeld und eine gute Stimmung.

Nach der Verkündung der demokratischen Selbstverwaltung und den Angriffen des Staates darauf konnten wir nicht passiv bleiben. Das hieß für uns, mit dem militanten Widerstand beginnen; den Feind aus unserer Nachbarschaft und unseren Stadtvierteln zu vertreiben.

**Welche Rolle haben die MitarbeiterInnen der Volksräte und Frauenräte in dieser Phase gespielt?**

Die ersten Gefechte mit dem Staat hatte es in Silopî während der Wahlen gegeben.

Deshalb waren wir davon ausgegangen, dass die ersten und härtesten Kämpfe höchstwahrscheinlich in Silopî beginnen werden. Darum waren wir überrascht, als plötzlich die Kämpfe in Cizîr in einer solchen Härte losgingen. Ich war eine Woche nach den Wahlen von Silopî nach Cizîr gekommen. Die AKP hatte verlautbaren lassen, dass sie die Wahlen nicht anerkennt. Es folgten Hinrichtungen, Plünderungen und Repressionen. Sie planten ein derartiges Massaker, dass die Bevölkerung die Wahlen vergessen sollte. Damit bereiteten sie Einschüchterungen und Wahlbetrug für die erneuten Wahlen vor.

Im September 2015 wurde die Stadt 9 Tage lang durch das Militär belagert, die Strom- und Wasserversorgung der Stadt wurde abgestellt. Niemand konnte mehr in die Stadt rein oder raus. Es war lebensgefährlich sich auf der Straße zu bewegen. Aber unser entschlossener Widerstand der Selbstverteidigung bewirkte, dass sich das Militär nach 9 Tagen wieder zurückzog und die Ausgangssperre wieder aufgehoben werden musste.

Zum ersten Mal habe ich in Cizîr wirklich gespürt, dass das Volk zur PKK geworden war. Die Parole »Die PKK ist das Volk und das Volk ist die PKK!« war in den Persönlichkeiten von Heval Mehmet Tunç und Hevala Asya verwirklicht. Obwohl er kein Kader war, war die Haltung von Heval Mehmet wirklich die eines Militanten der PKK. Das heißt, so sehr ein Mensch sich seelisch mit den Werten der PKK identifiziert, so

3 Pakize Nayir, Kovorsitzende des Volksrates von Silopî. Sie wurde gemeinsam mit den Aktivistinnen der Frauenbewegung Fatma Uyar und Seve Demir am 5. Januar 2016 in Silopî durch türkische Spezialeinheiten ermordet.

sehr kann er sie auch in seinem Leben repräsentieren und umsetzen. Die Worte von Heval Mehmet und Hevala Asya, ihre Aufrufe haben der Bevölkerung Kraft gegeben. Wenn Heval Mehmet durch die Straßen ging, haben sich alle gefreut. Er hat sich mit allen unterhalten, hatte für alle Verständnis. Wenn es ein Problem gab, hat er sich dafür eingesetzt, es zu lösen. Deshalb genoss er in der Bevölkerung großes Vertrauen. Er hat wirklich seine Rolle gespielt. Er ist aufgestanden und hat den Menschen Mut gegeben, selbst auch aufzustehen. Die Persönlichkeiten von Heval Mehmet, Hevala Asya und Hevala Seve waren für mich ein großes Beispiel. Ihre Eigenschaften und ihre Haltung haben mich sehr beeindruckt. Heval Mehmet hat uns als Jugendlichen jedes Mal, wenn er kam, Perspektiven gegeben und uns in unserer Arbeit unterstützt. Er hat das als Vorschlag formuliert: »Guckt, wenn ihr das nicht so macht, sondern so, dann wäre das viel besser ...« Das, was er gesagt hat, hatte wirklich Hand und Fuß. Es war sehr wertvoll für uns.

Er hatte großes Einfühlungsvermögen für die Bevölkerung, er verstand die Psychologie der Menschen. Er wusste, was die Menschen wollen und wann sie bereit sind, wann der Zeitpunkt gekommen war zu handeln. Ich habe zum ersten Mal so einen Menschen kennengelernt, der die Phase so tief und genau verstanden hat und genau wusste, was zu tun war. Er ist auf Menschen zugegangen, die uns nicht die Tür geöffnet haben. Er ist mit sehr großem Mut auf die Straße gegangen und hatte niemals Angst davor, ermordet zu werden. Er hat alles getan, um die Bevölkerung in Bewegung zu versetzen und zum Widerstandleisten Mut gemacht. Obwohl ihm viele sagten, »es ist gefährlich, geh nicht auf die Straße!«, war er trotz Ausgangssperre ständig in Bewegung.

**War die Bevölkerung darauf vorbereitet gewesen?**

Ja. Aber nicht in allen Straßenzügen. In den Vierteln, die unorganisiert waren, hatte ein Großteil der Menschen schon Angst. Denn sie waren das erste Mal mit solchen massiven Angriffen des Militärs konfrontiert und konnten die politischen Entwicklungen nicht wirklich verstehen. Insgesamt war die Psychologie der Menschen in Cizîr noch nicht für den Krieg bereit.

Aber in dieser Phase ist Heval Mehmet ständig in Bewegung gewesen: von dem Taxa Cemkökü lief er zum Taxa Cudî, von dort zum Taxa Sûr. Uns als Jugendlichen ist es nicht gelungen, von einer Taxa in eine andere zu gelangen, denn der Feind hatte uns mit einem derart massiven Aufgebot eingekreist, dass es kein Durchkommen gab. Aber Heval Mehmet gelang es immer, einen Weg zu finden. Selbst in dieser Phase ging er in die Volkshäuser und besuchte Familien, um sie zur Teilnahme am Aufstand zu organisieren und zu ermutigen. Das war im November 2015.



Mitglied der Zivilen Verteidigungseinheiten, die den Schutz der Bevölkerung organisieren. Foto: DIHA

Wir hatten kein Essen und kein Wasser. Die Menschen litten Hunger. Das war sehr schmerzhaft, weil wir mit ansehen mussten, wie Kleinkinder verhungert oder verdurstet sind. Damit Kinder nicht verdursten, mussten die Menschen ihnen verschmutztes Wasser geben. Aber trotz dieser großen Schmerzen, gab es dort einen sehr würdevollen, starken Widerstand.

Die Scharfschützen der Polizei nahmen insbesondere kleine Kinder ins Visier, weil sie wussten, dass sie damit der Bevölkerung die größten Schmerzen zufügen. Sie ermordeten ganz gezielt Kinder, um die Bevölkerung einzuschüch-

tern und den Müttern ihre Kraft zu rauben, sie zur Aufgabe zu zwingen. Aber die Mütter, deren Kinder ermordet wurden, wurden noch viel wütender und entschlossener, sich am Feind zu rächen. Der Widerstandsgeist der Bevölkerung, der Mütter, der Menschen jeglichen Alters bewirkte, dass wir den Feind zurückschlagen konnten.

**Wie gelang es Euch, die Angriffe des Feindes zu brechen?**

Wir hatten unsere Stellungen zur Verteidigung der Straßenzüge eingerichtet. Da wir keine Munition hatten, mussten wir phantasievoll sein. Zum Beispiel haben wir Bettdecken auf Panzer geworfen und sie damit aufgehalten. Wir haben unsere Gehirne in Bewegung gesetzt, um neue Taktiken zu entwickeln, und sie dann einfach ausprobiert. Alles was sich irgendwie zur Verteidigung benutzen ließ, haben wir verarbeitet und eingesetzt. Obwohl wir nichts in der Hand hatten, gab uns allein das Vertrauen der Bevölkerung Kraft zum Widerstand.

Als wir sahen, wie einige Mütter die Kalaschnikow in die Hand nahmen, sagten wir uns, dann können wir auch kämpfen. Die Organisierung der Bevölkerung öffnete uns neue Türen. Obwohl es kein Wasser und nichts zu essen gab, teilen die Menschen das wenige Essen ihrer Kinder mit uns. Sie sagten: »Ihr kämpft und braucht Kraft. Damit ihr nicht umkippt und Energie habt, müsst ihr essen.« Die Bevölkerung versorgte auch unsere verletzten FreundInnen. Auch ließ die Bevölkerung nicht zu, dass die Leichen der Gefallenen in die Hände des Feindes gerieten. Sie versteckten und bestatteten sie. Die Bevölkerung verteidigte sich und den Widerstand mit ganzem Engagement. Sowohl unsere FreundInnen als auch die Bevölkerung hatten volles Vertrauen zueinander. Deshalb hatte auch niemand mehr Angst. So viele Menschen – Frauen, alte Menschen, Kinder – waren ermordet worden. Wir waren auch sehr erschöpft, denn wir waren Tag und Nacht in Bewegung, um unsere belagerten Straßenzüge gegen die permanenten Angriffe von Polizei und Militär zu verteidigen. Wir waren von den Menschen und unseren FreundInnen in den anderen Stadtvierteln abgeschnitten. Deshalb waren wir ständig in Sorge um sie. Aber wir mussten alle Schwierigkeiten überwinden. Die Bevölkerung forderte Rache für ihre ermordeten Kinder, sie ging auf die Straße und war ihrer Sache verbunden.

**Kannst Du den Aufbauprozess der Selbstverwaltungsstrukturen etwas genauer beschreiben? Wie sind der Staat und staatliche Institutionen verdrängt worden? Welche Alternativen habt Ihr trotz der Kriegsbedingungen aufbauen können?**

Es gab einige Kampagnen zur Unterstützung von Cizîr, so wurde zum Beispiel ein Gesundheitskomitee aufgebaut. Für die Bevölkerung wurden Erste-Hilfe-Kurse organisiert, damit sie wissen, was bei Verletzungen zu tun ist. In der Taxa Cudî gab es ein Haus für die Trauerfeiern. Dort haben wir mit Kurdisch-Unterricht für die Kinder begonnen. Das Frauenkulturzentrum Ronahî wurde eröffnet. Das Mala Gel war das Zentrum des Volksrates, von dort aus wurden die Aufbauarbeiten organisiert, Volksversammlungen durchgeführt, auf denen die Phase diskutiert wurde. Dann gingen die Demonstrationen los. Die Verteidigung und die politische Arbeit griffen ineinander. Es gab eine große Beteiligung, viele schlossen sich der Bewegung an. Wir führten Bildungsarbeit insbesondere für die Jugendlichen und für Frauen durch. Viele junge Frauen wollten sich anschließen. Aber zumeist stellten sich die Mütter dagegen, weil die Väter dann zuhause Ärger machten und das wiederum die Mütter zu spüren bekamen.

**Wie verliefen die Wahlen am 1. November? Waren sie unter den Bedingungen der Belagerung und des Krieges überhaupt noch ein Thema in Cizîr?**

Am 1. November hatten erneut Wahlen stattgefunden. In der Wahlnacht waren alle Menschen auf der Straße und warteten auf die Ergebnisse. Es gab eine freudige Aufregung. Als klar wurde, dass die AKP die Wahlergebnisse manipuliert hatte, setzte sich die Bevölkerung zornig in Bewegung. Die ganze Nacht hindurch gab es Sitzblockaden, Kundgebungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. Damals stand eine alte Frau auf und sprach: »Wir wissen, dass wir nicht verloren haben, wir haben gewonnen! Daran kann auch Euer Betrug nichts ändern.« Danach griff der Feind die Menge an.

Ich ging diese Nacht zum Taxa Yavuz. Morgens gegen 3.30 Uhr gingen auf einmal die Gefechte los. Als Erstes schoss der Feind eine Bombe in unser Viertel. Die Gefechte zur Verteidigung unseres Viertels dauerten bis gegen 16 Uhr an. Es waren sehr schwere Gefechte. Viele unserer FreundInnen wurden verletzt. Zumeist waren es leichte Verletzungen wie kleine Bomben- oder Granatsplitter. Die Bevölkerung war auf den Straßen und versuchte zu helfen. Sie trugen Verletzte an sichere Orte, brachten Nachschub zu den Stellungen. Wir waren ganz erstaunt, denn auf einmal brachten uns die Menschen sogar Waffen!

Das hieß, die Bevölkerung hatte sich selbst bewaffnet, um sich verteidigen zu können. In ihren Häusern hatten sie Tunnel angelegt. Sie zeigten uns Wege, die wir nicht kannten, um von einer Straße in die nächste zu gelangen. Die Bevölkerung setzte für den Erfolg des Widerstandes alle Mittel ein. Wir waren derart vom Feind eingekreist, dass seine Scharfschützen

zwei unserer Viertel gezielt unter Beschuss nehmen konnten. Der Feind hatte seine Panzer auf den strategischen Hügeln um Cizîr herum stationiert. Sie beschossen die Viertel, zerstörten eine Schule. In den Internaten der Stadt hatten sie die Sonderkommandos der Polizei untergebracht.

Die ersten Gefechte ereigneten sich im Taxa Yavuz. Wir wussten nicht, was sich in den Straßenzügen Taxa Cudî, Taxa Sûr und Taxa Cemkökü abspielte. Dort war auch mit Aktionen begonnen worden, um Taxa Yavuz zu entlasten. Die Gefechte dauerten von den frühen Morgenstunden bis nachmittags gegen 15 Uhr an. Die Bevölkerung war voll mit dabei. Einige hatten gefüllte Weinblätter gemacht und brachten sie den WiderstandskämpferInnen. Mitten in der Nacht weckten sie uns auf und sagten, wir sollten essen. So verbrachten wir die Tage und Nächte gemeinsam. Die Menschen haben uns großes Vertrauen entgegengebracht.

Am schönsten war es nachts mit den Müttern zusammen Wache zu halten. Sie hatten immer gute Moral, riefen Parolen und trillerten Tilîlîlî. Insgesamt hatten sich die Familien in den belagerten Straßenzügen sehr weiterentwickelt, sie waren sich vieler Dinge bewusst geworden und organisierten ihren Alltag der Belagerungssituation und dem Widerstand entsprechend. Sie hielten gemeinsam mit uns Wache. Die Mütter achteten darauf, dass sich niemand Unbekanntes einschlich.

Nachts hielten sie die Menschen auf und fragten: »Tu kî yî?/ Wer bist Du?« Wenn jemand keine Antwort gab, sagten sie: »Wenn Du Deinen Namen nicht sagst, dann bewerfe ich Dich mit meinen Pantoffeln!« Sie nahmen ihre Verantwortung sehr ernst, aber auch mit Humor.

Wir haben Vorkehrungen für die Verteidigung unserer Viertel getroffen, Gräben aushoben und Barrikaden gebaut. Wir haben in den Straßen Verteidigungssysteme errichtet.

Wir organisierten uns als Frauenkommission in der YDG-H (Patriotisch Revolutionäre Jugendbewegung). Die jungen Frauen aus dem Taxa Yavuz kamen zu mir und sagten: »Lass uns hier in der Straße eine Frauenkommune aufbauen. Wir können unabhängig von den Männern aus eigener Kraft kämpfen. Wir sind zur Verteidigung unseres Viertels bereit, ihr müsst uns nur ausbilden.«

Und uns gelang es dann wirklich, die Angriffe auf unsere Straßenzüge zurückzuschlagen. Wir beschlagnahmten einen Panzer der Soldaten. Damals regnete es sehr stark. Unter diesen Wetterbedingungen haben die Menschen trotzdem Wache gehalten und ihre Rolle gespielt. Sie haben einander gegenseitig unterstützt und das Wasser aus den Häusern geschaufelt. Niemand hatte schlechte Laune, denn sie waren bereit, alles für die Freiheit zu geben.

Abends führten wir in den Straßenzügen Diskussionsveranstaltungen, Seminare oder Filmvorführungen durch. Es kamen alle zusammen. Wir haben auch getanzt und gesungen. Aus dem Vertrauen war Freude und Moral geworden. Es war wirklich ein sehr kommunales Leben und die Bevölkerung war bereit zum Widerstand. Alle Menschen waren sehr aufopferungsbereit. Die Nächte über waren wir in den Stellungen. Tagsüber haben wir dann die politischen Arbeiten gemacht.

Im November waren wir dann eines Tages vollständig vom Militär und Sonderkommandos eingekreist. Wir hatten auf dem Hügel hinter dem Taxa Sûr eine sehr große Fahne der PKK gehisst gehabt, die war in ganz Cizîr zu sehen. Der Staat war gekommen, hatte die Fahne abgenommen und seine Fahne aufgehängt. Es war ein regelrechter Fahnenkrieg entfacht.

Zugleich begannen die Gefechte immer stärker zu werden. Zu Anfang gab es ab und zu noch Gefechtspausen, aber dann dauerten die Gefechte ununterbrochen an und wurden immer schwerer. Es gab Verletzte. Aber auch die verletzten FreundInnen kämpften weiter. Dem Feind gelang es nicht, in unser Viertel hineinzukommen. Denn wir hatten unsere Gräben und Barrikaden sehr gut gemacht und die FreundInnen, die Wache hielten, waren sehr wachsam. Nachdem es dem Feind nicht gelungen war, in unsere Viertel einzudringen, haben sie ihre Panzer auf den Hügeln rund um Cizîr positioniert. Als unsere Stadtviertel plötzlich ohne jegliche Vorwarnung gezielt mit Panzerschüssen angegriffen wurden, löste das einen Schock aus. Unsere Viertel wurden unter Dauerbeschuss genommen und zerstört. Ehrlich gesagt, damit hatte niemand von uns gerechnet. Ganze Familien wurden ermordet, Kinder wurden hingerichtet. Die Schmerzensschreie der Mütter und Kinder waren überall in den Straßen zu hören. Der Krieg intensivierte sich immer mehr, es gab immer mehr Tote.

**Kannst Du etwas über die FreundInnen sagen, die ihr Leben für die Verteidigung von Cizîr gegeben haben?**

Viele sehr wertvolle FreundInnen sind in diesem Widerstand gefallen. Hevala Ekîn und Hevala Berjîn fielen verletzt in die Hände des Feindes. Dann haben die Soldaten sie vergewaltigt und – genauso wie Ekîn Wan – ihre entkleideten Körper zur Schau gestellt. Hevala Ekîn (in Cizîr) war eine Freundin, die den Namen von Ekîn Wan angenommen hatte, da sie von ihrer Kraft sehr beeindruckt war. Und letztendlich wurde sie genauso ermordet wie Ekîn Wan. Wir fanden die nackten Leichen unserer beiden Freundinnen Ekîn und Berjin auf der Straße. Das war ein sehr großer Schmerz. Heval Berjîn war

gerade mal 18 Jahre alt, Hevala Ekîn war 20 Jahre alt. Wir wollten die Leichen begraben, doch alle Menschen wie Hevalê Tîrêj und Hevalê Cavreş, die sich den Leichen genähert hatten, waren durch Scharfschützen erschossen worden. Als sie losgegangen waren, um die Leichen zu holen, waren sie aus dem Hinterhalt erschossen worden und über die Leichen der beiden Freundinnen gefallen. Es konnte sich ihnen niemand nähern.



Auch Mehmet Tunç wurde in den Kellern von Cizîr ermordet: »Ich weiß, dass wir hier nicht heil rauskommen werden. Aber wie wir mit Würde gelebt haben, so werden wir auch in Würde sterben.«
Foto: DIHA

Die Anzahl der FreundInnen, die in den Stellungen kämpften, wurde immer geringer. Viele waren gefallen oder verletzt worden. Wir hatten die Verletzten in Keller gebracht, um sie zu schützen und zu behandeln. Wir hatten nicht damit gerechnet, dass der Feind insbesondere die Verletzten so brutal vernichten würde. Letztendlich fiel der Feind nach langen Tagen des Widerstands Ende Dezember 2015 in unsere Viertel ein und plünderte die Häuser, verbrannte sie. Wir waren in einem Haus am Rande. In unserem Nachbarhaus waren etwa 10 FreundInnen im Keller untergebracht. Als die Einheiten in ihr Haus eindrangen, schickten sie einige Soldaten weg und sagten: »Hier ist niemand!« Darauf erschossen sie Vater, Mutter und die Kinder. Dann übergossen sie unsere FreundInnen mit Benzin und verbrannten sie bei lebendigem Leibe. Das Geschrei anzuhören war unerträglich. Das wirkte sich auf die Psychologie sowohl unserer FreundInnen als auch der Bevölkerung aus. Die Schmerzensschreie der Kinder und der Mütter waren wirklich nicht zu ertragen. Unsere FreundInnen wurden vor unseren Augen verbrannt und wir konnten zu diesem Zeitpunkt nichts machen. Das war wirklich sehr schwer.

Dann haben wir die anderen Verletzten zu dem Keller gebracht, in dem Heval Mehmet Tunç, Heval Fîraz, Hevala Asya, Heval Zindan, Heval Aram, Heval Ruken, Heval Dîyar und Heval Rizgar waren. Heval Rizgar war erst 15 Jahre alt. Die meisten waren sehr jung, noch unter 20 Jahre alt, und sind später gefallen. Das Einzige, was wir in dieser Situation noch machen konnten, war uns zu verteidigen und die Verletzten dort hinzubringen. Letztendlich beauftragte uns Heval Fîraz damit, die Verletzten über die Grenze nach Rojava zu bringen. Wir waren sehr emotional und wollten nicht gehen. Damals ging ich zu Heval Mehmet Tunç und sagte ihm: »Komm mit uns nach Rojava. Du bist wichtig für uns und für die Bevölkerung.« Aber Hevale Mehmet antwortete mir nur: »Ich komme nicht!« Da sind mir die Tränen gekommen. Und ich habe gesagt: »Wenn Du nicht mitkommst, dann gehe ich auch nicht.« Da ist Heval Mehmet sauer auf mich geworden: »Los, geh und bring die FreundInnen in Sicherheit.« Er hat mich regelrecht angeschrien, damit ich gehe. Aber ich wollte nicht gehen und mich retten, während ich meine FreundInnen dort zurücklassen musste.

Letztlich überzeugte mich Heval Fîraz. Er sagte mir: »Geh und erzähl den Menschen, was Du hier erlebt hast. Das müssen die Menschen wissen. Bring nur die Verletzten über die Grenze und komm dann wieder.« Damals wusste ich nicht, dass ich nicht wieder zurückkehren werde. Sie wollten mich schützen, weil ich noch so jung war.

Wir sind losgezogen und haben aus den Kellern insgesamt 15 FreundInnen, die am schwersten verletzt waren, rausholen können. Anfang Januar 2016 gelang es uns, an einem nebeligen Tag durch einen Tunnel zu entkommen. Danach sind wir dann zur Grenze gegangen.

Später hatte ich von Rojava aus noch einmal die Möglichkeit, mit Heval Mehmet am Telefon zu sprechen. Er sagte: »Ich weiß, dass wir hier nicht heil rauskommen werden. Aber wie wir mit Würde gelebt haben, so werden wir auch in Würde sterben.« ♦

Die politische Gemengelage bei der Neuordnung der Region

# Im Mittleren Osten eskaliert der Dritte Weltkrieg

Amed Dicle, Journalist

**Es wäre falsch, den Krieg, der heute Irak und Syrien umfasst, als nur regionale Entwicklung zu betrachten. Vielmehr sollte der sich allerdings regional und speziell in Irak und Syrien verschärfende Krieg als »Miniatur-Weltkrieg« verstanden werden. Das ist die Einschätzung vieler sowie politischer Autoritäten in der Region. Wir haben es mit einer Kriegsregion zu tun, die sich von Mûsil (Mosul) in Irak bis nach Al-Bab in Nordsyrien erstreckt. Aber die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Auswirkungen dieses Krieges berühren die Interessen aller regionalen Kräfte sowie aller globalen Großmächte.**

Eigentlich haben diese Entwicklungen unmittelbar damit zu tun, dass die nach dem Ersten Weltkrieg gezogenen politischen und geografischen Grenzen, d. h. der Status quo des letzten Jahrhunderts, nicht mehr aufrechtzuerhalten sind. Dass dieser Status quo zerfällt, ist klar, offen bleibt jedoch die Frage, was an dessen Stelle treten wird. Das Kalkül aller regionalen und internationalen Kräfte ist es, an der Neuordnung der Region teilzuhaben, sie entsprechend ihren Interessen zu beeinflussen und die eigene Existenz zu sichern. Das wiederum führt dazu, dass sich diese Mächte gegeneinander positionieren müssen. In der Region kann keine Kraft allein den Kurs bestimmen. Deshalb kommt es zu den verschiedensten Beziehungen und Bündnissen. Jedes neue Bündnis bedeutet gleichzeitig auch einen neuen Feind. Ein neuer Feind ist gleichbedeutend mit einem neuen Konfliktfeld und einer neuen Konfrontation. Und mit diesen Auseinandersetzungen bleiben die Bündnisse niemals nachhaltig, sondern wechseln manchmal täglich. Die Region in Form absoluter »nachhaltiger Beziehungen und Bündnisse« oder absoluter »nachhaltiger Konflikte und Konfrontationen« zu interpretieren, wäre ein großer Fehler. Aber in Grundzügen lässt sich darlegen, was wer plant.

Wenn wir die Situation vor Ort und die Kalkulationen der verschiedenen Seiten unter die Lupe nehmen, werden wir ein realistischeres Bild zeichnen können.

## Der Krieg um Mûsil

Beginnen müssen wir mit Mûsil, bekanntlich die zweitgrößte Stadt in Irak, seit Juni 2014 vom Islamischen Staat (IS) besetzt. Die Sunniten in der Mitte Iraks haben sich unter seiner Flagge gesammelt und die Stadt übergeben. Es gab keinerlei Gefechte. Die Besetzung Mûsils hat nicht nur die Stadt und ihre Umgebung verändert. Gleichzeitig wurden alle politischen Balancen Iraks zerstört. Die Zentralregierung Al-Malikis war gezwungen zurückzutreten. Die in der Bagdader Regierung bestimmende schiitische Autorität hat die noch weiter gehende Ausgrenzung von Sunniten als riskant eingeschätzt und die Situation in Mûsil und Umgebung zu verändern versucht. Doch man kann nicht behaupten, dass sie dabei sehr erfolgreich war. Denn der sunnitische Block, in dem auch die Türkei und die südkurdische Demokratische Partei Kurdistans (PDK) ihren Platz finden, hat mit Unterstützung Qatars und Saudi-Arabiens gewährleistet, dass Mûsil vom IS besetzt bleibt. Hätten einige Sunniten ihre anvisierte Position in der Leitung in Bagdad erreicht, hätte das die Situation ändern können. Aber es würde gleichzeitig auch ein großes Risiko bedeuten. Denn in der sunnitisch-schiitischen Polarisierung auf der gegnerischen Seite zu stehen, würde einen rigorosen Ausschluss mit sich bringen, und keine einzige sunnitische Gruppe hätte bedingungslos mit der Bagdader Regierung zusammenarbeiten können. Mit intensiven Bemühungen der USA und internationaler Kräfte, der Regierung Al-Abadi und natürlich dem politischen und militärischen Einfluss Irans wurde ein wenn auch begrenzter politischer Konsens für die Einnahme Mûsils geschaffen. Das Zurückwerfen des IS in Syrien durch kurdische Kräfte und die Ablehnung dieses barbarischen Gebildes durch die Welt hat, wenn auch nur relativ, den Weg für die Entwicklung einer stabilen Beziehung der Sunniten in Mûsil und Umgebung mit Bagdad den Weg eröffnet. Es ist eine Art

Vereinbarung über eine »ausreichende« Vertretung der Sunniten in der Leitung in Bagdad. Auf dieser Grundlage hat am 17. Oktober die Mûsil-Operation militärisch begonnen. Deren Beginn war wichtig, aber etliche Beobachter meinen, es sei zu früh gewesen. Der ungenügend gereifte oben beschriebene politische Konsens gefährdet die Operation. Ja, Mûsil wird vom IS zurückerobert. Aber wer wird es danach wie verwalten? Was wird mit den sunnitischen Gruppen in Irak? Die Antworten auf diese Fragen sind von großer Bedeutung für die Zukunft der Gesellschaften in dieser Region.

Sowohl die Türkei als auch die mit ihr agierende PDK in Südkurdistan waren gewissermaßen gezwungen, der Operation in Mûsil zuzustimmen. Denn sonst wären sie in der Position gewesen, den IS zu schützen. Die sunnitischen Gruppen in Irak haben der Operation aufgrund der Versprechen zugestimmt, wollten zudem auch nicht die Zielscheibe der Welt bleiben. Hätten sie sich weiter mit dem IS bewegt, wäre das eine Entscheidung dafür gewesen, Ziel der Schiiten zu sein und nicht nur der Schiiten, sondern der ganzen Welt. Aus diesen Gründen kann man sagen, dass die Entscheidungsgremien der Sunniten in Irak ebenfalls gezwungen waren, der Mûsil-Operation zuzustimmen.

Die Türkei hingegen wollte an dieser Operation teilnehmen. Dieses Ziel hat sich nicht verwirklicht. Sie wollte durch den Raumgewinn dort die Stärkung der Kurden verhindern. Sie hatte sowieso niemals das Bedürfnis, diese Ziele zu verheimlichen. Wäre sie in Mûsil einmarschiert, hätte sie ein Mitspracherecht im Hinblick nicht nur auf die Kurden, sondern auf die politische Arena Iraks allgemein gehabt. Die PDK und einige sunnitische Gruppen in Irak haben diese Position unterstützt und sich an die Türkei angelehnt. Ankara hat deshalb in Başika ein Militärcamp errichtet. Wäre sie in die Operation einbezogen worden, hätte sie ihre Kräfte verstärkt und eine nicht auf Mûsil beschränkte Operation bis nach Şengal (Sindschar) durchgeführt. Das Risiko eines Angriffs auf Şengal darf immer noch nicht ignoriert werden.

Weil der Mûsil-Plan der Türkei durchkreuzt wurde, ist auch der Plan der PDK ins Leere gelaufen. Die kurdischen Kräfte haben die Operation bis an den Rand von Mûsil begleitet, in das Stadtzentrum konnten sie nicht. Dass die Kurden nicht in das Zentrum Mûsils kommen, lag auch im türkischen Interesse. Demnach sollen die Kurden nicht in Mûsil bleiben, und über die PDK ist dieser Plan bislang durchgesetzt worden. Weil die Türkei nicht in die Mûsil-Operation integriert wurde, sind ihre politischen und militärischen Kalkulationen durchkreuzt worden. Doch ihr Einsatz dafür, die Kurden aus dem Stadtzentrum Mûsils zu halten, ist durch die PDK verwirklicht worden.

## Warum wurde die PKK nicht einbezogen?

Es war gewissermaßen diskutiert worden, ob PKK-Kräfte an der Mûsil-Operation beteiligt werden sollten. Der einzige Grund für die Nichteinbeziehung der PKK, die gegen den IS am stärksten kämpft und dabei ziemliche Erfahrungen gesammelt hat, ist der türkische Staat. Bagdad wollte der Türkei keinen »Angriffs«-Grund bieten und lehnte die Teilnahme der PKK ab. Die PDK verteidigt dieselbe These: »Wenn es die PKK gibt, wird es uns nicht geben.«

Doch weil in Şengal von der PKK ausgebildete Kräfte sind, war es eine notwendige Bedingung, sie in gewisser Weise teilnehmen zu lassen. Die Kräfte von Şengal begannen Anfang November einen Vorstoß, die Verbindungen zwischen dem Şengal-Berg und IS-Gebiet wurden getrennt. Aber Bagdad verlangte den Abbruch, Al-Abadi wollte unter dem Druck Ankaras keine Operation in Şengal.

## Die Position Irans

Die Rolle Irans ist für die Mûsil-Operation von existenzieller Bedeutung. Teheran hat in Irak einen kleinen Iran geschaffen, dessen Zentren sind Bagdad und Basra. Nun ist es ihr Ziel, in Mûsil Einfluss zu gewinnen und dort den sunnitischen Kräften direkt entgegenzutreten. Aus diesem Grund wurden die Volksmilizen (Hashid Shaabi) organisiert und kürzlich als offizielle Kraft in Irak akzeptiert.

Iran wollte ebenfalls nicht die Türkei in Mûsil und sieht eine Stärkung der Türkei als Konkurrenz. Derselbe Iran wollte ebenso keine Teilnahme der PKK an der Mûsil-Operation, denn auch in Iran stellt sich die kurdische Frage und eine Präsenz der Kurden in Mûsil würde ihn ebenfalls schwächen. Iran hat seine ganze Politik über Bagdad laufen lassen und ist zurzeit in der Mûsil-Gleichung die stärkste Kraft, die ihr Kalkül durchsetzen kann. Iran in der Region zu unterschätzen, wäre politische Kurzsichtigkeit. Aus diesem Grund muss seine Position aufmerksam beobachtet werden.

Während die Mûsil-Operation fortschreitet, hat Iran um Kirkuk herum Kräfte gesammelt. Al-Abadi hat den »Unabhängigkeits«-Erklärungen der Kurden eine scharfe Absage erteilt. Richtiger wäre, das als Position Irans zu interpretieren. Wenn also Mûsil vom IS befreit und Iran in Mûsil gestärkt ist, werden die Kurden stärker in die Zange genommen werden. Es ist riskant, dass die PDK »im Namen der Kurden« in der sunnitisch-schiitischen Polarisierung Stellung bezieht. Für die Kurden ist die richtige Politik, keine Partei in den sektiererischen Konflikten zu ergreifen und überall das demokratische Leben zu organisieren. Doch die gegensätzli-

chen politischen Aktivitäten der PDK fördern das Risiko für die kurdische Region.

Wenn wir die Mûsil-Operation zusammenfassen: Ein Ende der Operation in kurzer Zeit darf nicht erwartet werden. Wenn der IS vertrieben wird, wird in Mûsil leider noch mehr Blut fließen. Auch wenn der IS bis auf die Wurzel beseitigt ist, werden sich die verschiedenen Seiten weiterhin mit »Bomben« gegenseitig Botschaften schicken. Einen Tag wird es in einem schiitischen Viertel, den anderen Tag in einem sunnitischen Viertel Explosionen geben. Daher wäre es falsch, in Mûsil und in Irak allgemein in kürzester Zeit Stabilität zu erwarten.

Wenn der IS aus Mûsil vertrieben wird, gibt es nur eine Adresse, wo er hinkann, und zwar mitten nach Syrien. Sein Haupteinzugsgebiet ist das Gebiet Dair az-Zaur. Über diese Linie wird er sich bis nach Ar-Raqqa positionieren. Andererseits läuft gegen Ar-Raqqa die Operation der kurdischen und demokratischen Kräfte. In dieser Hinsicht erwartet den IS nichts Gutes.

## Die Ar-Raqqa-Operation

Die Ar-Raqqa-Operation wird das Schicksal Syriens verändern. Aus diesem Grund ist sie äußerst wichtig. Doch auch von ihr wird kein kurzfristiger Erfolg erwartet. Die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) haben unter der Führung der kurdischen Verteidigungseinheiten eine dreistufige Operation zur Befreiung Ar-Raqqas begonnen und sind bislang 25 Kilometer vorgerückt. Somit ist die erste Stufe der Operation beendet. Die zweite Stufe wird die Umzingelung des Stadtzentrums sein. In der dritten Stufe hingegen wird es um dessen vollständige Befreiung gehen.

Wenn sich die Demokratischen Kräfte Syriens dieser Operation nicht angeschlossen hätten, hätten sie die USA und die Türkei über eine irgendwie geartete Vereinbarung abgewickelt. Die Stadt Al-Bab wäre den türkischen Kräften übergeben worden – und diese hätten sich dann südöstlich Richtung Ar-Raqqa bewegt. Doch das wäre schwierig umzusetzen gewesen. Weil sich die USA dieser Realität bewusst sind, haben sie die Operation zusammen mit den kurdischen Kräften machen wollen. Wären die Kurden nicht Teil gewesen, hätte sich die Türkei noch weiter in Syrien ausgebreitet und die Basis für ihr Besatzungsvorhaben in Rojava noch mehr gestärkt. Die Vereinigung der Kantone wäre nicht mehr möglich geworden. In dieser Hinsicht ist die Ar-Raqqa-Operation mehr ein politischer und diplomatischer denn militärischer Vorstoß; und sie ist erfolgreich. Der Vormarsch der Türkei wurde gestoppt.

Für das vollständige Ende dieser Operation wird die politische und militärische Unterstützung der USA entscheidend sein. Die QSD wollen schwere Waffen von den USA. Diese benutzen ihr mitgebrachtes Arsenal selbst und überlassen sie nicht den lokalen Kräften. Ar-Raqqa ist eine große Stadt und weil im Zentrum Luftangriffe wirkungslos sind, braucht es andere Waffen. Doch die sind noch nicht gekommen. An diesem Punkt wird auf die Haltung der neuen US-Regierung gewartet.

Der politische Aspekt dieser Angelegenheit betrifft die Frage nach der politischen Gestaltung Syriens nach Ar-Raqqa. Werden die Kurden auch mit am Tisch sitzen? Wenn nicht, warum kämpfen sie dann gegen den IS? Es braucht politische Schritte. Ar-Raqqa würde entweder für vieles den Sieg bringen oder den Verlust. Bislang sind die politischen Versprechen für die Kurden nichts als »Worte«. Deshalb ist zu erwarten, dass sie sich im Umfeld von Ar-Raqqa misstrauisch verhalten werden.

Die USA haben erklärt, sich wegen Ar-Raqqa mit der Türkei geeinigt zu haben. Weil diese auch nicht weiß, wie sie in die Zukunft Ar-Raqqas einbezogen wird, herrscht große Unsicherheit. In dieser ernsthaft unsicheren Atmosphäre wartet jeder auf die Schritte des anderen und positioniert sich entsprechend.

Zusammengefasst: Die Ar-Raqqa-Operation wird vom kommenden Frühling abhängen und anschließend wird über die politische Zukunft Syriens zu diskutieren begonnen.

## Die Situation in Al-Bab

Die Befreiung Ar-Raqqas vom IS wird bedingt von den Entwicklungen in der Region Al-Bab. Ohne Klarheit dort können die Demokratischen Kräfte Syriens Ar-Raqqa nicht einnehmen. Denn dessen Hinterland ist Al-Bab und muss daher zuerst befreit werden. Die Türkei will mit ihrem Einmarsch in Al-Bab einen Korridor nach Aleppo und Ar-Raqqa schlagen. Dieser Plan ist von Russland und den USA akzeptiert worden. Aber Iran ist auch nicht an einem Fortschritt der Türkei in Syrien interessiert. In dieser Hinsicht treffen sich die Berechnungen Irans und der Kurden in Al-Bab. Damaskus will ebenso keinen Einmarsch der Türkei in Al-Bab. Deshalb hat sich der Weg der Türkei nach Al-Bab erschwert. Wahrscheinlich wird Al-Bab von den Regime-Kräften eingenommen werden. Die QSD sind auch in dieser Region vertreten. Sie könnten über einen »Handel« mit dem Regime den IS besiegen und den Einmarsch der Türkei verhindern. Als Gegenleistung würde die Regierung in Damaskus die Öffnung eines faktischen Korridors zwischen den Kantonen Rojavas akzeptieren.

Der aus Al-Bab vertriebene IS würde in Ar-Raqqa Unterschlupf suchen. Die von der Türkei unterstützten Gruppen hingegen würden Aleppo nur von Weitem sehen können.

Wenn sich die Demokratischen Kräfte Syriens Ar-Raqqa zuwenden, wird Damaskus eine Operation gen Idlib durchführen. Die Eroberung Idlibs wird die Pläne der Türkei in Syrien gründlich zerstören und sie wird auf die Linie Cerablus (Dscharabulus)/Mare beschränkt bleiben. Dann werden diese Orte auch ohne Bedeutung für sie sein. Ein solches Bild wird sich abzeichnen; der aus Mûsil vertriebene IS wird nach Ar-Raqqa fliehen, ebenso der aus Al-Bab. Ar-Raqqa wird durch die Demokratischen Kräfte Syriens und das südöstliche Dair az-Zaur durch das syrische Regime vom IS befreit werden, dem so der tödliche Schlag versetzt werden wird. Sein Einfluss in Syrien wird enden. Gleichzeitig wird Syrien, natürlich mit Unterstützung Russlands und Irans, die Operation gegen Idlib durchführen. Dann werden die als Freie Syrische Armee (FSA) bezeichneten und an die Türkei gebundenen Gruppen am Ende sein. Cerablus, Al-Rai und Mare werden weiterhin unter türkischer Besatzung stehen. Doch weil ihr Umfeld von den Demokratischen Kräften Syriens und ihr Süden von syrischen Soldaten eingeschlossen werden, wird der Einfluss der türkischen Kräfte lokal begrenzt bleiben.

Natürlich wird die Türkei diese Szenerie nicht akzeptieren. Deshalb wird sie die Kräfte Rojavas und, wenn sie Mut hat, auch die Kräfte Syriens angreifen, Provokationen schaffen und die Spannungen erhöhen.

Wenn die Situation in Al-Bab, Ar-Raqqa und Idlib klarer wird, werden die Diskussionen um eine politische Lösung in Syrien beginnen. Die USA, Russland und die regionalen Kräfte kalkulieren jetzt schon entsprechend.

Zusammengefasst: Im Winter und den kommenden Frühlingsmonaten wird syrisches Territorium wieder zur Bühne für Gefechte werden. Der geschwundene Einfluss von IS und FSA wird anderen bewaffneten Gruppen den Weg öffnen. Aber sie werden nicht so stark sein wie zuvor. In der Geografie Syriens werden die Regierung in Damaskus und die Kurden starke politische Akteure sein. Sie werden entweder politische Kompromisse schließen oder sich gegenseitig bekämpfen. Natürlich verfügen die sunnitischen Kreise in Syrien über Kräfte und Rechte, die nicht ausgegrenzt werden dürfen. Deshalb bedarf es für Syrien eines demokratischen Rezeptes. Doch wenn die USA und Russland die Entscheidungen treffen, gibt es keine Grundlage für die demokratischen Forderungen lokaler Kräfte. Die Regierung in Damaskus sieht immer noch keinen Status für die Kurden vor. In dieser Situation ist der Boden für Auseinandersetzungen bereitet. Die USA und Russland können die Zukunft Syriens unter sich ausmachen und allen aufzwingen.

Für die Kurden ist das grösste Problem zurzeit nicht mehr der IS. Für sie ist sogar nicht die militärische, sondern die politische Unsicherheit das ernsthafteste Problem. Militärisch sind sie in der Lage sich zu verteidigen. Doch wenn diese Kraft keinen politischen Wiederklang findet, wird eine risikoreiche Phase beginnen. In dieser Hinsicht stellt die Türkei den gefährlichsten Faktor dar. Die Türkei will keinesfalls, dass die Kurden in Syrien über politische Rechte verfügen.

In dieser Lage wird Syrien nicht das alte Syrien sein, aber wie »neu« es sein wird, ist offen und diskussionswürdig. Für die Kurden ist das größte Problem zurzeit nicht mehr der IS. Für sie ist sogar nicht die militärische, sondern die politische Unsicherheit das ernsthafteste Problem. Militärisch sind sie in der Lage sich zu verteidigen. Doch wenn diese Kraft keinen politischen Wiederklang findet, wird eine risikoreiche Phase beginnen. In dieser Hinsicht stellt die Türkei den gefährlichsten Faktor dar. Die Türkei will keinesfalls, dass die Kurden in Syrien über politische Rechte verfügen. Das wird sie in Zukunft den verschiedenen Seiten zur Bedingung stellen. Wenn sich die Möglichkeit bietet, wird sie ihren Plan zur militärischen Besatzung vorantreiben. Damit die Kurden in Syrien Rechte erlangen, muss das Hindernis Türkei überwunden werden. Die Situation in Syrien wird auch die Zukunft der kurdischen Frage in der Türkei gestalten. Und zurzeit ist es nicht möglich, diese Frage auf politisch-demokratischem Wege zu lösen. Von dieser Realität ausgehend findet die Auseinandersetzung der Kurden mit dem türkischen Staat nicht nur innerhalb der türkischen Staatsgrenzen statt. Auch in Syrien und Irak wird dieser Kampf auf das Heftigste ausgefochten.

Für einen Platz im neuen regionalen Status quo müssen die Kurden das gegenwärtige Paradigma des türkischen Staates überwinden. In Ankara gibt es noch immer keine Autorität, die die Kurden akzeptieren würde. Aber ihre zunehmende Stärkung in der Region wird dem Niedergang dieser Autorität und dem Ende der Erdoğan-Diktatur den Weg ebnen. ♦

# Die Region Şehba auf dem Weg zum Kanton – oder wird die kurdische Bevölkerung von der Türkei vertrieben?

Michael Knapp, Historiker

Während sich mittlerweile die Kantone Afrîn, Kobanê und Cizîrê als Bestandteile der Föderation Nordsyrien – Rojava immer weiter konsolidiert haben, rückt nun die Şehba-Region stärker in den Fokus der Auseinandersetzungen. Das Şehba-Gebiet stellt die vierte autonome Region der demokratischen Föderation Nordsyriens dar und ist im Moment Schauplatz schwerster kriegerischer Auseinandersetzungen. Das im Süden durch Aleppo, im Norden die türkische Grenze, im Osten den Euphrat und im Westen den Kanton Afrîn begrenzte Gebiet hat sich seit der Invasion der Türkei und ihrer Verbündeten und der Befreiung von Städten wie Minbic (Manbidsch) durch die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) als eine Region der Entscheidung für etliche regionale und internationale Akteure herauskristallisiert. Viele Städte des ehemals durch Aleppo verwalteten Gebietes sind zu Symbolen dieses Kampfes geworden, einige wichtige Namen sind Cerablus (Dscharabulus), Minbic, Al-Bab, Azaz, Tişrîn, Al-Rai (Çobanbey), Til Rifat, Mare, Qebasîn, Erîma und Exterin. Die Region ist die letzte verbliebene, über welche die Türkei direkte logistische Unterstützung für ihre dschihadistischen und nationalistischen Verbündeten liefern kann. Der Grenzstreifen zum türkischen Staatsgebiet ist etwa 90 km lang. Um den aktuellen Diskurs um Şehba einordnen zu können, ist jedoch ein Blick in die Geschichte geboten.

Die Region Şehba – der Name taucht etwa 400 v. u. Z. das erste Mal in Quellen auf – stand in ihrer Geschichte unter den verschiedensten Herrschaften, von der neolithischen Besiedlung über die Ammoriter_innen, Seleukid_innen, Römer_innen, Byzanz, das Osmanische Reich, die französische Mandatsmacht bis hin zur Arabischen Republik Syrien. Traditionell stellt die Region eine der zentralen Handelsrouten aus dem Osten zum Mittelmeer dar und verbindet die Zentren Aleppo, Riha (Urfa), Dîlok (Antep), Bagdad, Mûsil (Mossul) und Teheran als Durchgangszentrum. Es gibt natürliche Gasvorkommen und fruchtbare Böden.

Hier lebt traditionell ein hoher kurdischer wie auch turkmenischer, insbesondere in den ländlichen Gebieten außerdem ein starker arabischer Bevölkerungsanteil. Gewöhnlich leben in der in ethnischer wie religiöser Hinsicht sehr heterogenen Region die Bevölkerungsgruppen friedlich miteinander.

Während des Osmanischen Reiches wurde die demografische Struktur der Region massiv durch eine Sunnitisierungs- und Türkisierungspolitik angegriffen. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches wurden interethnische und -konfessionelle Konflikte häufig schon von den Mandatsmächten gemäß ihrer »Divide et impera«-Strategie angefacht.[1]

In der 1961 ausgerufenen »Arabischen Republik Syrien« behielt Şehba seine strategische Bedeutung. Frisch an die Macht geputscht, setzte das baathistische Regime ab 1965 in Rojava entlang der türkischen Grenze das Projekt des »arabischen Gürtels« um – die kurdische Bevölkerung wurde auf einem 10–15 km breiten Streifen vertrieben und umgesiedelt und arabische Wehrdörfer wurden errichtet. Şehba war das erste Gebiet, in dem solche Wehrdörfer zwischen damals etwa 250–300 kurdische Siedlungen gesetzt und teilweise auch kurdische Dörfer zwangsarabisiert wurden, um die kurdischen Gemeinschaften, denen politisch misstraut wurde, voneinander zu isolieren. Die Anzahl der Dörfer stieg aus diesem Grund auf bis zu 450.[2] Weitere Maßnahmen folgten. Es wurde verboten, Kurdisch zu sprechen, und eine Verleugnungs- und Assimilationspolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerung praktiziert.

Trotz der Versuche der Arabisierung der Region durch das syrisch-arabische Regime verblieb insbesondere von Minbic bis weit hinter Al-Bab eine kurdische Bevölkerungsmehrheit. Sogar Al-Bab ist etwa zur Hälfte kurdisch. Die Bevölkerung der etwa 5 000 km² großen Şehba-Region wird auf über eine Million geschätzt, davon 500 000–800 000 Kurd_innen – die-

1 Vgl. McDowall, David, »A Modern History – The Kurds«, S. 468.

2 Zahlen sind relativ unklar – siehe oben.

se leben in 212 der 450[3] Dörfer des Territoriums.[4] Şehba ist also typisch für das dortige Bevölkerungsmosaik. Während das Einzugsgebiet von Aleppo eigentlich bis weit nach Nordkurdistan/Türkei reicht, durchschneidet die türkische Grenze die Region. Insbesondere im Hinblick auf die Vergangenheit, aber auch auf politische und ökonomische Interessen stellt Şehba ein Pivot-Element neoosmanischer Politik des Erdoğan-Regimes dar.[5] Zentrales ökonomisches Interesse ist der vom Erdoğan-Regime über die Firma Powertrans massenhaft praktizierte Erdölschmuggel durch Minbic und Cerablus.[6] Die Verbindung von Erdoğans Schwiegersohn und Energieminister – in Personalunion – Berat Albayrak zur Firma Powertrans, über die der Ölhandel des IS mit der Türkei abgewickelt wurde, ist erneut im Dezember 2016 durch Wikileaks-Veröffentlichungen[7] bestätigt worden. Aber auch politisch-militärisch interessiert das Gebiet – denn wer Şehba kontrolliert, hat großen Einfluss auf Aleppo und Afrîn. Die Kontrolle über Şehba und dann Aleppo würde einen schweren Schlag für das Modell eines demokratischen föderalen Syrien bedeuten. Auch aus diesem Grund steht Şehba im Moment im Zentrum der Kämpfe.

## Die urbanen Zentren von Şehba

### Cerablus

Eines der wichtigen Zentren der Region ist Cerablus, etwa 125 km nördlich von Aleppo und 40 km westlich von Kobanê am westlichen Euphrat-Ufer. Bei einer Volkszählung 2004 wurden 58 000 Einwohner_innen erfasst.[8] Die Bevölkerung ist mehrheitlich kurdisch und arabisch geprägt. 2011 wurde das Baath-Regime aus Cerablus vertrieben. Danach wurde es von der Nationalen Koalition (der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte, ETILAF), Al-Nusra und schließlich vom Islamischen Staat (damals noch ISIS) besetzt. Nachdem die Stadt Minbic im Sommer 2016 nach 73 Tagen Kampf und unter großen Opfern durch die QSD aus den Händen des IS befreit worden war, zog dieser sich aus Cerablus zurück und überließ die Stadt kampflos dem türkischen Militär und den mit diesem verbundenen Milizen. Etliche IS-Kader wurden direkt in die türkisch-dschihadistische Besatzungsmacht übernommen.

### Minbic

Minbic liegt etwa 75 km von Aleppo entfernt. Seine Bevölkerung setzt sich zu 68 % aus Araber_innen, 25 % Kurd_innen, 5 % Turkmen_innen und 2 % Tscherkess_innen zusammen. Minbic war eine der ersten Städte, die sich 2011 gegen das Baath-Regime erhoben hatten, wurde aber ähnlich wie Cerablus zunächst von Einheiten der sogenannten Freien Syrischen Armee (FSA) und schließlich vom IS besetzt. Es wurde zu einem der entscheidenden strategischen Versorgungszentren des IS über die Route Türkei–Raqqa–Mûsil. Insbesondere für neue aus der Türkei geschleuste IS-Rekrut_innen stellte Minbic ein wichtiges Erstausbildungs- und Verteilungszentrum dar und letzten Endes damit auch eine der wichtigen Brücken des IS über die Türkei nach Europa und zurück.

### Al-Bab

Al-Bab kommt in der aktuellen Lage eine besondere strategische Bedeutung zu, so dass die deutsche Übersetzung für Al-Bab – »das Tor« – fast wie ein Omen klingt. Es ist die Stadt, über die im Moment noch eine Verbindung zwischen Kobanê und dem isolierten Afrîn möglich ist, und ebenfalls eine wichtige Kreuzung in das 38 km entfernte Aleppo. Insofern versuchen es das Erdoğan-Regime und seine Alliierten so schnell wie möglich einzunehmen, um ihr schon so oft gescheitertes Ziel der Isolierung der Kantone zumindest im Hinblick auf Afrîn doch noch umsetzen zu können. Al-Bab mit seinen Kreisstädten hat etwa 400 000 Einwohner_innen, vor allem arabische, kurdische und turkmenische. 2011 wurde das Baath-Regime vertrieben und die Stadt zunächst von türkeinahen FSA-Milizen besetzt, anschließend durch den IS.

Eine weitere wichtige Grenzstadt der Region ist Azaz – auch sie mit ihren 75 000 Einwohner_innen war abwechselnd von der Besetzung durch IS und FSA betroffen und ist aktuell von einem türkischen Einfall bedroht.

## Die jüngere Geschichte der Region

Gegen Ende 2012 stand die ganze Region unter der Kontrolle türkeiabhängiger ETILAF-Milizen und mit ihnen verbündeter dschihadistischer Verbände. Es kam zu massiven interfraktionellen Kämpfen, allein in Minbic hielten sich Anfang 2013 über hundert verschiedene, häufig konkurrierende Milizen auf. Mit dem zunehmenden Konflikt zwischen Al-Qaida und ISIS begann Letzterer, Minbic und Al-Bab als erste Städte in Şehba zu besetzen. Al-Qaida und Al-Nusra verließen daraufhin die meisten Stellungen in Şehba und der ISIS konnte nun auch Cerablus besetzen. Allein Orte wie Azaz, Mare und Til Rifat (Arfet) blieben unter ETILAF-Kontrolle.

3 Je nach Quelle differieren diese Zahlen entscheidend, so schwanken die Zahlen der Dörfer und Ansiedlungen in der Region von 450 bis 1000 und analog die der Kurd_innen zwischen 500 000 und 800 000.

4 http://www.diclehaber.com/news/content/view/471855?from=1510667103

5 https://anfturkce.net/kurdistan/savasin-merkezi-sehba-i

6 http://gazeteyolculuk.net/aktuel/ortadoguda-bir-petrol-kacakcisi-profili-damat-berat-ve-powertrans.html

7 https://wikileaks.org/berats-box/ (Hier können die etwa 50 000 geleakten E-Mails ebenfalls nach Stichwörtern durchsucht werden.)

8 http://www.cbssyr.sy/new%20web%20site/General_census/census_2004/NH/TAB02-39-2004.htm

Die kurdische Freiheitsbewegung und die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) hatten in der Region eine große Unterstützer_innengemeinschaft, was sich in Volkshäusern und gesellschaftlicher Organisierung in Städten wie Minbic bis hin zu kleinen Dörfern zeigte. Die strategische Bedeutung der Region für die Türkei zeigte sich auch 2013 mit den massiven Angriffen auf die kurdische Bevölkerung der Region, insbesondere gegen alle, die als »Apocu«, also Anhänger_innen der demokratischen Autonomie angesehen wurden. Besonders bitter ist dabei die Feststellung, dass rechte kurdische Milizen der Azadî-Partei und der »Kurdischen Islamischen Front«, die in den Reihen des ETILAF-Vorgängers, des Obersten Militärrats (SMC), kämpften, mindestens logistische Unterstützung für Massaker geliefert hatten.

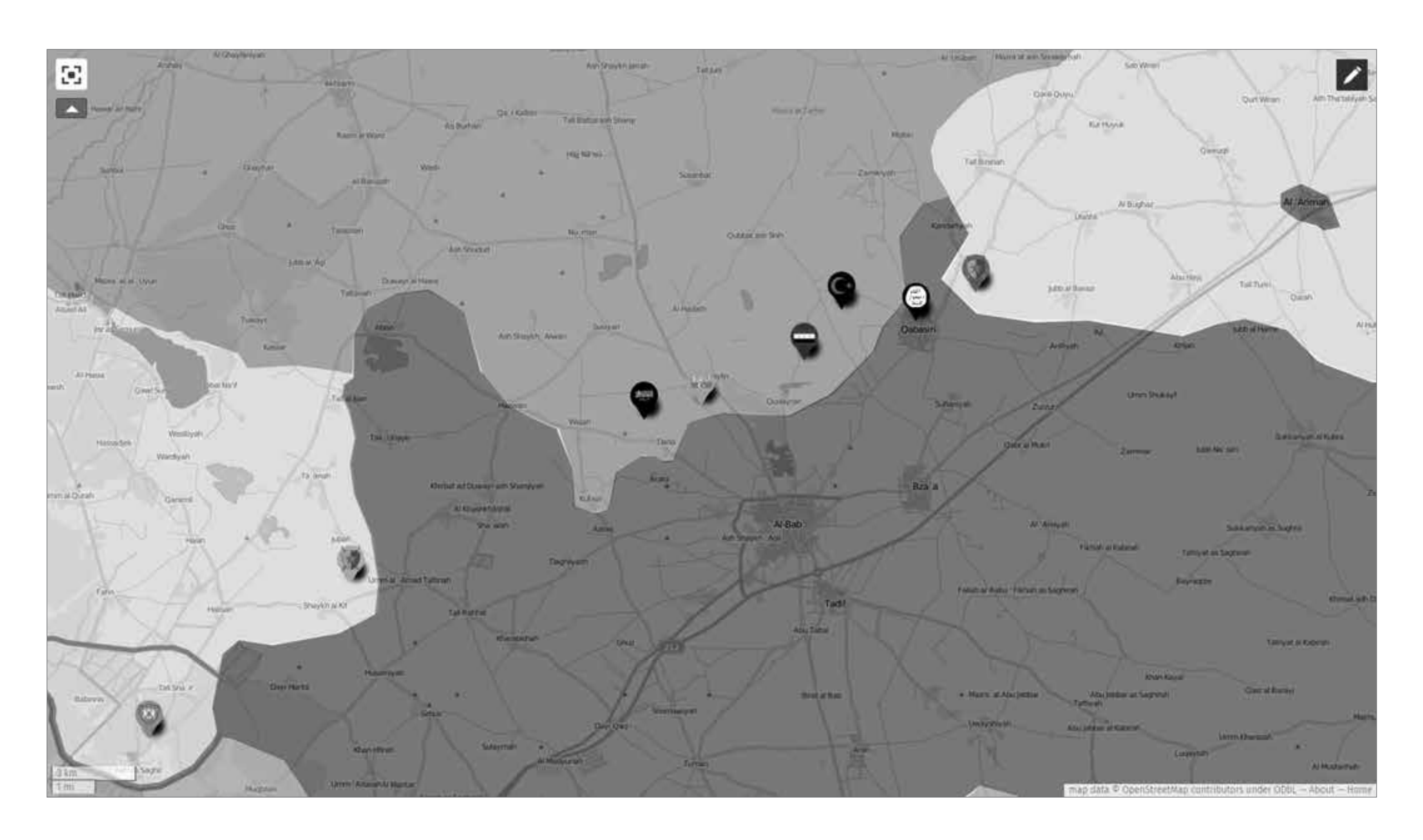
Durch die Angriffe und die Besetzung zunächst durch ETILAF- und Al-Qaida-nahe Truppen und schließlich durch den sogenannten IS kam es zu einer massiven Fluchtbewegung der kurdischen Bevölkerung aus der Region. Andere begannen sich in Zentren in revolutionär-demokratisch orientierten Selbstverteidigungsgruppen unter Namen wie Dschabhat al-Akrad, Dschaisch as-Suwar, Schams asch-Schimal und weiteren zu organisieren. Sie schlossen sich im Oktober 2015 unter dem Dach der QSD mit den Volksverteidigungs-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) und anderen Gruppen zusammen und bereiteten die Befreiung der Region vor. Das AKP-Regime zog immer neue rote Linien – würden die Gebiete westlich des Euphrat von den QSD betreten, dann würde es einmarschieren lassen. Also kurz gesagt – die Vertreibung des IS wäre ein Interventionsgrund für türkische Truppen. Trotz dieser Drohungen wurde Tişrîn aus den Händen des IS befreit und die Offensive auf Minbic begann. Währenddessen fand Anfang 2016 eine Versammlung von Vertreter_innen aus der gesamten Şehba-Region in Afrîn statt und für Al-Bab, Azaz, Minbic, Cerablus und Sifîre wurden Exilvolksräte ausgerufen. Außerdem wurde nochmals die Einheit der verschiedenen Bevölkerungsgruppen Syriens betont.

Nach der aufopferungsvollen Befreiung Minbics durch die QSD fiel die Türkei mit eigenen und sogenannten FSA-Truppen in Şehba ein und besetzte unter anderem Cerablus. Dschihadistische und turkmenisch-rechtsextremistische Bewaffnete und türkische Soldaten patrouillieren nun gemeinsam durch die Straßen dieser Stadt, und ihre Offensive auf Al-Bab läuft, um endgültig die Kontrolle über Şehba zu gewinnen und sich Kobanê und Afrîn zuwenden zu können. Das Schweigen der USA und Russlands nach dem »Wachwechsel« zwischen der Türkei und dem IS in Cerablus und den Angriffen auf die Region ist beredt. Die USA wollen damit höchstwahrscheinlich einerseits der politisch ins Abseits geratenen Türkei ein Zugeständnis machen, um ihr die Vorzüge einer Anbindung an die USA zu zeigen, und andererseits die QSD und die Föderation Nordsyrien warnen – sich endlich politisch dem Willen der USA zu beugen, ansonsten werde man sich nach anderen Bündnispartnern umschauen und wieder die »türkische Karte« spielen. Die kurdische Bewegung zeigte mit ihrer Antwort, sie werde die Offensive auf Raqqa stoppen und ihre Kräfte nach Şehba verlegen, wenn die USA nicht die Türkei zurückpfiffen, dass sie dieses Spiel mindestens genauso gut beherrscht. Vor diesem Hintergrund kam es zu einigen Waffenstillständen in der Region. Nach Cerablus übergab der IS Anfang September die Stadt Al-Rai an die Türkei, die sich selbst rühmte, all die Städte mehr oder weniger kampflos vom IS übernommen zu haben. Verglichen mit dem Kampf um Minbic scheint der IS die Städte mehr übergeben als verteidigt zu haben. Immer wieder tauchen Hinweise auf IS-Kader auf, die einfach in neuer Uniform ihren Dienst in den Reihen von Ahrar Al-Scham oder anderen mit der Türkei verbündeten Gruppen fortsetzen. Auch Patrick Cockburn erhielt in einem Interview mit einem IS-Kämpfer die Aussage, sie würden sich weiter in Cerablus aufhalten, hätten sich nur die Bärte etwas zurechtgestutzt.[9] Nun sollten höchstwahrscheinlich Azaz, Til Rifat und schließlich Al-Bab und Minbic folgen und anschließend Afrîn ausgeschaltet werden. Allerdings blieb die Offensive der Türkei und ihrer Milizen aufgrund des massiven Widerstands und wachsenden internationalen Drucks vor Azaz und Til Rifat stecken, woraufhin sie sich Al-Bab und Minbic zuwandte. Während die Türkei Al-Bab um jeden Preis vor der Befreiung durch die QSD besetzen will, greifen die türkische Armee und die Milizen insbesondere die Zivilbevölkerung in den Dörfern vor Minbic an. Dabei kam es mittlerweile schon zu einer hohen Zahl getöteter Zivilist_innen und tausenden Vertriebenen.

## Aktuelle Lage in Şehba

Etliche Landkreise sind noch immer vom IS besetzt, andere werden von der türkischen Armee bzw. mit ihr verbündeten Gruppen kontrolliert. Aktuell besteht die Koalition der Türkei aus diversen salafistischen, Ex-Al-Nusra- und Al-Qaida-, türkisch-rechtsextremistischen Gruppen und anderen. Insbesondere in der Şehba-Region agiert die Türkei in enger Abstimmung mit Saudi-Arabien und Qatar. Die Anzeichen häufen sich, dass auch Einheiten unter der Kontrolle des türkischen Nachrichtendienstes MIT und der südkurdischen Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) an der Operation teilnehmen. Die sogenannten Rojava-Peşmerge rekrutieren sich aus dem Umfeld des Kurdischen Nationalrats in Syrien (ENKS) und haben enge Verbindungen zum türkischen Geheimdienst. Gleichzeitig strahlen türkische Staatssender ENKS-Propaganda aus, sogar auf Kurdisch, in der die türkische Besatzung der

9 http://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/isis-to-rebuild-in-africa-if-defeated-in-syria-and-iraq-a7234456.html




Region gelobt und die Selbstverwaltung der Föderation Nordsyrien massiv angegriffen wird.[10]

Al-Bab, Til Aren, Til Hasil und Til Belat befinden sich unter IS-Besatzung, etliche Gebiete entlang der Grenze zu Kobanê unter der Kontrolle von in den QSD organisierten Gruppen und des Militärrats von Minbic. Russland andererseits versucht das Baath-Regime mit aller Kraft an der Macht zu halten, um seinen eigenen Einfluss im Mittleren Osten und im Mittelmeerraum zu stärken und den der USA einzudämmen.

Weiterhin ist es ein zentrales Ziel der Türkei, durch Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung die Kontrolle über die Region zu erlangen. Während die demokratische Föderation Nordsyrien für eine gemeinsame Organisierung des Lebens durch alle Bevölkerungsgruppen einsteht, setzt die Türkei, wie auch die von ihr abhängige Opposition, auf das gegenseitige Ausspielen dieser Bevölkerungsteile. Der Flüchtlings-Deal der EU mit der Türkei hat eine in Europa wenig diskutierte Dimension. Die Türkei hat ihre Grenze zu Syrien für Flüchtlinge komplett schließen lassen, täglich hören wir von durch das türkische Militär Erschossenen. Türkische Militärangehörige teilen in den sozialen Medien immer wieder Videos, in denen sie mit der Folter an kurdischen Flüchtlingen prahlen.

Die Türkei will die Flüchtlinge, anstatt sie einreisen zu lassen, in Nordsyrien festhalten und beispielsweise in Şehba entsprechende Lagerkomplexe installieren und »verlassene Dörfer« arabischen oder turkmenischen Flüchtlingen überlassen. So hat das türkische Militär in Şehba die Bewohner_innen des kurdischen Dorfes Hizwan vertrieben und dort hundert turkmenische Familien aus Mûsil angesiedelt. Auf diese Weise sollen einzelne Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden und gleichzeitig soll ein türkisch-arabischer Gürtel entstehen.[11]

Auch vom Süden her droht Gefahr für die Region, denn das Regime ist auf dem Vormarsch und hat angekündigt, die Föderation Nordsyrien auf keinen Fall zu akzeptieren. Im Moment sind deren Kräfte im Vorteil und können auch Minbic gegen Angriffe der Türkei verteidigen. Eine Annäherung der Türkei an Assad und der USA an Russland ist möglich – das würde den Handlungsspielraum in Rojava weiter einschränken. Internationale Solidarität mit dem von allen Seiten angegriffenen Projekt der Föderation Nordsyrien – Rojava ist dringend notwendig, um die Belagerung der Region zu durchbrechen. ♦

10 http://firatnews.com/kurdistan/enks-adina-konusan-mit-elemanlari

11 http://tr.hawarnews.com/turk-devletinin-turk-kemeri-siyaseti-suruyor/

»Wir leisten in Kobanê nicht nur Widerstand mit Waffen, sondern vor allem mit unseren Köpfen«

# Die Revolution in Rojava will kein vereinheitlichendes Bildungssystem

Interview mit Abdi Qader, KPC-Demokratik

**Abdi Qader ist Mitglied des im Juni 2015 gegründeten »Komitees für die Bildung und Ausbildung einer Demokratischen Gesellschaft«, KPC-Demokratik (Komiteya Perverdeya Ciwaka Demokratik). Er ist in Kobanê geboren und hat sein Studium in Qamişlo absolviert. Eine Juniorprofessur an der Universität in Helep (Aleppo) gab er Anfang 2014 auf, um sich am Aufbau des Bildungssystems in Kobanê zu beteiligen. Der 32 Jahre alte Biologielehrer bildet an der Naturwissenschaftlichen Fakultät in Kobanê Lehrer für den Schuldienst aus. Im Gespräch mit dem Kurdistan Report berichtet er über die Fortschritte und Herausforderungen beim Aufbau des Bildungswesens in Kobanê.**

**Wie ist die aktuelle Situation in Kobanê, und wie steht es um die Bildungseinrichtungen in der Stadt?**

Das Leben in Kobanê ist nach wie vor nicht einfach. Hilfsgüter in die Stadt zu bringen ist auf Grund der Blockade der Staaten der Region kaum möglich. Im Osten hält die Demokratische Partei Kurdistans PDK die Grenzübergänge vom Nordirak nach Rojava weitgehend geschlossen. Im Norden hat die türkische Armee eine meterhohe Mauer errichtet und die Grenze abgeriegelt. An bestimmten Tagen in der Woche dürfen Flüchtlinge zwar aus der Türkei nach Kobanê zurückkehren, allerdings dürfen sie nur das mitnehmen, was sie am Leib tragen. Medikamente oder Lebensmittel werden an der Grenze konfisziert. Von Süden her werden wir weiterhin durch die Dschihadisten und die Regierungstruppen Syriens bedroht.

Nicht nur auf Kobanê sondern auf sämtlichen Stadtverwaltungen in Rojava lastet ein immenser finanzieller Druck. Der Aufbau des Bildungswesens geht daher langsamer voran, als wir es uns wünschen, aber wir haben auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung schon einige Fortschritte gemacht. Nach der Befreiung von Kobanê war die Stadt zu 80 % zerstört, wir hatten zuletzt nur noch 300 Schüler. In den rund 400 Dörfern außerhalb der Stadt gab es vor den brutalen Angriffen des selbsternannten »Islamischen Staates« (IS) noch 270 Schulen, auch sie wurden zerstört oder unbrauchbar gemacht. In der Stadt konnten wir bereits 13 Schulen wieder aufbauen und in den Dörfern haben wir 111 Schulen wiederhergestellt und wiedereröffnet. Zwar zum Teil nur notdürftig, mit Wänden und Dächern aus Lehm, aber das haben wir fast vollständig aus eigener Kraft geleistet. Die Bauarbeiten und die Ausbildung von Lehrern dauern weiter an, damit wir auch an den Orten, an denen derzeit noch Bildungseinrichtungen fehlen, eine Ausbildung gewährleisten können.

**Können Sie uns einen kurzen Einblick in das Bildungswesen und seinen Wiederaufbau geben?**

Zunächst möchte ich betonen, dass auch während der Belagerung und des Krieges das Leben in Kobanê nicht völlig stillstand. Auch wenn zum Zeitpunkt der Befreiung nur noch 300 Schüler in Kobanê übrig waren, liefen Bildung und Unterricht zu dieser Zeit weiter. Schließlich leisten wir nicht nur mit Waffen Widerstand gegen die gewaltsame Unterdrückung der Gesellschaft, sondern vor allem auch mit unseren Köpfen. Daher haben wir nach der Befreiung versucht, die Schulen so schnell wie möglich wieder zu eröffnen, auch wenn für die Menschen natürlich zunächst materielle, existentielle Bedürfnisse Vorrang haben. Inzwischen unterrichten wir allein in der Stadt wieder rund 3 500 Schüler. Unser Ziel ist es, ein Bildungssystem aufzubauen, das allen Bewohnern des Kantons ermöglicht, unter freien, gleichen und angemessenen Bedingungen zu lernen. Wir legen Wert darauf, dass sich unser gesellschaftliches Projekt auch im Bildungs- und Erziehungswesen widerspiegelt. Daher steht die Ausbildung zur aktiven, konstruktiven Teilnahme an der Gesellschaft im Mittelpunkt.

Im »Komitee für die Bildung und Ausbildung einer Demokratischen Gesellschaft« (KPC-Demokratik) kommen Kurden, Assyrer und Araber aus verschiedenen öffentlichen Institutio-

nen zusammen. Wir versuchen dort das System der demokratischen Gesellschaft aktiv umzusetzen. Die alten Schulbücher müssen überarbeitet, in die verschiedenen Sprachen übersetzt und neu gedruckt werden. Eine Kommission aus insgesamt 33 Personen entwickelt derzeit Unterrichtsmaterialien für die Schulen, auch hier arbeiten Männer und Frauen zusammen. Ich selbst bin an der Neugestaltung der Biologiebücher beteiligt. Alle Schüler sollen die Gelegenheit bekommen, an ihrem jeweiligen Wohnort an einer öffentlichen Schule in ihrer Muttersprache unterrichtet zu werden. Wir unternehmen daher alles, um eine mehrsprachige Ausbildung zu ermöglichen. Zurzeit mangelt es aber noch an Lehrkräften. Im Moment durchlaufen unsere Lehrer daher nur eine 6- bis 8-monatige Ausbildung, diese Ausbildungszeit möchten wir aber gerne auf zwei Jahre ausdehnen. An allen Schulen gilt das Prinzip der Gleichheit. Alle haben die gleichen Rechte und auch die Selbstbestimmung der Frau ist hier verankert. Derzeit stellen übrigens Frauen die überwältigende Mehrheit der kurdischen Lehrkräfte.

**Wie sehen die Lehrpläne aus und wie sind die Schulen organisiert?**

Die Revolution in Rojava will kein vereinheitlichendes Bildungssystem. In Rojava leben Menschen aus vielen unterschiedlichen ethnischen Gruppen. Die Kinder der verschiedenen Völker sollen in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, aber die gleiche Schule besuchen. Daher werden die Schüler zunächst entsprechend ihrer jeweiligen Muttersprache in Klassen eingeteilt. Ab der dritten Klasse wird dann zusätzlich eine der Nachbarsprachen gelehrt. Kurdische Kinder lernen also z. B. auch Arabisch und umgekehrt. An einer Schule konnten wir auch bereits eine aramäische Klasse realisieren. In der sechsten Klasse kommt dann noch eine weitere Fremdsprache, z. B. Englisch oder Französisch, dazu. So lernen die Kinder von klein auf, andere Sprachen zu verstehen und zu achten. Dies führt dann wiederum zur Entstehung einer aufgeschlossenen, multikulturellen und mehrsprachigen Gesellschaft. Auch im Geschichtsunterricht setzen wir besondere Schwerpunkte für die jeweiligen ethnischen Gruppen. Ab der siebten Klasse gibt es außerdem Kurse, in denen die Lehren und Inhalte der »Jineolijî« unterrichtet werden. Auf diese Weise verankern wir über das Bildungs- und Erziehungswesen ein Bewusstsein für das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung.

Natürlich müssen auch die Auswirkungen des Kriegs in der Gestaltung des Schulalltags berücksichtigt werden. Die meisten unserer Schüler haben durch den Krieg Familienmitglieder, Freunde, Freundinnen und ihr Zuhause verloren. Zum Teil mussten sie sogar mit ansehen, wie ihre Eltern vom IS ermordet wurden. Als Pädagogen sehen wir es als unsere Aufgabe, den Schülern zu helfen, ihre durch den Krieg verursachten, multiplen Traumata und Ängste zu bewältigen. Daher bieten wir von der ersten Klasse an auch Kurse mit psychologischen Inhalten und Schwerpunkten an.

Außerdem wird das Kovorsitzenden-System auch an den Schulen konsequent umgesetzt. Zur Zeit des Regimes gab es nur einen Schuldirektor. Heute leiten immer eine Frau und ein Mann gemeinsam die Schule. Dieser Umstand wird innerhalb der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen. Drei Viertel der Bevölkerung in Kobanê sind Frauen, denen wir auf diese Weise zeigen, dass unser politisches Konzept einer demokratischen Gesellschaft mit gleichen Rechten für die Geschlechter nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern tatsächlich auch verwirklicht wird.

**Wie unterscheidet sich das neue Bildungs- und Erziehungssystem vom alten?**

Der wohl bedeutendste Unterschied steht in Zusammenhang mit dem Verhältnis zwischen Lehrenden und Schülern. Ebenso wie das Regierungssystem basierte auch das alte Erziehungssystem vor allem auf Angst und Gewalt. Ich selbst erinnere mich noch gut an meine eigene Schulzeit und daran, wie wir regelrecht angefangen haben zu zittern, sobald unser Lehrer den Raum betrat. Eine Erziehung zu freien und selbstbestimmten Bürgern war nicht vorgesehen und kritisches, eigenständiges Denken wurde von Beginn an unterdrückt.

Im neuen System sind die Schüler für das Schulleben mitverantwortlich und sie können aktiv mitbestimmen. An jeder Schule werden Schülerkomitees gebildet, um die Schulen demokratisch und partizipatorisch zu gestalten. Außerdem haben wir Sanktionsmechanismen für Lehrende entwickelt, die physische oder psychische Gewalt anwenden. Zur Zeit des Regimes beschränkte sich die Ausbildung auf stumpfes Auswendiglernen und regelmäßige Prüfungen. Wir haben auch ein neues Bewertungssystem eingeführt und die Prüfungsleitungen um mündliche Gespräche zwischen Lehrenden und Schülern ergänzt. Es gibt kein »Durchfallen« im klassischen Sinne mehr. Die Prüfungen helfen uns herauszufinden, in welchen Bereichen die einzelnen Kinder Schwierigkeiten haben. Statt einfach nur schlechte Noten zu verteilen, arbeiten wir Lehrenden dann gezielt mit unseren Schülern an ihren jeweiligen Defiziten.

Darüber hinaus beschäftigen wir an den Schulen keine Reinigungskräfte. Lehrer und Schüler sind gemeinsam für die Sauberkeit verantwortlich. Wir spielen und lachen mit unseren Schülern. All diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass die Kinder heute gerne und ohne Angst in die Schule gehen.

**Was sind die größten Herausforderungen, mit denen Sie derzeit konfrontiert sind?**

Besonders schwer ist natürlich, mit dem Schmerz der Kinder adäquat umzugehen. Durch den Krieg haben unsere Kinder vieles erlebt, was sie nicht vergessen können. Wir versuchen nach Kräften, sie mit verschiedenen Aktivitäten abzulenken und den Kindern, deren Eltern im Kampf gegen den IS getötet wurden, zu erklären, wofür ihre Eltern ihr Leben gegeben haben. Allerdings fehlen uns die Kapazitäten für eine gezielte Traumatherapie.

Große Probleme im Bildungsbereich werden durch die irreparablen Schäden an den Schulgebäuden verursacht. An vielen Orten konnten die Schulen noch nicht wieder eröffnet werden und besonders in der Stadt sind die Klassen überbelegt. Aktuell besteht dort jede Klasse aus durchschnittlich 60 Schülern. Außerdem fehlen Lehrkräfte. In Kobanê gibt es zurzeit 1 250 Lehrkräfte. Um unserem Anspruch, jedes Kind an seinem Wohnort in seiner Muttersprache zu unterrichten, gerecht zu werden, müssen wir aber noch mehr Lehrende ausbilden. Insbesondere da immer mehr Menschen nach Kobanê zurückkehren. Außerdem werden in Kobanê momentan im Durchschnitt 20 Kinder pro Tag neu geboren, so dass wir auch in der Verantwortung stehen, für die kommende Generation Bildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Auch die Ausstattung der Schulen ist allerdings unzureichend. Wir haben die zur Verfügung stehenden Ressourcen unter den Schulen aufgeteilt, aber es fehlen nach wie vor Bänke, Tische, Stühle und Tafeln. Außerdem benötigen wir mehr Schulbücher und Unterrichtsmaterialien. In Rojava gibt es momentan nur eine funktionsfähige Druckerei in Qamişlo, im Kanton Cizîrê. Dort muss alles geduckt werden, auch Tageszeitungen etc. Der Bedarf der drei Kantone kann von dort aus natürlich unmöglich alleine gedeckt werden. Wir haben bereits eine umfangreiche Sammlung an Materialien für den Unterricht erarbeitet. Die vorbereiteten Materialien können wir aber kaum nutzen, da sie uns nur auf USB-Stick zur Verfügung stehen. Der Bau einer Druckerei ist also sehr wichtig für die Qualität der Lehre und den Ausbau des Bildungswesens in Kobanê.

**In Kriegszeiten ist es kaum möglich, langfristige Prognosen zu geben, aber können Sie uns dennoch etwas über die Pläne und Ziele für das Bildungswesen erzählen?**

Wir haben viele größere und kleinere Projekte, die auf ihre Umsetzung warten, während sich unser Bildungssystem weiter entwickelt. Ein Ziel ist es, den Unterricht praxisbezogener zu gestalten. Als Naturwissenschaftler denke ich in diesem Zusammenhang natürlich z. B. an Labore etc. Noch fehlen uns dafür aber die Möglichkeiten. Die schulische Ausbildung endet in Kobanê momentan nach der 12. Klasse. Für eine weiterführende Ausbildung müssen die Schüler dann an eine Akademie oder eine Hochschule nach Qamişlo oder Afrîn. Daher würden wir gerne auch in Kobanê eine Universität aufbauen. Entsprechende Lehrkräfte gäbe es sogar, es mangelt aber an den notwendigen finanziellen Mitteln. Außerdem fehlt in der Stadt nach wie vor eine Bibliothek, um den wachsenden Bildungshunger zu stillen.

Viel Energie investieren wir momentan in die Realisierung des flächendeckenden muttersprachlichen Unterrichts für die verschiedenen Sprachen. Zumal wir beobachten können, dass Kinder mit mehr Begeisterung lernen, wenn sie dies in ihrer Muttersprache tun können. Zu Zeiten des Regimes durfte der Unterricht nur in arabischer Sprache stattfinden. Wir Kurden wurden unserer Sprache und somit auch eines Teils unserer Identität beraubt. Ich selbst habe für einige Monate im Gefängnis gesessen, weil ich Kindern in Helep Kurdisch-Unterricht gegeben hatte. Bis heute muss die kurdische Sprache in den syrischen Städten noch heimlich unterrichtet werden. Es zeichnet sich allerdings bereits ab, dass in verschiedenen Bezirken in Helep und Manbic unser Gesellschaftssystem und damit auch unser Bildungssystem etabliert werden wird.

Ein großes Problem ist, dass die autonome »Föderation Nordsyrien – Rojava« international nicht anerkannt wird. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf das Bildungswesen, da die in Kobanê erworbenen Schulabschlüsse außerhalb Rojavas nicht akzeptiert werden. Dieser Aspekt ist daher ein wichtiger Bestandteil unserer diplomatischen Bemühungen. Wir versuchen internationale Kooperationen auszubauen und z. B. gemeinsam mit Lehrenden in Deutschland entsprechende Projekte zu entwickeln, um auf die Akzeptanz unserer Arbeit hinzuwirken. Die Anerkennung unserer Abschlüsse hätte schließlich auch positive Auswirkungen auf das Bewusstsein der Bevölkerung für die Notwendigkeit einer schulischen Ausbildung.

Wir konnten bereits wichtige Fortschritte machen und haben unter den gegebenen Bedingungen auch schon viel erreicht. Aber es gilt, noch einige Hindernisse für die Weiterentwicklung und Stabilisierung des Bildungssystems in Kobanê zu überwinden. Denn mit dem Ausbau des Bildungswesens könnte auch der Kampf für eine freie und demokratische Gesellschaft erfolgreicher sein. ♦

Machtexpansion nach außen, Repression nach innen

# Die Schiiten im Nahen und Mittleren Osten

Emrullah Boztaş, Journalist

In vielen arabischsprachigen Ländern ist es den Volksbewegungen, die nach strukturellen Reformen und der Ablösung diktatorischer Regime verlangen, bereits jetzt gelungen, die Machtverhältnisse nachhaltig ins Schwanken zu bringen und Veränderungen herbeizuführen. Im Mittleren Osten können sich die Besonderheiten von Kriegen und Bündnissen schnell ändern. Als historische Feinde Geltende können von einem Tag auf den anderen zu Bündnispartnern werden. Ehemalige Freunde können sich morgen schon gegenseitig bekriegen. Im Hinblick darauf gilt es einen besonderen Blick auf die Entwicklungen in den Ländern Irak, Syrien und Libanon zu werfen.

Einer der wichtigen Akteure im konfliktträchtigen Mittleren Osten von heute sind die Schiiten. Ihr historisches und kulturelles Territorium ist im Laufe der Geschichte mal gewachsen, mal geschrumpft. Gegenwärtig befinden sie sich in einer Expansionsphase. Die wichtigste Ursache dafür ergab sich durch die Intervention der USA im Mittleren Osten. Die Schiiten, die seit jeher ihren Einfluss in der ganzen Region vergrößern wollen, in denen ihre Glaubensgeschwister leben, haben die Gunst der Stunde richtig zu nutzen gewusst.

In der kapitalistischen Moderne wird der Krieg durch die herrschenden Kräfte als Mittel der Neugestaltung genutzt. Das mit dem Angriff auf das Baath-Regime im Irak geschaffene Chaos führte dazu, dass Bagdad – seit Jahrhunderten durch die Eliten des sunnitischen Islams geführt – unter die Kontrolle der Schiiten geriet, die ihrerseits die Mehrheit im Irak bilden. Durch die neutrale Haltung der Kurden im Irak wird Bagdad, das historische Zentrum der Kalifen (sowohl das umayyadische als auch das abbasidische Kalifat befand sich zeitweise in Bagdad), erstmals durch Vertreter der schiitischen Konfession gelenkt. Nachdem die sunnitischen Kalifate der Abbasiden, der Umayyaden und der Osmanen die Region kontrollierten, sind es nun die Schiiten, die sich als Anhänger Alis betrachten, welche die Regierungs- und leitende Positionen in Bagdad bekleiden.

Die irakischen Kurden, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl selbst der sunnitischen Konfession im Islam angehören, halten sich von der Konfliktlinie zwischen der schiitisch-arabischen und der sunnitisch-arabischen Bevölkerung fern. Zu behaupten, sie nähmen eine neutrale Position in dem Konflikt ein, wäre aber dennoch falsch. Denn ihre Zurückhaltung beruht auf einem Abkommen mit der irakischen Zentralregierung, das sowohl einen kurdischen Staatspräsidenten für den irakischen Zentralstaat als auch eine weitreichende Autonomie für den kurdischen Norden des Irak vorsieht. Ein Ergebnis dieses Abkommens ist wiederum die Manifestation der schiitischen Vormachtstellung im Irak und damit die Ausweitung der Einflusssphäre des iranischen Staates, der selbsternannten Protektionsmacht der Schiiten.

Denn bei Betrachtung der Machtkämpfe im Irak und im Jemen steht der Einfluss der Islamischen Republik Iran außer Frage. Ebenso klar ist, dass der Iran und die libanesische Hisbollah die wichtigsten Stützen des syrischen Baath-Regimes sind. Die oppositionellen Kräfte innerhalb der totalitären Regime in Qatar, Bahrein und den Vereinigten Arabischen Emiraten sind ebenfalls schiitisch und werden aus dem Iran unterstützt. Dasselbe gilt für die schiitische Minderheit in den südlichen und östlichen Gebieten Saudi-Arabiens. Auch auf dem afrikanischen Kontinent gibt es in Nigeria eine aktive schiitische Bevölkerung, die in ihrem politischen Kampf ebenfalls Kraft aus dem Iran schöpft. Und so kommt es, dass das iranische Regime, das gegenüber seiner eigenen Bevölkerung ein äußerst totalitäres System etabliert hat, von den schiitischen Bevölkerungsgruppen außerhalb des Landes wie ein Erlöser gepriesen wird.

Die schiitischen Kräfte führen sowohl im Irak gegen den Islamischen Staat (IS) als auch in Syrien gegen andere dschihadistische Gruppen einen relativ erfolgreichen Krieg. In beiden Ländern kämpfen auch Einheiten der iranischen Revolutionsgarde in ihren Reihen. Das Welayat-e Faghih *[»Die Statthalterschaft des Rechtsgelehrten« nach Ajatollah Chomeini]* als ideologische Grundlage der schiitischen Herrschaft hat auch außerhalb

des Iran großen Einfluss auf die Schiiten. Während zu Beginn des Bürgerkriegs in Syrien und des Erstarkens des IS im Irak den Machthabern in beiden Ländern kaum Erfolgsaussichten beschieden wurden, haben die Aufrufe zahlreicher Ajatollahs zum Heiligen Krieg dazu geführt, dass sich in beiden Ländern das Blatt wendete. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür war ein Aufruf des religiösen Führers der irakischen Schiiten Sistani, der binnen weniger Wochen zehntausende Menschen zur Waffe greifen ließ. Nur dadurch konnte der Vormarsch des IS, der mittlerweile Bagdad bedrohte, zurückgeschlagen werden. Viele der schiitischen Kämpfer hatten zwar kaum Kampferfahrung, doch die Aussicht auf das Paradies bei einem Märtyrertum im Heiligen Krieg reichte als Motivation für die meisten aus, um unter großem Einsatz die alten Generäle des Baath-Regimes und die radikalen Islamisten des IS zu stoppen. Ausschlaggebend für ihren Erfolg waren also ihre Motivation und Moral.

Wenn wir an die Schiiten denken, kommt uns naturgemäß zunächst die Islamische Republik Iran in den Sinn. Der iranische Staat blickt auf eine jahrtausendealte Tradition in der Region zurück, seine Geschichte reicht weit über die islamische Geschichte hinaus. Und in gewisser Weise verkörpert auch die Islamische Republik Iran die vorislamische medisch-persische Zivilisation. Denn dem Iran ist es auch in der Zeit nach der Ausbreitung des Islams gelungen, seine Eigenheiten zu wahren. Durch die Verbreitung des Islams im heutigen iranischen Raum entstand aus der Hybridität von medisch-persischer und islamischer Kultur etwas Neues.

Während zu Beginn des Bürgerkriegs in Syrien und des Erstarkens des IS im Irak den Machthabern in beiden Ländern kaum Erfolgsaussichten beschieden wurden, haben die Aufrufe zahlreicher Ajatollahs zum Heiligen Krieg dazu geführt, dass sich in beiden Ländern das Blatt wendete.

Bereits zur Zeit des frühen Islams der ersten vier Kalifen bildete sich auf dem Territorium des heutigen Iran, Afghanistans, Tadschikistans und Pakistans die kulturelle Tendenz heraus, sich von der islamischen Hauptströmung zu separieren. Besonders die Glaubensgemeinschaften der Zoroastrier und der Mazdakiten drückten ihre Widersprüche zum noch jungen Islam dadurch aus, dass sie den Anspruch Alis, des Neffen und Schwiegersohns des Propheten Mohammed, und seiner Nachfolger auf das Kalifat unterstützten. Um die Frage des Kalifats entbrannte nach dem Tod Mohammeds bekanntlich ein Machtkampf, in dessen Folge sich die Partei Alis, in Opposition zur umayyadischen Dynastie, als Schiiten von der sunnitischen Ausrichtung des Islams abspaltete. Für die Anhänger Alis, die quasi von den Vertretern des sunnitischen Islams exkommuniziert wurden, galten das alte Arya *[alte Bezeichnung für die iranische Hochebene]* und Basra als wichtige Rückzugsgebiete. In die Region von Tadschikistan bis nach Basra im Mittleren Osten konnten zugleich auch die semitischen Stämme *[die arabischen Stämme, die den Islam verbreiteten]* nicht vorstoßen. Durch den Einfluss des Schiitentums, des Islams wurde dennoch die dualistische Philosophie des Zoroastrismus einer Revision unterzogen, und durch das Bündnis mit dem safawidischen Reich ist schließlich ein Glaube entstanden, der dem heutigen Schiitentum sehr nahe kommt. Laut schiitischer Glaubenslehre wird der verschwundene zwölfte Imam Mahdi wieder zurückkehren und im Kampf gegen Daddschal das Böse auf Erden auslöschen. In diesem Kampf werden die Schiiten auf Seiten Mahdis zum Kampf bereitstehen und dafür am jüngsten Tag belohnt werden. Die Rolle der Führung spielt hierbei eine besondere Rolle. Im Schiitentum übernimmt das Welayat-e Faghih diese Führungsrolle und soll die schiitische Gemeinschaft bis zur Rückkehr des Mahdis auf dem rechten Weg führen.

Die heutige schiitische Glaubensauffassung des Mahdi-Daddschal-Dualismus ist eine Widerspiegelung der alten zoroastrischen Befreiungstheorie. Im Zoroastrismus kämpft der gute Gott Ahura Mazda gegen Ahriman, der das Böse repräsentiert. Am jüngsten Tag wird Ahura Mazda diesen Kampf gewinnen, und nach dem jüngsten Tag werden diejenigen, die an seiner Seite gekämpft haben, belohnt. Und das wichtigste Detail in diesem Vergleich ist, dass der persische Herrscher als Vertreter Ahura Mazdas mit der Aufrechterhaltung der Ordnung im Diesseits beauftragt ist.

Hier findet also eine Adaption von Glaubensvorstellungen durch das Schiitentum statt, die es so auch bei den Zoroastriern und Mazdakiten gegeben hat. Die Wurzeln für die Moral und Kampfbereitschaft der schiitischen Kämpfer haben also eine lange Tradition.

Mit Blick auf die weit zurückreichenden Grundlagen verfügen die schiitischen Kräfte mit ihrem Zentrum im Iran über einige wichtige Vorteile. Von den alten indoeuropäischen Ethnien sind es allein die Kurdinnen und Kurden, die sich nicht mehrheitlich des Schiitentums angenommen haben. Dennoch werden sie bei den Plänen des Iran im Mittleren Osten im Allgemeinen nicht als Gegner, sondern eher als neutrale Kraft oder potentielle Bündnispartner wahrgenommen. Selbst wenn sich ein Teil Kurdistans unter iranischer Kolonialherrschaft befindet, wurde die Identität der Kurden durch den iranischen

Staat nie verleugnet, auch wenn es hieß, dass sie iranische Wurzeln hätten. Die persischen und iranischen Machthaber waren stets daran interessiert, die Kurden als Bündnispartner in der Region zu halten.

Unter der schiitischen Bevölkerung des Mittleren Ostens gibt es im Prinzip eigentlich keine Opposition zum Iran. Im Gegenteil, dessen ideologische Führungsrolle durch das Welayat-e Faghih wird von so gut wie allen Schiiten anerkannt. Aktivitäten und Äußerungen des Iran werden deshalb ohne Umschweife als der göttliche Abglanz auf Erden respektiert.

Angesichts der im Irak, in Syrien, im Jemen und im Libanon agierenden schiitischen Kräfte können wir durchaus von einem vom Norden Tadschikistans bis zum Libanon reichenden schiitischen Einflussgebiet sprechen. Gleichzeitig reicht es über den persischen Golf bis zum Jemen. Auf Grundlage dieses breiten Einflussgebiets erwiderte der Iran die Angriffe gegen das Mutterland der Schiiten, die bis vor zwei Jahren noch anhielten, mit einer Strategie, sie außerhalb der eigenen Staatsgrenzen abzuwehren.

Der Iran war einer Isolationspolitik ausgesetzt, die maßgeblich von den USA und Europa ausging. Eine Intervention und ein Krieg wie im Irak waren nicht unwahrscheinlich. Um diese Gefahr zu bannen, ergriff der iranische Staat außerhalb seiner Staatsgrenzen verschiedene politische Maßnahmen. Gleichzeitig haben im Rahmen des arabischen Frühlings, der zu Beginn ein demokratisches Aufbegehren der Völker für mehr Freiheit war, auch die schiitischen Minderheiten in Qatar, den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Jemen rebelliert. Ihre Proteste konnten nur mit der Unterstützung des Militärs von Saudi-Arabien, das von Qatar und den Emiraten zu Hilfe gerufen wurde, niedergeschlagen werden. So ist Saudi-Arabien einerseits der »schiitischen Gefahr« durch militärisches Eingreifen begegnet; andererseits hat es aber auch mit dem Vollzug der Todesstrafe am schiitischen Führer in ihren eigenen Staatsgrenzen, Scheich Nimr Baqir al-Nimr, den Grundstein für weiteren Aufruhr gelegt. Gleichzeitig hat die Türkei, die sich gern in der Führungsposition des sunnitischen Islams sieht, in Syrien und dem Irak dschihadistische Gruppierungen wie den IS oder Al-Qaida-Untergruppen unterstützt. Und während der Iran in dieser ganzen Phase darum bemüht war, den Krieg von seinen Grenzen fernzuhalten, begann er gleichzeitig damit, die Opposition im eigenen Land mit der Todesstrafe und anderen repressiven Maßnahmen zum Schweigen zu bringen. Die Aufhebung des Embargos und der Isolation, nachdem das internationale Atomabkommen Januar 2016 in Kraft getreten war, hat der iranischen Politik weiteren Auftrieb gegeben und das Entgegenkommen des Westens ihr auch einen Strategiewechsel ermöglicht.

Hatte sich der Iran bis dahin mit dem syrischen Baath-Regime nur auf Grundlage der Unterdrückung von Kurden verständigen können, erfolgte nach Aufhebung der Sanktionen eine strategisch tiefergehende Zusammenarbeit. Er begann das syrische Regime aktiv militärisch und logistisch zu unterstützen. Diese Unterstützung sorgte zugleich auch dafür, dass Damaskus im Bürgerkrieg an Boden gewann. Dem Aufruf der schiitisch-religiösen Führung im Iran folgend begann auch die libanesische Hisbollah auf Seiten des Baath-Regimes aktiv am Kriegsgeschehen in Syrien teilzunehmen. Ihr gelang es binnen weniger Wochen, wichtige Gebiete im syrisch-libanesischen Grenzgebiet unter ihre Kontrolle zu bringen, was Damaskus eine Atempause verschaffte. Im Norden Syriens, also in Rojava, verfolgte das Baath-Regime zeitgleich eine nicht konfrontative Strategie gegen die dortigen Verteidigungseinheiten (YPG/YPJ). Die kurdische Seite wurde somit vom Regime als eine dritte Partei im Bürgerkrieg anerkannt. Auch wenn die Strategie der Nichtkonfrontation bei den Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Verteidigungseinheiten und den vom Iran unterstützten Gruppen in Heseke fast ein jähes Ende gefunden hätte, so hat sie im Prinzip noch Bestand.

Parallel zum Aufschwung der schiitischen Expansionspolitik in Syrien kam es im Irak zu ähnlichen Entwicklungen. Nach der Einnahme von Mûsil (Mosul) hatte der IS begonnen, seine Angriffe auf die südkurdische Gebieten Sadiyê, Celewla, Kerkûk und Şengal (Sindschar) auszuweiten. Dabei verharrten die schiitischen Kräfte noch in der Beobachterrolle. Doch der anhaltende Siegeszug des IS war sowohl in Hewlêr (Erbil) als auch in Bagdad Grund zur Sorge. Er war im Süden bis an die Grenze zum Iran vorgerückt. Die Peşmerge-Einheiten der Patriotischen Union Kurdistans (YNK) zogen sich nach großen Verlusten teilweise aus Celewla und Sadiyê zurück. So langsam wuchs die Gefahr, dass der IS gen Kerkûk vorrücken könnte. Er brachte ebenfalls die êzîdische Stadt Şengal (Sindschar) unter seine Kontrolle und stand damit unmittelbar vor dem nördlichen Grenzübergang zu Syrien in Rabia. Die Peşmerge-Einheiten der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) hatten in Şengal zuvor freiwillig das Feld geräumt und sich in Richtung Duhok zurückgezogen. Mit der Einnahme des Ortes Kelek war der IS nun bis vor die Tore Hewlêrs *[Sitz der kurdischen Regionalregierung]* gelangt.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren die schiitischen Kräfte im Irak erstarrt, während der IS begann, die Vororte von Bagdad einzunehmen. Die irakische Armee hatte keinerlei Widerstand gezeigt. Ihre Mitglieder waren entweder geflohen oder schlossen sich dem Gegner gruppenweise an. Die Volksverteidigungskräfte (HPG) der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) hingegen entschlossen sich in dieser Phase, aktiv einzugreifen. Sie erklärten, sich dem IS nicht nur in Şengal, sondern auch in den grenznahen Sadiyê und Celewla sowie in Kerkûk, Mex-

mûr und Hewlêr entgegenzustellen. An vielen Orten bildeten sie auf diesem Wege gemeinsame Verteidigungslinien mit den Peşmerge. In Şengal kämpften sie erfolgreich einen humanitären Korridor nach Rojava frei. Diese Initiative der PKK stellte der Weltöffentlichkeit ihre militärische und politische Schlagkraft unter Beweis und entfachte den Widerstandskampf gegen den IS. Erst in der Folge des Eingreifens der PKK sammelten sich auch die übrigen bewaffneten Kräfte im Irak, um den Vormarsch des IS zu stoppen und die Islamisten zurückzudrängen. Auf einen Aufruf des schiitischen Führers im Irak Sistani hin wurde die überwiegend schiitische Miliz Al-Haschd asch-Schaabi gegründet. Jeder Schiite, dessen Hand eine Waffe halten kann, war zum Kampf gegen den IS aufgerufen. In der Folge begann der IS auch im Süden an Boden zu verlieren. Zugleich führte der gemeinsame Kampf zu einer Annäherung zwischen den Kurden im Irak und dem schiitischen Block, was die schiitische Vorherrschaft dort weiter festigte.

Neben den Kampfhandlungen im Irak ist für die schiitische iranische Führung auch der Jemen von besonderem Interesse. Die schiitische Mehrheit im Osten des Landes begann sich im Rahmen des arabischen Frühlings zu organisieren und wurde darin aktiv aus dem Iran unterstützt. Im Jemen machen die Schiiten rund 40 % der Gesamtbevölkerung aus. Ihrer Huthi-Bewegung ist es mit aktiver iranischer Unterstützung gelungen, die Regierungsmacht an sich zu reißen. Der abgesetzte jemenitische Präsident flüchtete anschließend nach Saudi-Arabien, wo unter saudischer Führung eine arabische Militärallianz gegen die Huthi gebildet worden ist, die durch anhaltende Luftangriffe von sich reden macht. Für Iran selbst stellt der anhaltende Konflikt keine Gefahr dar. Doch für Saudi-Arabien, das nun vor seiner eigenen Haustür mit schiitischen Machthabern konfrontiert ist, gestaltet sich die Lage deutlich schwieriger. Denn der Krieg, den die saudischen Herrscher im Jemen führen, schwächt die Wirtschaft des Königreichs und führt gleichzeitig dazu, dass sie notgedrungen die Unterstützung für die wahhabitisch-islamistischen Gruppen im Irak kürzen müssen. Das wiederum stärkt dort die Position des Iran weiter. Der Machtwechsel im Jemen ist also ein strategischer Erfolg des Iran im Kampf gegen seinen Dauerrivalen Saudi-Arabien. Die Kosten dieses Machtkampfes trägt ohne Frage die Zivilbevölkerung des Jemen.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass der Iran bzw. die schiitische Bewegung sich gewandelt hat. Hatten bis zum letzten Viertel des 20. Jahrhunderts traditionell die Scheichs die religiöse Führung im Schiitentum inne, so ist diese Führungsrolle durch eine Neuinterpretation im Sinne der kapitalistischen Moderne der Islamischen Republik Iran übertragen und institutionalisiert worden. Die vom Ökonomischen über das Soziale bis hin zum Politischen führende Kraft im Iran ist die Institution des Welayat-e Faghih, analog zum Kalifat im sunnitischen Glauben, als es noch von allen Sunniten anerkannt wurde. Aufbauend auf diesem Selbstvertrauen *[das sich darin ausdrückt, sich selbst an die Stelle des Kalifats zu setzen]* gelingt es der schiitischen Bewegung, Bündnisse mit verschiedensten nicht sunnitischen Gruppen im Mittleren Osten wie den Alawiten, den Ismailiten oder den christlichen Minderheiten einzugehen. Im Würgegriff des Dschihadismus ziehen es etliche Gruppen eher vor, auf der Seite des schiitischen Totalitarismus ihren Platz einzunehmen, als alleingelassen zu werden. Im Irak haben sich die Machtverhältnisse vollständig in Richtung der schiitischen Kräfte verschoben. Im Libanon hat die schiitische Hisbollah durch ihren Einsatz bei der Verteidigung des Landes ohnehin eine unangefochten wichtige Stellung. Insgesamt geht der sunnitische Einfluss in der gesamten Region beständig zurück, was in erster Linie auf die ausgeklügelte Machtpolitik des Iran zurückzuführen ist. Die iranische Führung setzt also auf eine vielschichtige und flexible Außenpolitik der Machtexpansion, während sie nach innen die Repression gegen Oppositionelle beständig fortführt. ♦

In der Gesamtschau wird deutlich, dass der Iran bzw. die schiitische Bewegung sich gewandelt hat. Hatten bis zum letzten Viertel des 20. Jahrhunderts traditionell die Scheichs die religiöse Führung im Schiitentum inne, so ist diese Führungsrolle durch eine Neuinterpretation im Sinne der kapitalistischen Moderne der Islamischen Republik Iran übertragen und institutionalisiert worden.

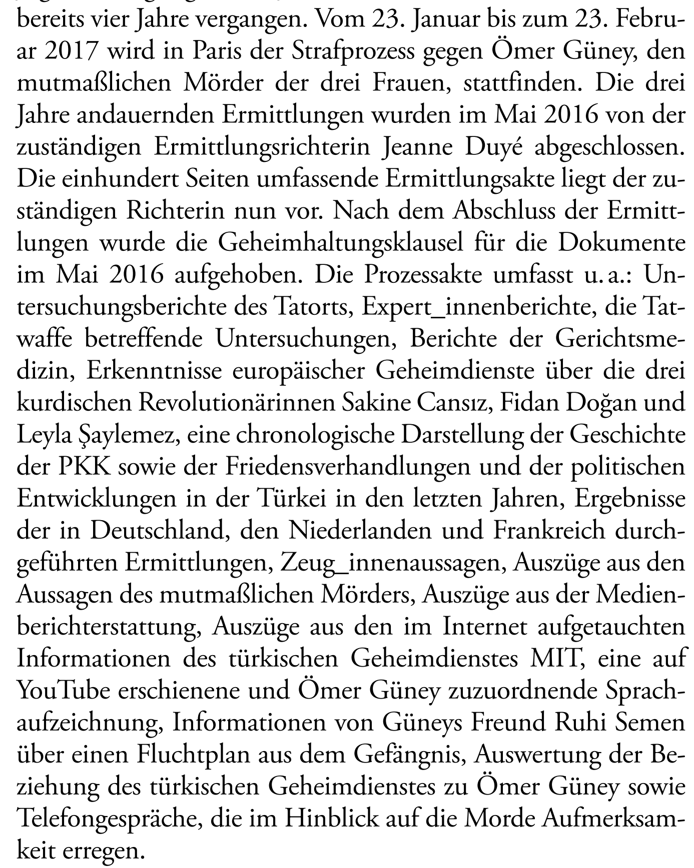
Vertuschung, Geheimhaltung, Desinformation nach den Pariser Morden

# Der Prozess in Paris – den Schleier lüften!

Selma Akkaya, Journalistin



Seit der Ermordung von Sakine Cansız (Gründungsmitglied der PKK), Fidan Doğan (Mitglied des Nationalkongresses Kurdistan KNK) und Leyla Şaylemez (Mitglied der kurdischen Jugendbewegung) am 9. Januar 2013 sind bereits vier Jahre vergangen. Vom 23. Januar bis zum 23. Februar 2017 wird in Paris der Strafprozess gegen Ömer Güney, den mutmaßlichen Mörder der drei Frauen, stattfinden. Die drei Jahre andauernden Ermittlungen wurden im Mai 2016 von der zuständigen Ermittlungsrichterin Jeanne Duyé abgeschlossen. Die einhundert Seiten umfassende Ermittlungsakte liegt der zuständigen Richterin nun vor. Nach dem Abschluss der Ermittlungen wurde die Geheimhaltungsklausel für die Dokumente im Mai 2016 aufgehoben. Die Prozessakte umfasst u. a.: Untersuchungsberichte des Tatorts, Expert_innenberichte, die Tatwaffe betreffende Untersuchungen, Berichte der Gerichtsmedizin, Erkenntnisse europäischer Geheimdienste über die drei kurdischen Revolutionärinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez, eine chronologische Darstellung der Geschichte der PKK sowie der Friedensverhandlungen und der politischen Entwicklungen in der Türkei in den letzten Jahren, Ergebnisse der in Deutschland, den Niederlanden und Frankreich durchgeführten Ermittlungen, Zeug_innenaussagen, Auszüge aus den Aussagen des mutmaßlichen Mörders, Auszüge aus der Medienberichterstattung, Auszüge aus den im Internet aufgetauchten Informationen des türkischen Geheimdienstes MIT, eine auf YouTube erschienene und Ömer Güney zuzuordnende Sprachaufzeichnung, Informationen von Güneys Freund Ruhi Semen über einen Fluchtplan aus dem Gefängnis, Auswertung der Beziehung des türkischen Geheimdienstes zu Ömer Güney sowie Telefongespräche, die im Hinblick auf die Morde Aufmerksamkeit erregen.



### Verdacht fällt auf den MIT



Das Gericht beschuldigt Ömer Güney, in Beziehung zu einer Terrororganisation zu stehen und Morde begangen zu haben. Aus diesem Grund wird der mutmaßliche Mörder nach dem Anti-Terror-Gesetz angeklagt. Auch wenn der mutmaßliche Mörder die Vorwürfe bis zu seiner letzten Vernehmung bestritt, geht die Richterin auf Grundlage der Indizien davon aus, dass der Mord an den drei Frauen nicht aus persönlichen Gründen begangen wurde. Die in den ersten sechs Monaten nach dem Mord an den drei Revolutionärinnen durchgeführten Ermittlungen basierten auf der These einer »Abrechnung innerhalb der PKK«. In den Ausführungen der Prozessakte ist jedoch zu erkennen, dass es dafür keinerlei Beweise gibt.

Es ist klar, dass Ömer Güney gute Kontakte zu einer Terrororganisation hatte. Auch wenn nicht ganz klar ist, um welche Organisation genau es sich handelt, gibt es laut Prozessakte Indizien dafür, dass es der türkische Geheimdienst war. Aufgrund der geführten Telefonate und der aufgetauchten Informationen, die eine Beziehung belegen, wird die Möglichkeit der Beteiligung des türkischen Geheimdienstes an den begangenen politischen Morden nicht ausgeschlossen. Inwieweit er jedoch daran beteiligt war, ist noch nicht geklärt. Die Türkei weigert sich, Informationen an das Gericht weiterzuleiten. Es wird zudem auf eine Ansprache Recep Tayyip Erdoğans verwiesen, der darin erklärte, die Morde gingen möglicherweise auf das Konto von Gruppen des sogenannten »tiefen Staates« innerhalb der Türkei, die den Friedensprozess aufhalten wollten.

### Deshalb wurden die Gespräche in Oslo und Imralı intensiv verfolgt

In der Prozessakte merkt die Richterin an, dass »es in dem vorliegenden Verfahren viele Elemente gibt, die den Verdacht erwecken, dass der türkische Geheimdienst an der Anstiftung

und Vorbereitung der Morde beteiligt ist«. In der Anklageschrift wird nachweislich darauf verwiesen, dass der mutmaßliche Mörder Ömer Güney als Spion tätig gewesen sei und mehrmals an geheimen Treffen in der Türkei teilgenommen habe. Die Frage, ob die Agent_innen des MIT auf Befehl ihrer Vorgesetzten handelten oder ob sie mit ihrer Tat die Friedensverhandlungen torpedieren wollten, konnte laut Anklageschrift nicht geklärt werden. Dass Ömer Güney nach seiner Verhaftung darum bat, die türkische Botschaft in Paris über seine Verhaftung zu informieren, verstärkt den Verdacht einer Beziehung zwischen Güney und dem türkischen Staat.

### 25 politische Morde

Es ist das erste Mal in der französischen Geschichte, dass der Verdacht für einen Mord auf den türkischen Geheimdienst fällt.

Bis heute sind in Frankreich von verschiedenen Geheimdiensten aus unterschiedlichen Ländern 25 politische Morde begangen worden. In diesem Zusammenhang ist es bis jetzt nicht vorgekommen, dass ein Geheimdienst gerichtlich so offen benannt und verdächtigt wurde. Bei den anderen politischen Morden wurde der Mörder stets an das jeweilige Land ausgeliefert. Zum ersten Mal benennt ein französisches Gericht so offen die Beteiligung eines fremden Landes an einem politischen Mord. Eine große Rolle für die Offenheit des Gerichts spielten die Informationen, die in diesem Fall im Internet aufgetaucht waren. Drei Tage nach dem ersten Jahrestag der Morde tauchte am 12.01.2014 im Internet eine Sprachaufnahme des mutmaßlichen Mörders auf. Darin führt er ein Gespräch mit zwei Agenten des türkischen Geheimdienstes über die Mordpläne in Paris. Zwei weitere Tage später tauchte im Internet ein Dokument auf, in dem der Befehl zur Ermordung von Sakine Cansız festgehalten ist. Dieses Dokument trägt die Unterschriften von Befehlshabern des türkischen Geheimdienstes und deren Untergebenen: O. Yüret, U. K. Ayık, S. Asal und H. Özcan. In dem am 18. November 2012 ausgestellten Dokument wird angegeben, dass im Zusammenhang mit dem Mordauftrag Ausgaben in Höhe von 6000 Euro getätigt worden seien.

### Türkischer Geheimdienst bestreitet Existenz des Dokuments

Nach den Geschehnissen in Paris wurde die Türkei von der französischen Richterin schriftlich ersucht, den Fall betreffende Dokumente zur Verfügung zu stellen. Aber Ankara übermittelte der französischen Staatsanwaltschaft kein einziges den Verdächtigen betreffendes Dokument.

---

## Zum Tod von Ömer Güney: Gemeinsame Erklärung der Angehörigen

»Am Freitag, den 16.12.2016, wurde uns durch unsere Anwälte mitgeteilt, dass Ömer Güney, der dringend Tatverdächtige im Mordfall von Sakine, Fidan und Leyla, schwer erkrankt sei und sein Anwalt deswegen seine vorzeitige Haftentlassung fordere. Die Forderung des Anwalts werde am Montag, den 19.12. vom zuständigen Gericht geprüft. Wir, als die Angehörigen der Opfer, wollten gerade zu Beratungen über diese neue Situation zusammenkommen, als wir von der Nachricht, dass Ömer Güney mittlerweile verstorben sei, überrascht wurden.

Kurz nach dem schrecklichen Mord vom 9. Januar 2013 hatten die französischen Behörden die Untersuchungen eingeleitet. Diese hielten mehr als zwei Jahre an und wurden erst im Mai 2015 abgeschlossen und das Ergebnis am 9. Juli 2015 dem Gericht übermittelt. Obwohl die Untersuchungen Mitte 2015 beendet wurden, ist uns lange nicht mitgeteilt worden, wann das Gerichtsverfahren aufgenommen wird. Nach einer weiteren langen Pause wurde schließlich erklärt, dass die Verfahrenseröffnung vor dem Pariser Strafgericht am 5. Dezember 2016 eröffnet werden sollte. Doch dann wurde ohne Begründung im Juni 2016 verkündet, dass die Verfahrenseröffnung abermals verschoben werden soll, und die Prozesstermine wurden zwischen dem 23. Januar und dem 21. Februar 2017 datiert. Bis zu diesem Zeitpunkt taten wir diese Verschiebungen als die gewöhnliche Trägheit der französischen Justizbehörden ab.

Vor dem Hintergrund der neuen Situation möchten wir, als die Familienangehörigen der drei Opfer, allerdings folgende Frage stellen:

Warum wurde das Verfahren gegen Ömer Güney bis heute nicht eröffnet, obwohl bereits seit seiner Festnahme klar war, dass dieser über gesundheitliche Probleme klagt und Güney regelmäßig von Ärzten untersucht wurde?

Weshalb wurde der Zeitraum der Untersuchungen gegen Ömer Güney sechs Monate weiter hinausgezögert, wenn doch nach den ersten zwei Jahren der Untersuchung, außer einigen wenigen offiziellen Dokumenten, keine weitere Erkenntnisse zu der Untersuchungsakte hinzugefügt wurden und die Gesundheitsprobleme des Tatverdächtigen bekannt waren?

Weshalb wurde der Prozessbeginn auf den Januar 2017 datiert, wenn bereits Mitte 2015 die offiziellen Untersuchungen abgeschlossen wurden? Weshalb kam es zu der letzten Verschiebung des Prozessbeginns vom 5. Dezember 2016 auf den 23. Januar 2017?

Auch wenn die Ermittlungen abgeschlossen wurden und der türkische Geheimdienst klar in Verdacht geriet, bleiben viele Fragen unbeantwortet.

### Was verheimlicht der französische Geheimdienst?

Die Anwält_innen der Familien der drei Revolutionärinnen verlangten, dass die französischen Sicherheitsdienste alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die drei kurdischen revolutionären Frauen und deren mutmaßlichen Mörder Ömer Güney der Richterin überlassen sollten. Im April 2015 wurde ein Teil der bisher geheim gehaltenen Dokumente der französischen Geheimdienste der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Sie waren jedoch zu 90 % zensiert. Die lesbaren Teile der Dokumente enthielten nur Informationen, die zuvor bereits bekannt gewesen waren (z. B. Geburtsjahr von Sakine Cansız, welche Tätigkeiten sie ausgeübt hatte und weitere bereits aus Presseberichten bekannte Informationen über ihre Person). Die Frage, was sich hinter den zensierten Angaben des französischen Geheimdienstes verbirgt, ist bis heute unbeantwortet.

Ömer Güney lebte bis kurz vor den Morden von Paris in Deutschland. Ein weiteres wichtiges Thema sind daher die Informationen des deutschen Bundesnachrichtendienstes BND über ihn, die mit hoher Wahrscheinlichkeit existieren. Angesichts der Operationen Deutschlands im letzten Jahr, mit denen die Aktivitäten des MIT hierzulande verfolgt wurden, kann davon ausgegangen werden, dass das Personal des MIT sehr ausführlich beobachtet wird.

Der Tatverdächtige Güney lebte bis Ende 2011 in Deutschland. Auch die Personen, mit denen er sich traf, reisten aus Deutschland an. Ebenso wurden die im Internet veröffentlichten MIT-Dokumente und Tonbandaufnahmen von Deutschland aus online gestellt. All diese Informationen befinden sich in den Ermittlungsakten. Diesbezüglich zeigt sich, dass Frankreich während der Ermittlungen bei den deutschen Behörden gegen eine Mauer lief und nicht die gewünschten Informationen erhalten konnte. Medienberichte der letzten Monate über einen Prozess gegen MIT-Angestellte in Deutschland besagen, dass Deutschland in den letzten Jahren die Telefone hierzulande tätiger MIT-Mitarbeiter_innen abhörte. Warum also stellt Deutschland vorhandene Dokumente nicht zur Verfügung?

### Der Ruhi-Faktor

Eine zweite entscheidende Frage an die deutschen Geheimdienste stellt sich im Zusammenhang mit Ömer Güneys 55-jäh-

---

## von Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez

In den Untersuchungsakten und der Anklageschrift wird dargelegt, dass es sich bei dem Mord um eine organisierte Tat handelt, hinter der nicht nur eine Einzelperson steht, sondern der türkische Geheimdienst MIT. Vor diesem Hintergrund stellen wir die Frage, weshalb kein anderer Täter ausfindig gemacht wurde und das Verfahren auf die Einzelperson von Ömer Güney beschränkt werden sollte?

Wir, als die Angehörigen der Opfer, erwarten Antworten auf diese Fragen.

Wir haben stets gefordert, dass die Kräfte hinter dem Mord ans Tageslicht gebracht werden sollen. Unzählige Mal haben die kurdische Bevölkerung und wir, die Familienangehörigen, auf demokratischen Protestkundgebungen die französische Justiz zur Gerechtigkeit und Aufklärung aufgerufen. Wir haben bei jeder Gelegenheit die politischen Institutionen in Frankreich aufgefordert, aufgrund von politischen und wirtschaftlichen Interessen, die tatsächlichen Kräfte hinter dem Mord nicht zu decken. Mindestens genauso oft haben wir gewarnt, dass der mutmaßliche Mörder unter Umständen aus dem Weg geschafft werden könnte. Und trotz unserer unzähligen Warnungen behielten wir letzten Endes leider doch Recht.

Es sieht danach aus, dass ein bereits seit langer Zeit niedergeschriebenes Drehbuch nun in die Tat umgesetzt wurde. Denn wenn es zu dem Verfahren gekommen wäre, dann wäre nicht nur Ömer Güney vor Gericht gestellt worden. Auch der türkische Staat, der türkische Geheimdienst MIT und die türkische Regierung wären mit ihm vor Gericht gestellt und verurteilt worden. Ömer Güney war eine Spielfigur und mit seiner Beseitigung wurde der türkische Staat geschützt.

Verantwortlich für diese Situation sind die französischen Behörden.

Wir, als die Angehörigen der Opfer, werden die Akte und diesen Fall weiter verfolgen. Der Täter war nicht alleine. Die übrigen Täter müssen gefunden und vor Gericht gestellt werden. Nur weil ein Verdächtiger beseitigt wurde, darf die Akte nicht geschlossen werden und der türkische Staat einem Prozess nicht entkommen.

Wir möchten die Öffentlichkeit informieren und bitten alle um Hilfe, die Gerechtigkeit wollen.

Metin Cansız, Bruder von Sakine Cansız
Hasan Doğan, Vater von Fidan Doğans
Cumali Şaylemez, Vater von Leyla Şaylemez

17.12.2016«

rigem Freund Ruhi Semen. Während nicht einmal Güneys eigene Familie ihn während des ersten Jahres der Ermittlungen besucht, reist Semen von Deutschland aus zu Besuchen im Gefängnis an. Seine Besuche bei Güney werden im Rahmen der Untersuchungen abgehört und aufgezeichnet. Während eines Besuchs Semens Ende 2013 ereignet sich etwas Außergewöhnliches. Güney gibt seinem Besucher eine Notiz und bittet ihn, sie seiner Mutter zu übergeben. Obwohl die Anti-Terror-Einheiten der Polizei diesen Vorfall mitbekommen, fordern sie Semen nicht dazu auf, ihnen die Notiz auszuhändigen. Er wird auch nicht festgenommen. Nachdem er nach Deutschland zurückgekehrt ist, wird auf Grundlage einer Entscheidung in Frankreich eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung durchgeführt. Daraufhin wird deutlich, dass er die Notiz Güneys mit seinem Telefon fotografiert und dann vernichtet hatte. Laut der Notiz auf Semens Telefon forderte Güney Waffen, Sprengstoff und Geld. Es zeigt sich deutlich, dass Ruhi Semen keine gewöhnliche Person ist und während Güneys Aufenthalt in Deutschland dessen engster Freund war. Es stellt sich also weiterhin die wichtige Frage, warum die deutschen Behörden Semen schützen.

Besonders fällt auf, dass seit Beginn der Ermittlungen zu den Morden in Paris die verantwortlichen Anti-Terror-Einheiten insbesondere in den Ermittlungsakten immer wieder Beweismittel zensieren. Wie z. B. bei dem Vorfall im Gefängnis, als Ruhi Semen eine Notiz erhält und ihm diese nicht abgenommen wird. Oder als der Mordverdächtige Güney kurz nach der Tat seine Kleidung bei einer Reinigung abgibt und dies den französischen Anti-Terror-Einheiten angeblich nicht auffällt. Und das, obwohl im Auto des Mordverdächtigen bei seiner Festnahme eine Rechnung der Reinigung sichergestellt wurde. Aus den Ermittlungsakten wird auch ersichtlich, dass die zuvor erwähnten Kleidungsstücke von einer anderen Person aus der Reinigung abgeholt wurden, während der Verdächtige in Haft saß.

Damit endet die Nachlässigkeit jedoch nicht. Sehr wahrscheinlich wurde zwei Tage nach den Morden, zwischen dem 12. und dem 13. Januar 2013, von irgendjemand der Tatort betreten. Wer das war, geht allerdings aus keinem Dokument hervor.

Hinzu kommt, dass während der Hausdurchsuchungen in der Wohnung des Mordverdächtigen nicht einmal seine Telefone beschlagnahmt wurden. Nach der ersten oberflächlichen Durchsuchung wird die Wohnung drei weitere Male durchsucht.

Zum Beispiel wird erst nach der zweiten Hausdurchsuchung eine Schneemaske beschlagnahmt, die dem Mordverdächtigen gehörte. Ein Computer, den er zuvor intensiv genutzt hatte, wird allerdings nicht mehr gefunden.

## Der verlorene Computer der Richterin

Wie aus den Gerichtsakten ersichtlich wird, haben die Geheimdienste Frankreichs, der Türkei, der Niederlande sowie Deutschlands der Justiz während der dreijährigen Ermittlungen keine Informationen gegeben.

Dass der Laptop der die Ermittlungen leitenden Richterin Duyé bei einem Einbruch in ihrem Haus gestohlen wurde, zeigt das Ausmaß des Drucks auf sie während des ersten Jahres der Ermittlungen. Trotz dieses enormen Drucks sah sich das französische Gericht gezwungen, auf Grundlage der verfügbaren Daten, wie Telefondaten, Dokumenten, Notizen, Tonaufnahmen, Passdaten wie zum Beispiel die Aufenthalte des mutmaßlichen Mörders in der Türkei, auf die Rolle des türkischen Geheimdienstes MIT bei den Morden zu verweisen.

## Französische Regierung hörte Kurd_innen nicht an

Vom 23. Januar bis zum 23. Februar 2017 wird der Mordprozess in Paris stattfinden. Während der gesamten Ermittlungsphase hat der französische Staat die Kurd_innen nicht beachtet. Die Forderungen der Familien und kurdischer Institutionen nach Gesprächen wurden jedes Mal zurückgewiesen.

Der damalige französische Innenminister und spätere Premierminister Manuel Valls traf zwei Tage nach den Morden die Vertreter_innen des türkischen Geheimdienstes, versprach den Kampf gegen die PKK zu verstärken und beschuldigte bereits vor Beginn der Ermittlungen die PKK. Wir wissen, dass ein klarer Zusammenhang zwischen dieser politischen Haltung des französischen Staates und seinen wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei besteht. Aber aus den Ermittlungsakten geht klar hervor, dass die Kurd_innen trotz allem bis heute ihren starken Widerstandswillen gezeigt und während des Ermittlungsprozesses eine positive Rolle gespielt haben.

Heute ist es besonders wichtig, dass das Verfahren von internationalen Delegationen verfolgt wird. Es ist wichtig zu zeigen, dass dieser Vorfall keine normalen Morde, sondern ein politisches Massaker im Kontext der kurdischen Frage waren. Alle uns vorliegenden Tatsachen, wie die internationale Dimension dieser Morde, die schweigsame Rolle der Geheimdienste und die wenig unabhängige Haltung der französischen Justiz, machen die Bedeutung internationaler Aufmerksamkeit für dieses Verfahren deutlich. Nur so kann der Schleier, den bestimmte Kreise über die Mordfälle vom 9. Januar 2013 zu legen versuchen, gelüftet werden! ♦


ANF

13. Internationale EUTCC-Konferenz im Europaparlament:

# Der Verantwortung gerecht werden

Dersim Dağdeviren, Vorstandsmitglied der European Turkey Civic Commission (EUTCC)

**Vom 7. bis 8. Dezember 2016 fand im Europaparlament die 13. Internationale Konferenz »Die Europäische Union, die Türkei, der Mittlere Osten und die Kurden« statt. Unter der Überschrift »Die Türkei, die Kurden und der Krieg im Mittleren Osten« diskutierten die Konferenzteilnehmer über die Historie, die Ursachen und den Verlauf der Krise im Mittleren Osten sowie die korrelierenden aktuellen Entwicklungen, insbesondere im Hinblick auf die Türkei und kurdische Themen.**

Die von der EU Turkey Civic Commission (EUTCC) organisierte Konferenz fand in diesem Jahr große Resonanz bei den unterschiedlichen Fraktionen des Europaparlaments. Neben der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke, die seit der ersten Konferenz Gastgeber ist, haben in diesem Jahr auch die Fraktionen Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten und Die Grünen/Freie Europäische Allianz die Konferenz mitgetragen. Somit war die kurdische Thematik Anlass für eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit. Dies ist nicht nur der aktuellen politischen Konjunktur zuzuschreiben, sondern auch ein Resultat erfolgreicher Arbeit der kurdischen Diaspora und ihrer politischen Akteure. Eine große Resonanz spiegelte sich auch in der Teilnehmerzahl – weit über 300 Menschen füllten einen der größten Plenarsäle des Europaparlaments – und dem Redebeitrag der stellv. Parlamentspräsidentin Ulrike Lunacek wider.

Schon im Vorfeld wurde die Konferenz durch die türkischen Medien, die seit dem sog. Militärputsch vom 15. Juli sämtlich gleichgeschaltet sind, mit dem Titel »Das EP hofiert die PKK« in die Reihe von Vorwürfen durch die türkische Regierung gegenüber der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten sowie Institutionen eingepflegt. Redner wie Moderatoren, unter ihnen zahlreiche renommierte Wissenschaftler und Politiker, wurden des Terrorismus bezichtigt, eine längst bekannte Art des Umgangs mit Kritikern durch despotische Regime.

Eröffnet wurde die Konferenz von der EUTCC-Vorsitzenden Prof. Kariane Westrheim, der Fraktionsvorsitzenden der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken, Gabi Zimmer, und dem stellv. Fraktionsvorsitzenden der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten, Josef Weidenholzer. Sie verurteilten die Entwicklungen in der Türkei als inakzeptabel und begrüßten in diesem Kontext die Entscheidung des Europaparlaments, die EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei einzufrieren. Herr Weidenhölzer verwies zudem auf Rojava als Vorreiter im Kampf gegen den IS sowie für demokratische Strukturen und forderte hier mehr Unterstützung durch Europa. Er erinnerte zudem an die Verantwortung Europas im Hinblick auf die kurdische Frage und in diesem Zusammenhang an die Teilung Kurdistans durch das Sykes-Pi-

cot-Abkommen, womit der Übergang zur ersten Sitzung gegeben war. Der Historiker und Soziologe Prof. Hamit Bozarslan referierte unter der Überschrift »Sykes-Picot und die historischen Wurzeln des kurdischen Konflikts« und verwies besonders auf die Verantwortung Europas, ein Aspekt, der sich als Leitfaden durch die gesamte Konferenz zog. So forderte u. a. David Phillips, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Menschenrechte an der Columbia-Universität, die umgehende Aufkündigung des Flüchtlingsdeals mit der Türkei. Begrüßt wurde von zahlreichen Rednern auch der Beschluss des Europaparlaments im Hinblick auf den EU-Beitritt der Türkei. Gefordert wurde zudem ein entschlossenes Handeln der Europäischen Kommission.

## Freiheit für den großen Denker Abdullah Öcalan

Entschlossenes Handeln ist auch im Fall des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gefordert. Zübeyir Aydar, Mitglied des Kurdistan Nationalkongresses KNK, erklärte auf der Konferenz, es gebe ernsthafte Hinweise darauf, dass nach Möglichkeiten für eine Exekution Öcalans gesucht werde. Er forderte eine umgehende Intervention der internationalen Staatengemeinschaft. Schließlich spiegelten sich die Resultate von fehlendem oder verzögertem Handeln in den derzeitigen Entwicklungen wider. Die Schlüsselposition Öcalans für eine politische Lösung der kurdischen Frage und die regionalen wie weltweiten Folgen einer Ausschaltung Öcalans waren auch Thema des Redebeitrages von Simon Dubbins, dem internationalen Direktor der größten britischen Gewerkschaft UNITE und Exekutivmitglied des europäischen Gewerkschaftsbundes. Simon Dubbins betonte, dass Öcalan nicht nur ein mit über 10 Millionen Unterschriften weltweit als Repräsentant des kurdischen Volkes anerkannter Politiker sei, sondern ein zeitgenössischer Philosoph und großer Denker.

## Delisting der PKK

Ein weiterer zentraler Aspekt der Konferenz war die Forderung nach einer Streichung der PKK von der EU-Terrorliste, vor allem als unabdingbare Voraussetzung für einen Friedensprozess und Demokratie in der Türkei und im Mittleren Osten.

## Rojava als Ausweg aus der Krise

Im Zusammenhang mit dem Themenkomplex der Demokratisierung des Mittleren Ostens wurde wiederholt auf die Bedeutung Rojavas sowie die Notwendigkeit einer Anerkennung der autonomen Administration Rojava/Nordsyrien hingewiesen. Der Nahost-Experte und Journalist Fehim Taştekin erläuterte in diesem Zusammenhang die Verflechtungen der Türkei mit dem IS, der in Syrien als Partner gegen Rojava und im Irak als Motor sunnitischer Interessen gesehen werde. Er wies auch auf den Zusammenhang mit dem Friedensprozess in der Türkei hin, welcher durch eine Anerkennung Rojavas von Seiten der Türkei einen positiven Ausgang genommen hätte. Auf den positiven Impact Rojavas im Hinblick auf die Befriedung der Region verwies auch Dr. Kamran Matin von der Sussex-Universität und forderte eine Einbindung der kurdischen Kräfte in die Friedensgespräche für Syrien. Der Höhepunkt dieses Diskurses war das Interview, das Carne Ross, ehemaliger britischer Diplomat, und Jonathan Steele, britischer Journalist, mit dem Kovorsitzenden der PYD, Salih Muslim, führten. Salih Muslim betonte, dass der Kampf der Kurden in Syrien einen Kampf für Menschlichkeit und humanistische Werte darstelle. Rojava ist pluralistisch, säkular und gendergerecht organisiert und damit das Modell für die Zukunft des Mittleren Ostens.

## Angriff auf progressive Doppelspitze

Gendergerechtigkeit ist auch ein zentrales Merkmal der kurdischen und progressiven Parteien sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Türkei, die gemäß ihren Genderprinzipien mit einer Doppelspitze arbeiten. Diese fortschrittliche Haltung widerspricht dem rückständigen Denken des türkischen Regimes und ist damit Zielscheibe dieses Systems. Diesen äußerst wichtigen Aspekt im Hinblick auf die Ziele der Angriffswelle gegen kurdische Politiker und Parteien formulierte der Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Regionen (DBP), Kamuran Yüksek.

## Der Kampf geht weiter

Forderungen nach einem Ende der Repressionen gegen kurdische Politiker und Freilassung der inhaftierten Kovorsitzenden der HDP, Figen Yüksekdağ und Selahattin Demirtaş – Letzterer war Redner der 12. Konferenz im Europaparlament –, wurden ebenfalls wiederholt zur Sprache gebracht. Ihre Grußbotschaften, in denen beide die Fortführung ihres gerechten politischen Kampfes deklarieren, wurden in der Eröffnungssession verlesen und mit Begeisterung aufgefasst. Teil dieser Session war auch die Rede des Ehrengastes Ebrahim Ebrahim, ehem. Vize-Außenminister von Südafrika, der auf den langjährigen Kampf gegen die Apartheid verwies und auf Parallelen zwischen dem südafrikanischen Freiheitsidol Nelson Mandela und der kurdischen Freiheitsikone Abdullah Öcalan aufmerksam machte.

Wichtig ist auch die Botschaft, die die Konferenz im Hinblick auf die Restriktionen gegenüber der kurdischen Sprache in der Türkei ausgesendet hat. Alle Redebeiträge wurden simultan ins Kurdische übersetzt.

## Abschluss

Während in den vergangenen zwei Jahren die Konferenz mit den Wünschen für einen positiven Ausgang des Dialogs zwischen Abdullah Öcalan und der türkischen Regierung im Sinne eines Friedensabkommens geendet hatte, wurde die diesjährige Abschlussresolution von Warnungen hinsichtlich einer Vertiefung der Konflikte im Mittleren Osten im Allgemeinen und der Türkei im Besonderen dominiert. Hierbei wurden nicht nur die Konfliktlinien benannt, sondern auch konkrete Forderungen und Auswegmöglichkeiten formuliert.

## Eine Schande bleibt

Bei der 12. Internationalen Konferenz im Europaparlament hatte es eine Telefonschaltung zu Mehmet Tunç, dem Vorsitzenden des Volksrates von Cizîr (Cizre), gegeben. Er hatte von dem Massaker in Cizîr und anderen kurdischen Städten gesprochen und mit folgendem Aufruf geendet: »Bitte stoppt die Barbarei! Ihr seid stark genug, um diese Massaker in Cizîr aufzuhalten. Ihr seid stark genug, um die AKP-Regierung zu warnen und die Belagerung von Cizîr aufzuheben. Wenn ihr hier versagt, werdet ihr Komplizen bei diesem Massaker.« Zwei Wochen später wurde er gemeinsam mit dutzenden Menschen bei lebendigem Leibe durch türkische Sicherheitskräfte verbrannt. Wir haben versagt … ♦

---

**Dersim Dağdeviren** ist Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin, Vereinsgründerin und Vorsitzende von Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer Akademikerinnen und Akademiker e. V., Vorstandsmitglied der European Turkey Civic Commission (EUTCC), Europa-Delegierte der Gesundheitskonferenz des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) in Amed (Diyarbakır/Türkei), Mitglied der Kinderhilfe Mesopotamien e. V., Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e. V. und Vorstandsmitglied des Marburger Bundes, des größten europäischen Ärzteverbandes, Bezirksverband Gelsenkirchen.

---

Die **Schlussresolution** und einzelne **Beiträge der Konferenz** sind auf unserer Webseite zu finden.




13. EUTCC-Konferenz im Europaparlament. Foto: ANF

Die Türkei auf ihrem Weg – wohin?

# Autokratie, Diktatur oder faschistischer Staat?

Reiner Sinn

Bevor ich versuche Antworten auf diese Frage zu geben, möchte ich ein gedankliches Experiment anstellen: Gesetzt den Fall, in zwei Monaten könnten in der Türkei freie Wahlen nach internationalen Normen stattfinden. Dazu würden unter OSZE-Aufsicht sofort alle bewaffneten Aktionen aller Seiten eingestellt. Alle Rechte einer freien Presse würden wiederhergestellt und nach den Wahlen würde mit EU-Hilfe wieder eine unabhängige Justiz aufgebaut und der öffentliche Dienst würde nach dem Vorrang fachlicher vor politischer, religiöser, ethnischer usw. Befähigung erneuert.

Wo wären Erdoğan und der größte Teil seiner AKP-Clique und des Sicherheitsapparates dann in einem halben Jahr?

Die Antwort kennen wir alle, und sie ist auch Merkel, Steinmeier, Hollande, EU-Schulz und Brexit-Johnson bekannt. Am besten kennt sie Erdoğan selbst und deswegen werden er und seine Leute vom einmal eingeschlagenen Weg nicht mehr abweichen: Sie haben inzwischen selbst für türkische Verhältnisse so viel Dreck am Stecken, dass sie ihn bis zum bitteren Ende gehen müssen:

- Da gibt es die Milliarden Dollar an Korruptionsgeldern seit seiner Zeit als Istanbuler Bürgermeister bis heute, die nicht nur er und seine Familie, sondern praktisch alle einflussreichen AKPler sich angeeignet und verteilt haben;

- da gibt es die Aushebelung der Unabhängigkeit der Justiz, der Hochschulen und anderer Institutionen in einer selbst für türkische Verhältnisse skandalösen verfassungswidrigen Weise;

- da gibt es schon vor der angestrebten Verfassungsänderung die Usurpierung unbegrenzter Macht durch den Staatspräsidenten;

- da gibt es die langjährige Duldung und Förderung des Einsickerns der Gülen-Bewegung in den Staatsapparat;

- da gibt es die Unterstützung von Al-Nusra/Al-Qaida in Syrien und vor allem des IS in Syrien und in der Türkei;

- da gibt es die gezielte Torpedierung des Friedensprozesses mit der PKK mithilfe von IS-Anschlägen und willkürlichen Verhaftungen;

- da gibt es schließlich die ganze Palette genozidaler Maßnahmen gegen die kurdische Bevölkerung, angefangen mit dem Zusammenbomben ganzer kurdischer Stadtviertel und Städte über Hinrichtungen und Schändungen von Guerillas, aber auch von Zivilisten, bis zur erzwungenen Flucht Hunderttausender und bis zur aktuellen fast kompletten Absetzung und Inhaftierung aller politischen Vertreter der kurdischen Bevölkerung.

All das legt es nahe, die heutige Türkei als »faschistischen Staat« zu bezeichnen. Zuvor sollte man allerdings genau überlegen, was Faschismus ist und was die Klassifizierung eines Landes, eines Staates bzw. seiner Regierung als »faschistisch« für Konsequenzen hat. Eine unreflektierte Verwendung des Begriffs Faschismus, quasi als reine Negativbezeichnung oder als Schimpfwort, macht zwar Stimmung, ist aber noch keine Analyse oder Strategie.

Zunächst einmal sollte man Faschismus losgelöst von der Türkei definieren. Anders als bei anderen politischen Systemen (z. B. Demokratie, Diktatur, Sozialismus, Kommunismus) haben allerdings selbst seine Protagonisten – also die »Faschisten« – nie erklärt, was Faschismus eigentlich ist.

Der Begriff »Faschismus« entstand mit den 1919 in Italien von Mussolini gegründeten »Kampfbünden« (»fasci di combattimento«). Mit der Bezeichnung »Kampfbund« wollten sich die italienischen Faschisten vom traditionellen, bürgerlichen Parteienwesen abgrenzen und ihren Gegnern gegenüber Geschlossenheit nach innen und Militanz nach außen zeigen. Nimmt man den ursprünglichen Faschismus wörtlich, so ist

er in Ideologie und Praxis zunächst einmal ein kriegerischer Männerbund.

Nach der staatlichen Machtergreifung in Italien im Jahr 1922 entwickelte sich »Faschismus« zum Oberbegriff für zahlreiche rechte, reaktionäre und autoritäre Bewegungen und Regimes in Europa und der ganzen Welt.

Die Faschismustheorie, also die Theorie über die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Faschismen, ist bis heute ein sehr strittiges Gebiet, auf dem viele Fragen ungeklärt sind.

Im Laufe der jahrzehntelangen Debatten haben sich für die meisten Faschismustheoretiker einige wesentliche Merkmale des Faschismus herauskristallisiert:

Als faschistisch werden moderne politische Bewegungen bezeichnet, die radikale Ideologien menschlicher Ungleichheit wie Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus u. a. vertreten. Die Faschisten lehnen sowohl die bürgerliche Demokratie, den Liberalismus und den Parlamentarismus als auch die traditionellen linken Emanzipationsbewegungen wie Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus und die neueren feministischen und antirassistischen Emanzipationsbewegungen ab. Faschisten streben eine autoritär-diktatorische Staatsform und eine gleichgeschaltete »Volksgemeinschaft« an. Faschismus ist nach außen hin aggressiv und er verherrlicht den Krieg, die Gewalt und die männliche Jugend.

Auch Imperialismus ist Kernbestandteil des Faschismus, denn alle Faschismen verfolgen das Ziel, die von ihnen erträumte neue faschistische Gemeinschaft – also normalerweise den faschistisch umgeformten Nationalstaat – in der internationalen Weltmarkt- und Mächtekonkurrenz möglichst stark bzw. unbesiegbar zu machen und ein großes Reich zu erhalten oder zu erobern. Dieses Streben lässt sich mit den anderen Bestandteilen der faschistischen Ideologien sinnvoll verbinden. Seine Gemeinschafts- und Hassideologien markieren den äußeren Feind der faschistischen Imperialismen. Das Streben nach größtmöglicher äußerer Machtentfaltung zieht eine Umformung der Gesellschaft in einen militärischen Kampfapparat mit elitär-diktatorischer Spitze nach sich. Einzelinteressen müssen dem imperialistisch-faschistischen Kollektivinteresse untergeordnet werden, Meinungsfreiheit und Meinungsstreit sind auszuschalten und alle (durch die Ungleichheits- bzw. Gemeinschafts- und Hassideologien) als feindlich, störend, bedrohlich und parasitär markierten Gruppen sind entweder zu unterwerfen und einzugliedern oder zu vertreiben bzw. zu vernichten.

Die faschistischen Ideologen haben zwei Gegner: einerseits alles Bürgerliche wie Demokratie, Liberalismus und Parlamentarismus, weshalb sie auch bestimmte Anteile des Kapitalismus scharf kritisieren. Andererseits lehnen sie mindestens ebenso scharf jegliche Emanzipationsbewegung ab, die den bürgerlichen Rahmen sprengen will, wie zum Beispiel den Kommunismus oder den Sozialismus.

Faschismus ist eine Kombination unterschiedlicher, aber miteinander vereinbarer konservativer, nationalsozialistischer und rechtsradikaler Bestandteile, die durch gemeinsame Gegner und gemeinsame Leidenschaften verbunden sind und das Ziel haben, um jeden Preis und vor allem um den Preis unabhängiger Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit eine erneuerte, gestärkte und regenerierte Nation zu erreichen.

Faschismus entsteht vor allem dort, wo sich in Gesellschaften diffuse Annahmen, Gefühle und Ängste entwickeln konnten, die mit Opfergefühlen zusammenhängen:

- ein überwältigendes Krisengefühl, das traditionelle Handlungsoptionen auszuschließen scheint;
- der Glaube an die Vorrangstellung der eigenen Gruppe, gegenüber der man Pflichten hat, die über jedem Recht stehen, sei es individuell oder universell, und die deswegen die Unterordnung des Individuums fordert;
- der Glaube, die eigene Gruppe sei Opfer, was alle Handlungen gegen innere wie äußere Gegner ohne gesetzliche oder moralische Grenzen rechtfertigt;
- Angst vor dem Niedergang der eigenen Gruppe durch die »zersetzenden« Effekte von individualistischem Liberalismus, Klassenkonflikten und Einflüssen aus dem Ausland;
- das Bedürfnis einer engeren Integration, einer »reineren« eigenen Gemeinschaft, wenn möglich durch Konsens, wenn nötig durch ausschließende Gewalt;
- das Bedürfnis nach Autorität durch charismatische (immer männliche) Führungspersönlichkeiten, kulminierend in einem nationalen »Führer«, der als Einziger fähig ist, das Schicksal der Gruppe zu verkörpern;
- die Überlegenheit der Instinkte des charismatischen Führers über abstrakte und universelle Vernunft;
- eine Ästhetik der Gewalt und der Kraft des Willens, wenn diese dem Erfolg der Gruppe gewidmet werden;
- das Recht der Auserwählten, andere ohne die Schranken irgendeines menschlichen oder göttlichen Gesetzes zu beherrschen, ein Recht, das der Gruppe einzig nach dem

Kriterium der Tapferkeit in einem darwinistischen Kampf zugemessen wird.

Abzugrenzen ist der Faschismus von klassischer Tyrannei. In der klassischen Tyrannei setzt der Tyrann seinen Willen gegen die Mehrheit der Bürger einfach mit roher Gewalt durch. Den faschistischen Führer unterscheidet vom Tyrannen, dass er sich von einem großen Teil der Bürger dazu aufrufen lässt, Demokratie und Rechtssicherheit zu beseitigen, und dies zur Untermauerung seiner Legitimität benutzt. Oder wie Erdoğan sagt: »Wenn die Bürger die Todesstrafe wollen, dann kann ich mich dem nicht verweigern.«

Wichtig ist auch die Abgrenzung zwischen Faschismus und autoritärer Herrschaft. Obwohl auch autoritäre Regimes die demokratischen Freiheiten niedertreten und äußerst brutal vorgehen können, wollen sie die Privatsphäre nicht auf Null reduzieren. Sie akzeptieren einen Rest von abgegrenzter Sphäre für traditionelle Instanzen wie lokale Honoratioren und Vereinigungen, für die Familien und für religiöse Institutionen. Diese sind in autoritären Staaten nach wie vor die Hauptakteure der sozialen Kontrolle und bleiben dies auch stärker als im Faschismus, wo mehr und mehr die faschistische Einheitspartei diese Funktion wahrnimmt. Autoritäre Führer lassen die Bevölkerung eher demobilisiert und passiv, während faschistische Führer die Gesamtheit der Gesellschaft erregen und mitreißen wollen. Autoritäre Führer wollen einen starken, aber begrenzten Staat. Sie wollen keine Wohlfahrtsprogramme oder Eingriffe in die Wirtschaft, welche im Gegensatz dazu die Faschisten bereitwillig initiieren. Nach dieser Definition war z. B. Spanien unter Franco nach dem Bürgerkrieg zwar eine Diktatur, aber keine faschistische Diktatur.

Wichtig ist für heutige Faschismustheorien die Betonung der Prozesshaftigkeit faschistischer Systeme. Wenn Faschismus eher Prozess als Zustand ist, dann ist das Endergebnis – der ausgebildete Faschismus – als Möglichkeit eines Faschisierungsprozesses vorhanden, er muss aber nicht unbedingt in Reinform eintreten. Die vor allem von Stalinisten hervorgebrachte These, dass Kapitalismus quasi automatisch zu Faschismus führt, ist deswegen falsch. In aller Regel planen Faschisten – meist Leute ohne analytischen Verstand, aber mit großem Ad-hoc-Aktionismus – nicht vorher, was genau sie erreichen wollen. Der charismatische faschistische Führer setzt seine Vorstellungen nicht nach Plan durch. Er greift eher die täglich schwankenden Stimmungen der Masse auf und berücksichtigt mal Forderungen dieses, mal Forderungen jenes Unterführers und regelt deren interne Machtkämpfe. Dabei schwebt er immer in der Gefahr, die Beute »ungerecht« zu verteilen oder heute die Entscheidung von gestern rückgängig machen zu müssen bzw. Sündenböcke für offensichtliche Fehlentscheidungen zu benennen.

Kommen wir zur Türkei. Die geschichtlichen Ereignisse auf dem Boden der heutigen Türkei und in deren Nachbarschaft in den letzten hundert Jahren waren der Entstehung faschistischer Mentalitäten sehr förderlich. Zu diesen Ereignissen zählen die verlorenen Balkan- und Kaukasuskriege des Osmanischen Reiches, in deren Folge Millionen Flüchtlinge (mucahir) aus diversen muslimischen Minderheiten, die vorher Opfer vielfacher Grausamkeiten gewesen waren, in das Gebiet der heutigen Türkei vertrieben wurden. Sie wurden vor allem auch in kurdischen und damals noch christlichen Gebieten Anatoliens angesiedelt. Man geht davon aus, dass etwa ein Drittel bis ein Viertel der heutigen Bevölkerung der Türkei Nachkommen solcher traumatisierter Mucahir sind. Diese Vorgeschichte sowie die Vielzahl von gegenseitigen Massakern, Plünderungen und Vertreibungen hinter permanent wechselnden Fronten zwischen osmanischen und russischen Truppen im mehrheitlich kurdisch-armenischen Ostanatolien machten es während des Ersten Weltkrieges der jungtürkischen Führung leicht, ihrerseits rund zwei Millionen christliche Armenier und Assyrer Anatoliens zu Verrätern und Feinden zu erklären. Sie wurden während des großen Genozids von 1915 enteignet und auf Todesmärschen – unter anderem auch mithilfe kurdischer Hamidiye-Truppen – umgebracht.

Die nächste Phase, der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, die Besetzungen im Osten und Südosten durch britische und französische Truppen, der Einmarsch einer griechischen Invasionsarmee und der vierjährige Unabhängigkeitskrieg 1919–1923 mit zehntausenden von Toten und dem Resultat eines Bevölkerungsaustausches von 500 000 Türken bzw. Muslimen nach Anatolien und 1,5 Millionen Griechen nach Griechenland schufen weitere Traumatisierungen, einschließlich der dazugehörenden Opfermythen.

Die kemalistische Bewegung, ein Teil der alten osmanischen Armeeführung unter Mustafa Kemal, hatte sich in dieser Situation entschlossen, in den anatolischen Resten des Osmanischen Reiches mit seinem Bevölkerungskonglomerat aus Türken, Mucahir und Kurden einen »modernen türkischen Nationalstaat« nach westeuropäischem Muster zu errichten. Solange seine Macht noch unsicher war, kaschierte Mustafa Kemal seine Absichten, indem er sich gegenüber den Notabeln Anatoliens als Vertreter des alten Regimes von Sultan und Kalif und als Retter des muslimischen Anatoliens gegenüber den christlichen Besatzungstruppen ausgab. Den kurdischen Stammesführern gegenüber erweckte er den Anschein, ihre alte Autonomie im Osmanischen Reich sei auch künftig sicher und im neuen Staat seien Türken und Kurden gleichberechtigt. Sobald aber die Armee reorganisiert und der Befreiungskrieg gewonnen war, wurde das kemalistische Modernisierungskonzept im Rahmen der Einparteienherrschaft der CHP gegenüber allen traditionellen Kräften und vor allem auch gegen die Kurden

mit diktatorischer, brachialer Gewalt durchgesetzt. Viele der traditionellen, konservativen Kräfte rebellierten gegen diese Art der Modernisierung, zumal sich an den Lebensbedingungen der ländlichen Massen durch die kemalistischen Reformen nicht viel änderte. Allerdings riskierte jeder Oppositionelle, vor Revolutionsgerichte gestellt und hingerichtet zu werden. Besonders schlimm erging es schon ab 1920 den Kurden. Sie verloren nicht nur ihre angestammte Autonomie, sondern sie waren plötzlich dazu verdammt, sich wie ein Kolonialvolk, als angeblich »Unzivilisierte«, der neukonstruierten nationaltürkischen Moderne zu unterwerfen und sich assimilieren zu lassen. In einer Reihe von Aufständen, die jedes Mal blutig und menschenrechtswidrig niedergeschlagen wurden, versuchten sie sich dagegen zu wehren. Der letzte dieser Aufstände, der Aufstand der Dersim-Kurden von 1937/38 artete von Seiten der kemalistischen Truppen in ein regelrechtes Genozid aus.

Die kemalistische Phase zwischen 1924 und 1950 entspricht insgesamt weitgehend dem Typ der autoritären Herrschaft, was ihr Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft betrifft, und dem Typ der kolonialen Herrschaft, was ihr eigenes Verhältnis und das Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft zu den Kurden und Kurdistan betrifft. Es gab im Kemalismus zwar Ansätze für Faschismus (Atatürk als charismatischer nationaler Führer, starke Militarisierung, Nationalismus bis zum Rassismus) und man orientierte sich in vielerlei Hinsicht an den gleichzeitig entstandenen Faschismen Italiens, Spaniens und Deutschlands, es fehlten aber die faschistische Massenbewegung und der imperialistische Expansionismus. In nennenswertem Maße waren vor allem die neue städtische Mittel-, Arbeiter- und Intellektuellenschicht Nutznießer und Unterstützer des Kemalismus.

Schon in der kemalistischen Phase entstand die Republik Türkei als absoluter Zentralstaat. Dies hat sich bis heute nicht geändert. Die jeweiligen Zentralregierungen haben und hatten alle Möglichkeiten, über die von ihnen eingesetzten Gouverneure und Landräte direkt in die Provinzen, Kreise, Städte und die hintersten Dörfer durchzuregieren. Eine kommunale Autonomie im europäischen Sinne, die vielleicht die schlimmsten Auswüchse der rigorosen Türkisierungspolitik hätte abmildern können, war und ist in der Türkei unbekannt. Dass dies für die kurdische Frage von besonderer Bedeutung ist, zeigt sich daran, dass die Regierung inzwischen ohne juristische Probleme alle Bürgermeister der kurdischen Gebiete absetzen konnte und von dieser Möglichkeit auch in der Vergangenheit reichlich Gebrauch gemacht hat.




Die Vernichtungspolitik des AKP-Regimes: Vom alten Şirnex ist nicht viel übriggeblieben. Foto: ANF

Die geplante Einführung eines speziellen »türkischen« Präsidialsystems wird nun die letzten verfassungsmäßigen Reste einer Demokratie im westlichen Sinne beseitigen: Auch westliche Präsidialsysteme beruhen auf einer strikten Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative. Im neuen Erdoğan-System wird der Präsident aber nicht nur zur Spitze der Regierung, also der Exekutive, sondern auch zur Spitze der Justiz. Er ernennt künftig die Hälfte der Richter im Verfassungsgericht, im Staatsrat, im Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte (bestimmt über alle Personal-Angelegenheiten in der Justiz) und den Generalstaatsanwalt. Die Justiz wird also künftig formal unter der Vormundschaft von Erdoğan stehen. Zusätzlich erhält er starke legislative Rechte, indem einerseits Gesetze von ihm genehmigt werden müssen und er andererseits Gesetzesdekrete erlassen kann. Zusätzlich erhält er das Recht der Parlamentsauflösung. Künftig darf der Präsident auch Parteiführer sein. Da in den meisten türkischen Parteien Parlamentskandidaten von den Parteiführungen bestimmt werden, macht dies den Präsidenten künftig auch zum Chef der Mehrheitsfraktion des Parlaments, also der Legislative. Bei der ganzen Prozedur handelt es sich um die Etablierung einer Einparteien- und Einmannherrschaft – auf Deutsch die Etablierung einer Diktatur qua Verfassungsänderung.

Diese Diktatur verfügt bereits heute über einen immensen Sicherheitsapparat. Es ist nur wenig bekannt, dass die Türkei inzwischen führend auf dem Gebiet der Sicherheitstechnologie und ihres Einsatzes ist. Jeder vernünftige Mensch in der Türkei geht davon aus, dass Telefon- und Internetverbindungen weitestgehend überwacht werden. Außerdem werden flächendeckend alle Städte sowie viele Überlandstraßen und strategisch wichtige Orte in Kurdistan von Sicherheitskameras überwacht. Die Türkei gehört inzwischen auch zu den wenigen Ländern, die eigene Kampfdrohnen entwickelt haben. Es ist zu befürchten, dass sie demnächst in allen Teilen Kurdistans gegen die kurdische Bewegung eingesetzt werden.

Wie oben ausgeführt ist ein autoritäres Regime in Form einer Diktatur, wie brutal auch immer gegen Oppositionelle und Minderheiten vorgegangen wird, noch kein Faschismus. Eine Reihe von Fakten weist allerdings darauf hin, dass die Erdoğan-Türkei sich inzwischen auf dem Weg dorthin befindet:

- Im Gegensatz zur Staatsideologie der letzten neunzig Jahre vertreten Erdoğan und seine Clique inzwischen offen imperialistische Positionen, indem sie den Vertrag von Lausanne mit den bisherigen Grenzen der Türkei in Frage stellen.

- Während die Kemalisten die Republik Türkei immer als Erfolgsgeschichte einer aus den Trümmern des Osmanischen Reiches wiedererstandenen türkischen Nation unter dem Führer Atatürk dargestellt haben, stellt Erdoğan die Republikgeschichte als Produkt der Niederlage des von ihm glorifizierten islamischen Osmanischen Reiches gegenüber dem christlichen Westen und als Abkehr von den islamischen Werten dar. Er wertet so die Republikgeschichte in eine Opfergeschichte um, die nur er zu einer Siegesgeschichte wenden könne.

- In den Reden Erdoğans und in den Veröffentlichungen der ihm ergebenen Presse werden der »christliche« Westen und insbesondere die EU mehr und mehr als Feind dargestellt, dem es vor allem darum gehe, die inneren Feinde der Türkei zu unterstützen und die Türkei zu zerstören.

- Der Putschversuch vom 15. Juli diesen Jahres wird zum Gründungsmythos einer neuen Türkei bzw. einer Art neuem Osmanischen Reich stilisiert: Der hinterhältig mit dem Leben bedrohte Führer wurde von seinen Anhängern mit ihrem eigenen Blut vor den Feinden gerettet, um seine Mission weiterführen zu können. Dieser Heldenmythos ist inzwischen offizieller Lehrstoff in allen Bildungseinrichtungen.

- Erdoğan erklärt sich inzwischen selbst und öffentlich zum »Hirten«, der in Prophetenart eine »Herde« zu leiten habe. Er wird in dieser Selbsteinschätzung anscheinend von der großen Mehrheit der AKP-Mitglieder und von einem großen Teil der AKP-Wähler getragen. Dies entspricht dem typisch faschistischen Mythos vom geborenen Führer.

- Da man dem offiziellen Sicherheitsapparat nach dem Putschversuch nicht mehr traut, wird einerseits die AKP-Basis bewaffnet, andererseits werden aus Gruppen wie den Osmanlı Ocakları *[»Osmanische Zentren«]*, die Erdoğan besonders ergeben sind, nun auch in der Türkei Kampfbünde wie im italienischen und deutschen Faschismus gebildet.

- Es ist davon auszugehen, dass sich eine Reihe weiterer, nicht direkt von Erdoğan kontrollierter islamistischer bewaffneter Gruppen (u. a. der IS) in der Türkei tummeln und dass nach wie vor diverse islamistische Sekten im Staatsapparat aktiv sind. Der Konkurrenzkampf dieser Gruppen wird wahrscheinlich die faschistische Radikalisierung der Gesellschaft weiter beschleunigen.

Abschließend lässt sich feststellen, dass die Türkei derzeit zwar noch kein voll ausgebildetes faschistisches System darstellt, sich aber auf dem direkten Weg dorthin befindet. Es ist schwer vorstellbar, dass dieser Prozess noch auf friedlichem Wege aufgehalten werden kann. ♦




Zum Tod von Anton Leschek (Zana Cîwan) und Michael Israel (Robîn Agirî)

# »Nehmt Euch ein Herz und unterstützt diese Bewegung ...«

Anja Flach, Autorin und Ethnologin

Am 24. November sind in der Region West-Minbic in Nordsyrien Michel Israel aus Kalifornien und Anton Leschek aus Magdeburg neben einer noch unbekannten Zahl weiterer KämpferInnen durch einen Luftangriff der türkischen Armee ums Leben gekommen, wie der Militärrat Minbic, die lokale Vertretung der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD), am 1. Dezember 2016 erklärte. Laut Ara News erklärte ein Kommandant der QSD: »Wir hatten gerade ein kleines Dorf *[vom IS]* eingenommen, als die türkischen Jets uns in der Nacht angriffen.«

Damit sind Anton Leschek und Michael Israel die ersten Internationalisten in Rojava, die nicht im Kampf mit Daesh, dem sogenannten IS, ums Leben kamen, sondern durch die Luftwaffe des NATO-Mitglieds Türkei.

Erst im August 2016 konnten die QSD nach monatelangen sehr harten Kämpfen mit Unterstützung der Combined Joint Task Force – Operation Inherent Resolve (CJTF-OIR) die Region Minbic befreien. Bei den Auseinandersetzungen waren 264 KämpferInnen ums Leben gekommen, darunter mindestens sechs InternationalistInnen. Am 24. August jedoch startete die türkische Armee, u. a. unterstützt von Dschihadisten der Ahrar Al-Sham und Harakat Nour al-Din al-Zenki, eine Offensive unter dem Namen »Euphrat-Schild« in Nordaleppo, dem Gebiet zwischen den Kantonen Afrîn und Kobanê. Bereits am 28. August sahen BeobachterInnen laut NY-Times, dass die Truppen unter türkischem Kommando den Kampf zur Eroberung von IS-Gebiet weitgehend eingestellt und die Hauptstoßrichtung überwiegend gegen die QSD gerichtet hätten.

Der türkische Nationale Sicherheitsrat hatte auf seiner letzten Sitzung vom 30. November laut der Nachrichtenagentur ANHA erneut das Ziel bekräftigt, dass er die drei Gebiete in Rojava-Nordsyrien und Südkurdistan zu besetzen plant, Kobanê und Afrîn dürften nicht miteinander verbunden werden.

Michael Israel, genannt Robîn Agirî, hatte sich im Juli 2016 den QSD angeschlossen, Anton Leschek, sein kurdischer Name ist Zana Cîwan, war erst im September beigetreten. Anton ist nach Ivana Hoffmann, Kevin Jochim und Günter Hellstern der vierte Deutsche, der in Rojava ums Leben gekommen ist. Ein Genosse schrieb auf ANF:

»Es sind die kleinen Dinge, an denen wir die guten Charaktere der revolutionären FreundInnen erkennen. Anton und Michael waren immer zur Stelle, wenn es etwas zu erledigen gab. Sie haben sich nicht vor den alltäglichen Arbeiten in der Revolution gescheut, und auch nicht vor dem Kampf, um diese zu verteidigen. Sie waren hilfsbereite und gute Menschen.

»Meine Mitteilung an die Welt ist: Öffnet Eure Augen, schaut, was hier für ein Leid passiert. Nehmt Euch ein Herz und unterstützt diese Bewegung, denn das ist die einzige wirklich demokratische Kraft im Mittleren Osten.« Anton/Zana Cîwan

Sie haben andere nicht im Stich gelassen und waren besorgt um das Wohlergehen der Menschen um sich herum. Beide waren sehr daran interessiert, Sprachen, Kulturen und Strukturen der Region kennenzulernen und zu verstehen. Ihr Einsatz für das Entstehen einer neuen, alternativen Gesellschaftsform im Mittleren Osten zeigt eine konsequente und praktische Haltung, wie sie nur wenige zu leisten vermögen.

Im Kanton Kobanê waren die beiden mehrere Wochen erfolgreich unterwegs, um Gebiete und Dörfer zu beschützen, die wiederholt von Daesh angegriffen wurden. Den letzten Kontakt mit den Freunden hatte ich etwa eine Woche vor ihrer Ermordung. Sie waren guter Dinge und Anton schrieb mir noch, dass seine Zeit kommen werde, um einen wertvollen Beitrag für diese Revolution zu leisten. Später musste ich dann erfahren, dass der türkische Staat durch diesen feigen Luftschlag ihrem Kampf ein viel zu frühes Ende bereitet hat.«

Anton und Michael haben das Wertvollste, was ein junger Mensch hat, eingesetzt, ihr eigenes Leben.

Für die Eltern, die Familien hat nun eine sehr schwere Zeit begonnen, sie müssen den Tod ihrer Kinder verkraften. Wir wünschen ihnen viel Kraft, wir senden ihnen unsere Dankbarkeit und Verbundenheit. Durch den Tod von Anton und Michael sind ihre Eltern mit zehntausenden kurdischen, arabischen, türkischen und einigen deutschen, US-amerikanischen, australischen oder britischen Eltern verbunden, die denselben Schmerz erleben. Einige haben schon ihre Hilfe in dieser schweren Phase angeboten. Einige sind selbst zu KämpferInnen für die gerechte Sache von Rojava geworden, wie die Eltern von Costa Scurfield oder die von Reece Harding. Sîpan Ibrahim, der Sprecher der Föderation Nordsyrien–Rojava in Berlin, bestätigte, dass Anton Leschek über Südkurdistan nach Deutschland überführt werde. Dafür müssen das deutsche Außenministerium und das Konsulat in Hewlêr (Erbil) tätig werden.

Michael Israel war Anarchist und Mitglied der IWW (Industrial Workers of the World). Ein Freund schreibt über ihn: »Er verbrachte sein ganzes Leben damit, Systeme der Ungerechtigkeit zu bekämpfen, die dem Frieden entgegenstehen, und kämpfte für die Rechte der Unterdrückten. Er vermittelte seine Erfahrungen und Lehren aus Syrien. Er starb so, wie er lebte, und sein Vermächtnis ist ein Beispiel dafür, wie einE wahreR RevolutionärIn sein sollte.«

Der 1992 geborene Anton kam nicht aus organisierten linken Strukturen, sondern hatte sich individuell auf den Weg nach Rojava gemacht. Er hatte drei Jahre in Berlin gelebt, wo er eine Ausbildung zum Bürokaufmann machte. Diese hat er aber kurz vor der Beendigung abgebrochen, da ihm ein Leben hinter einem Schreibtisch zunehmend sinnlos erschien. Er war dann zurück nach Magdeburg gezogen, wo auch seine Eltern leben, und begann ein Studium der sozialen Arbeit.

Anton war sehr belesen. »Der demokratische Konföderalismus hat ihn überzeugt, dafür wollte er kämpfen«, so Antons bester Freund. Anton hatte über die Internetseite »Lions of Rojava« Kontakt zu den QSD aufgenommen, sich erst seit wenigen Monaten mit dem Thema befasst. Er war jedoch kein Abenteurer, sondern wusste ganz genau, auf was er sich einließ, es war ihm klar, dass er auch sterben könnte. Anton war sehr verantwortungsbewusst, anders als viele andere hatte er intensiv mit seiner Mutter diskutiert und ihr erklärt, warum er diese Entscheidung getroffen hatte.

Nachdem die »Lions of Rojava« Anton geantwortet hatten, er könne in vier Wochen kommen, plante Anton alles sehr genau. Er löste seine Wohnung auf, verkaufte sein Auto, besorgte Dinge, die ihm notwendig erschienen.

»Ich wollte ihm eine schusssichere Weste kaufen und sie ihm zum Abschied schenken, aber das wollte er nicht«, so Antons Freund, »wenn die GenossInnen keine haben, so möchte ich auch keine«, habe er gesagt. »Anton war alles andere als ein Militarist, er war ein sehr empathischer Mensch. Er hatte Angst, dass er sich eines Tages vorwerfen müsse, nichts getan zu haben.« Antons Freund hatte auch noch Kontakt zu ihm, als er in Rojava angekommen war. Er habe in Rojava eine sechswöchige Ausbildung erhalten, es habe ihm gut gefallen, allerdings habe er angesichts des ganz anderen Lebens dort auch Zweifel gehabt, ob er dort für immer bleiben wollte, wie er zuvor geplant hatte. Er vermisste seine Freunde.

»Man darf die Menschen nicht der Tyrannei und dem Terror überlassen, ich werde diese demokratische Revolution bis zum Ende unterstützen«, soll Anton laut ARA News gegenüber den QSD erklärt haben. Auf Video hinterließ Anton eine Botschaft an die deutsche Bevölkerung: »Meine Mitteilung an die Welt ist: Öffnet Eure Augen, schaut was hier für ein Leid passiert. Nehmt Euch ein Herz und unterstützt diese Bewegung, denn das ist die einzige wirklich demokratische Kraft im Mittleren Osten.«

Dass Anton Leschek so kurze Zeit nach seinem Anschluss an die QSD ums Leben gekommen ist, ist mehr als tragisch. Wir müssen uns aber auch die Frage nach unserer eigenen Verantwortung stellen. Haben wir genug getan, um die Kollaboration der Bundesregierung im Angriffskrieg der Türkei gegen die Föderation Nordsyrien–Rojava zu verhindern?

Die deutsche Bundeswehr führt in Syrien Aufklärungsflüge durch. Die so gewonnenen Daten werden von 19 Staaten genutzt, darunter auch der Türkei, Katar und Saudi-Arabien. Auf die Frage des Magazins Spiegel an das Verteidigungsministerium, ob eine Verwendung der »Tornado«-Daten für Angriffe wie den vom 24.11. ausgeschlossen werden könne, hieß es: »Die Aufklärungsergebnisse werden mit dem Freigabevermerk »For Counter-Daesh Operation only« (Nur für die Anti-IS-Operation) versehen. Grundsätzlich wird im ›vertrauensvollen Miteinander‹ mit den Partnernationen davon ausgegangen, dass diese sich an diese zweckgebundene Verwendung der Aufklärungsergebnisse halten.«

Es ist also keineswegs ausgeschlossen, dass die Bundeswehr an der völkerrechtswidrigen Aktion gegen den Militärrat Minbic indirekt beteiligt war, letztendlich unterstützt sie die Besatzungspläne der Türkei.

Die Bundesregierung lässt es weiter geschehen, dass die Türkei Aufklärungsdaten der Bundeswehr nutzt, um die QSD und kurdische Dörfer und Städte in der Region anzugreifen.

Die türkische Luftwaffe hat unterdessen erneut Dörfer unter der Kontrolle des Militärrats bombardiert. Qurt Wêran, Girheyok und Qawiqlî wurden nach Aussagen von Şervan Derwiş, dem Sprecher des Militärrats, am 6.12. angegriffen, berichtet die kurdische Nachrichtenagentur ANHA. Dabei sollen auch Phosphorbomben zum Einsatz gekommen sein. Laut ANHA wurden in den von den YPG befreiten Stadtteilen von Aleppo Dokumente gefunden, die belegen, dass die türkische Armee seit 2003 Kräfte wie die Sultan-Murad-Brigade, turkmenische Nationalisten, die eng mit den Grauen Wölfen verwoben sind, unterstützt, um die Situation in Syrien zu destabilisieren.

Nehmen wir uns ein Herz – wie Anton fordert – und unterstützen mit aller Kraft die einzige diese wirklich demokratische Kraft im Mittleren Osten, die QSD! ♦



Überführung der beiden Internationalisten Zana Cîwan und Robîn Agirî von Rojava über Südkurdistan in ihre Heimatländer. Foto: ANHA

Ein weiterer Aspekt der Jineolojî

# Bewusstseinsbildung als Grundlage von Selbstverteidigung

Andrea Benario

Selbstverteidigung – ein Konzept, dessen Bedeutsamkeit für die Befreiung der Frauen und Gesellschaften gerade in Nordsyrien/Rojava und Bakûr offensichtlich wird. Wir können in der ganzen Welt eine Zunahme von direkten und indirekten Angriffen gegenüber Frauen beobachten. Hier werden diese Angriffe besonders deutlich, weil es nicht nur Angriffe auf Einzelne sind, sondern Angriffe – und zwar auf allen erdenklichen Ebenen – auf eine starke Frauenbewegung.

In Nordsyrien/Rojava findet eine Revolution der Frauen statt: Frauen beteiligen sich aktiv an der militärischen Befreiung und Verteidigung und sind die treibende Kraft im revolutionären Aufbau einer befreiten Gesellschaft. Sie arbeiten in allen erdenklichen Bereichen. Vor allem aber entwickeln sie selbst Vorstellungen davon, wie eine freie Gesellschaft aussehen könnte und setzen diese Vorstellungen selbst um. Sie kämpfen gegen die vorherrschende patriarchale Mentalität, in der »der Mann« mit seinen Sichtweisen im Zentrum steht und die das Verhältnis von Individuen durch das Prinzip von Herrschaft bestimmt. Grundlage dieses Kampfes sind Methoden wie beispielsweise kollektive und ständige Selbstbildung, Kritik und Selbstkritik, autonome Selbstorganisierung in allen Bereichen der Gesellschaft, wozu auch das Schaffen von autonomen Frauenräumen an allen erdenklichen Orten gehört.

Der Angriff auf diese Frauenrevolution findet neben dem offensichtlich militärischen Angriff schon an dem Punkt statt, dass diese nicht in die öffentliche Wahrnehmung gelangt, weil sie entweder gar nicht oder nur verzerrt dargestellt wird. Der Kampf um Freiheit in Nordsyrien und Rojava wird in den allermeisten Fällen als nationalistischer Kampf der kurdischen Bevölkerung dargestellt. Dass es dabei grundlegend um Frauenbefreiung, die Frage des freien Zusammenlebens von Menschen verschiedener Religionen, Ethnien, Geschlechter geht, das freie Zusammenleben in Vielfalt, wie es essentieller Bestandteil der hier gelebten Frauenbefreiungsideologie ist, wird geflissentlich ignoriert. Sollte die Frauenbefreiung doch Erwähnung finden, so wird sie so dargestellt, dass in der Föderation Nordsyrien–Rojava *für* Frauen Strukturen geschaffen werden, damit sie auch an den Errungenschaften teilhaben können. Das ist ein grundlegender Unterschied dazu, dass tatsächlich diese Strukturen *von* den Frauen Nordsyriens und Rojavas selbst – entlang ihre kollektiv erarbeiteten Sichtweisen auf eine freie Gesellschaft – geschaffen wurden und sie diese weiter ausbauen und verteidigen. Die nun durch den Eintritt der Türkei in den syrischen Bürgerkrieg massiven Angriffe auf die Bevölkerung Nordsyriens und Rojavas sind vor allem auch als Angriffe auf diese Frauenrevolution zu sehen.

Die Realität außerhalb der Föderation Nordsyrien–Rojava sieht so aus, dass es nach wie vor selbstverständlich erscheint, dass weiße, reiche Männer der imperialistischen Staaten darüber entscheiden können, was mit diesen selbstbewussten, für die Freiheit aller Menschen kämpfenden Frauen und ihrem Land, auf dem sie aufgewachsen sind und für das sie kämpfen, passieren wird, ohne dass sich zumindest einigermaßen wahrnehmbarer feministischer Widerstand regt. Woran liegt das nur?

Ich sehe einen der wichtigsten Gründe dafür in der Neoliberalisierung und damit einhergehenden Befriedung der feministischen Bewegungen, die eine Auseinandersetzung mit Selbstverteidigung auf eine rein körperliche und individuelle Ebene beschränkt hat.

Ich möchte deshalb im Folgenden in Auseinandersetzung mit der von Öcalan entwickelten Theorie der Rose und der von den Frauen in der Föderation Nordsyrien–Rojava umgesetzten Selbstverteidigung, die ich hier kennen gelernt habe, reflektieren, wieso ich es für äußerst wichtig halte, dass sich feministische Bewegungen und Individuen als historisch bedeutsame Kräfte verstehen und sich mit ihrer Verteidigung auseinandersetzen sollten.

## Selbstverteidigung – çî ye?

Zunächst einmal will ich beschreiben, wie ich – in Anlehnung an Öcalan und die Umsetzung in der Föderation Nord-

syrien–Rojava damit – das Konzept von Selbstverteidigung verstehe.

In der Föderation Nordsyrien–Rojava gibt es mehrere Kräfte, welche die Aufgabe der Selbstverteidigung der Bevölkerung übernehmen, sie alle haben neben einer gesamtgesellschaftlichen Organisierung auch autonom organisierte Frauenkräfte: die HPC Jin/HPC, die Asayîşa Jin/Asayîş und die YPJ/YPG. Die HPC Jin/HPC sind ausführende Kraft der Verteidigungsräte der Kommunen und vor allem für die Verteidigung in den jeweiligen Stadtteilen verantwortlich. Die Asayîşa Jin/Asayîş sind zuständig für die Verteidigung der befreiten Städte und Dörfer. Die YPJ/YPG schließlich sind zuständig für die Verteidigung der Außenlinien der befreiten Gebiete.

So viel zu den »klassisch« der Verteidigung zugeordneten Kräften. Ich möchte aber, in Anlehnung an die Konzeption von Selbstverteidigung, noch auf einige andere Kräfte eingehen, die auf einer ideologischen und organisatorischen Ebene zur Verteidigung der antipatriarchalen Ideale und Ziele der Revolution in Rojava und Nordsyrien arbeiten: die Jineolojî und Kongreya Star. Kongreya Star ist die Dachorganisation aller organisierten Kräfte, die für die Befreiung von Frauen arbeiten. Ich zähle Kongreya Star deshalb zu den Verteidigungskräften, weil sie die Kraft der Organisierung – das heißt die Herausbildung eines kollektiven Bewusstseins und einer kollektiven Kraft zur Umsetzung dieses gemeinsam erarbeiteten Bewusstseins – darstellt. Kongreya Star schafft die Räume einer ethisch-politischen Gesellschaft, in denen Frauen zusammenkommen, in denen sie ihre gemeinsame Kraft erfahren können, die geteilten Probleme sichtbar werden, sie gemeinsam über die Lösungen für ihre Probleme diskutieren. Ich bin immer wieder fasziniert von der Vielzahl und Vielfalt der so geschaffenen Räume. Es werden überall, in jeder Stadt, in jedem Dorf, Orte geschaffen, an denen ein ganz anderer Geist herrscht, eine konstruktive, positive, kämpferische Energie spürbar ist. Ich kenne keine andere Gegend – zumindest im sich als emanzipiert verstehenden globalen Norden nicht –, in der so viele Frauen zusammenkommen, um gemeinsam über die politische Lage, die gemeinsame Geschichte, die aktuellen Probleme zu diskutieren.

Die Verteidigung wäre nicht zu denken ohne die Gesellschaft und die Utopie, die sie verteidigt. Und die Utopie, der Aufbau einer freien Gesellschaft, wäre undenkbar ohne die Kräfte, die sie verteidigen. Denn was sich hier in Syrien, Rojava, Bakûr, dem Mittleren Osten eben auch zeigt, ist der Unterschied zwischen Frieden und Befriedung.

Die Jineolojî ist ein Teil von Kongreya Star im Bereich von Bildung. Die Jineolojî beschäftigt sich mit der Erforschung der Geschichte der Frauen, der Lebensweisen von historischen Gesellschaften, der Entwicklung des Patriarchats, der Situation der Frauen und Gesellschaften heute und den Vorstellungen davon, wie ein freies Zusammenleben in einer freien Gesellschaft aussehen kann. Sie vertieft die von Öcalan begonnen Vorschläge eines freien Zusammenlebens, der schrittweisenen Auflösung der patriarchalen Familie, der Auseinandersetzung und Überwindung von Sexismus und Rollenstereotypen und sucht nach antipatriarchalen Grundlagen und Formen von Wirtschaft, Politik, Geschichte, Demografie, Ökologie, Bildung, Ethik und Ästhetik und Gesundheit. Sie führt eine tiefe Auseinandersetzung mit den vergeschlechtlichten Persönlichkeiten, analysiert bestimmte Muster und sammelt Wissen darüber, wie Persönlichkeiten gestärkt werden können, um zu freien Persönlichkeiten zu werden. Sie suchen nach Möglichkeiten, wie Frauen sich selbst kennen lernen können. Was ist denn Freiheit überhaupt? Was bedeutet Leben? In welcher Gesellschaft leben wir? Was ist meine Würde? Was will ich? Wie sieht ein antipatriarchaler Freiheitskampf aus?

Aus all diesen Auseinandersetzungen ist eine Kraft gewachsen, die ein eigenes System, eine Alternative, einen anderen (Aus)Weg aus der Gewaltspirale, dem Chaos im Mittleren Osten, aber auch der gesamten Welt aufzeigt. In der Föderation Nordsyrien–Rojava wird dieses neue System gelebt und verteidigt. Die Verteidigung wäre nicht zu denken ohne die Gesellschaft und die Utopie, die sie verteidigt. Und die Utopie, der Aufbau einer freien Gesellschaft, wäre undenkbar ohne die Kräfte, die sie verteidigen. Denn was sich hier in Syrien, Rojava, Bakûr, dem Mittleren Osten eben auch zeigt, ist der Unterschied zwischen Frieden und Befriedung. Eine befriedete, willenlos gemachte, gehörige Gesellschaft, die das unterdrückerische System, in dem sie lebt, nicht mehr in Frage stellt, muss auch nicht bekämpft werden. Das ist die aktuelle Situation im globalen Norden, in den sich als entwickelt, fortschrittlich verstehenden Gesellschaften. Befriedete Menschen, die nicht mehr wissen, wofür sie leben. Menschen, die keine Nachrichtensendung mehr schauen, weil sie erkennen, dass sie keinerlei Mittel haben, um zu verhindern, was sie dort sehen. Menschen, die sich aus lauter Angst, ihren Job zu verlieren, »freiwillig« krank zur Arbeit schleppen. Menschen, die keine Kinder mehr bekommen wollen, weil sie Karrieren behindern. Menschen, die sich gegenseitig an die Gurgel gehen, weil sie aufgrund eines Unwetters eine Stunde zu spät zur Arbeit kommen. Menschen,

die ständig so sehr mit sich selbst beschäftigt sind, dass sie nicht mehr merken, dass sehr viele Menschen das gleiche Problem haben. Menschen, die nicht mehr an sich und andere Menschen glauben. Menschen, die voreinander Angst haben. Menschen, die die Verdorbenheit der Welt einfach akzeptiert haben. Uns wird vorgemacht, das wäre Frieden.

In Rojava und Nordsyrien hat sich gezeigt und zeigt sich jeden Augenblick aufs Neue, welche Kraft Menschen entwickeln können, die an sich glauben. Die den Wert des Lebens kennen, die ihre eigene Würde kennen. Die eine Vorstellung davon haben, wie sie leben wollen, und einen Anknüpfungspunkt, damit zu beginnen. Das Wissen um diese Kraft ist für mich der wahre Kern der Selbstverteidigung. In Bakûr sehen wir, wie schnell und unerbittlich Angriffe auf den Willen einer Gesellschaft erfolgen, der nicht der Staatsdoktrin entspricht. Und genau aus diesem Grunde braucht es auch die physische Verteidigung. Was hilft es uns, wenn wir unsere Lebenswürde wiedererlangen und diese sofort wieder ausgelöscht wird? Wir dürfen, auch wenn wir mit all unserer Kraft auf politische Lösungen hinarbeiten, niemals die Gewalttätigkeit der Kapitalismus und Staat zugrunde liegenden Mentalität vergessen und müssen immer auf die erneute Entfesselung der Gewalt vorbereitet sein. Wir im globalen Norden dürfen auch nicht vergessen, dass unsere heutigen kapitalistischen Nationalstaaten ohne ihre brutale Geschichte, allem voran die globale Auslöschung der sogenannten Hexen und ihres Wissens, nicht existieren würden *(vgl. Silvia Federici (2015): Caliban und die Hexe, Mandelbaum Verlag, Budapest)*. Unser »friedliches« Leben heute baut darauf auf, und wenn wir unseren Fokus auf globalen Maßstab erweitern, sehen wir, wie noch immer Vertreibung, Ausplünderung und Krieg notwendige Bedingungen des Lebens im kapitalistischen und staatlichen System sind. Das sollten wir stets bedenken, wenn wir wie selbstverständlich von Gewaltlosigkeit sprechen.

Mit den Beispielen Bakûr und Nordsyrien/Rojava zeigt sich der Zusammenhang von physischer und geistiger Selbstverteidigung, kann ich nun wieder zurückkommen zu den (auch) physisch kämpfenden Verteidigungskräften HPC, Asayîş und YPJ. Sie alle wissen sehr genau, was sie verteidigen, also wofür sie kämpfen, nämlich die von Öcalan vorgeschlagenen und von der Jineolojî vertieften Grundlagen einer freien Gesellschaft. Sie setzen sich tagtäglich damit auseinander, wie sie dort hinkommen, obwohl sie (momentan noch) zu Mitteln gezwungen sind, die sie eigentlich überwindenen wollen. Sie diskutieren, wie sie erreichen können, dass sie die Waffe möglichst wenig einsetzen müssen. Sie diskutieren, was es bedeutet, eine revolutionäre Kraft zu sein, ohne erneut die Herrschaft über andere zu übernehmen. Sie diskutieren über die Kunst, wie sie als revolutionäre Persönlichkeiten der Gesellschaft einen Weg öffnen können, der sie zu mehr Freiheit, Liebe und Schönheit führt. Was eine revolutionäre Persönlichkeit ausmacht, was die geteilten revolutionären Werte sind, wie sie diesen gemeinsam und immer in Austausch mit der Gesellschaft näher kommen können. Selbstverteidigung muss also notwendigerweise auf allen Ebenen stattfinden und – da es kein Angreifen ist, sondern sich eben um Verteidigung handelt – hängt immer auch zusammen mit der Form der Angriffe.

## Gewalt – çî ye?

Beschäftigen wir uns also ein wenig genauer mit diesen Angriffen. Wenn wir von Selbstverteidigung sprechen, ist es notwendig zu definieren, wogegen wir uns verteidigen, was Gewalt überhaupt ist. Ich will mich hier auf Arendt beziehen, die Gewalt von Macht unterscheidet. Gewalt bezeichnet sie als ein Mittel zum Zweck, eine Methode, andere zu etwas zu bringen, was sie von sich aus nicht tun würden. Macht dagegen ist eine Kraft, die daraus entsteht, wenn sich Menschen im Rahmen von Gesetzen mit anderen Menschen zusammenschließen und Einfluss auf das gemeinsame politische Leben nehmen. Sie tun das nicht aus Gehorsam, sondern aus Überzeugung *(vgl. Hannah Arendt (1970): Macht und Gewalt. TB, München, Zürich, 15. Aufl., 2003)*.

Arendt hat sich intensiv mit den verschiedenen Formen von Gewalt auseinandergesetzt, unter anderem auch mit der Frage der sogenannten Gegengewalt zu Zeiten der Student_innenrevolten in den späten 1960er, 1970er und 1980er Jahren. Sie kritisierte die Gewaltverherrlichung in Teilen der revolutionären Linken. Sie warnte vor einer Vorstellung eines »Sieges«, durch den sich nicht das gewaltvolle System, sondern nur das »Personal« verändert. Als positives Beispiel nennt sie den Volksaufstand in Ungarn 1956, in dem Überzeugungskraft und geistige Überlegenheit dazu führten, dass auch das Militär sich weigerte, auf die Demonstrierenden zu schießen *(ebd.)*.

Arendt argumentiert, dass politische Systeme immer auf Macht – die Legitimation, dass sie Ausdruck des Willens der Gesellschaft sind – basieren müssen und diese nicht vollständig durch Gewalt ersetzt werden kann. Macht kann dabei nur aus einer bewussten Öffentlichkeit entspringen. Sie setzt sich für eine rätedemokratische Föderation ein, deren (Selbst) Zweck es ist, dass sich Menschen über einen gemeinsamen Willen verständigen und die zur Ausführung dieses gemeinsamen Willens notwendigen Institutionen schaffen. Da es sich hierbei um einen Selbstzweck handelt, ist das Mittel Gewalt in einem solchen System nicht mehr notwendig. Sie sagt, dass jedes herrschaftliche System zumindest zu einem kleinen Teil auf Macht basiere. Ohne die Legitimation durch obrigkeitshörige Teile der Gesellschaft wären auch totalitäre Herrschaftssysteme wie das faschistische Hitler-Deutschland nicht möglich gewe-

sen *(ebd.)*. Das heißt aber auch, dass ein System, das nur auf Gewalt basiert, nicht möglich ist und es immer die Möglichkeit gibt – durch Wissen und Bewusstseinsbildung –, diesem System die Machtbasis zu entziehen. Gewalt einsetzende Herrschaftssysteme sind damit nie langfristig denkbar, sie werden nicht überdauern.

Die Frage ist allerdings, wie Wissen entsteht. Ich verstehe den Prozess der Wissensbildung als einen, der notwendigerweise mit praktischer Erfahrung verbunden sein muss. Das heißt in der Konsequenz, dass für eine gesellschaftliche Veränderung es notwendig ist, Orte aufzubauen, an denen Erfahrungen von Kollektivität, Gemeinschaftlichkeit, Zusammenhalt gemacht werden können. Orte wie Rojava. Diese Orte müssen aufgrund der dort vorherrschenden Gewaltformen auch physisch verteidigt werden.

Wir können in den neoliberalen Staaten nicht mehr davon sprechen, dass es noch zu einer kollektiven Aushandlung darüber, wie wir leben wollen, kommen würde. Sie wurde durch Vereinzelung und konsumistische Ablenkung vollkommen ausgeschaltet. Wir können von einer befriedeten Gesellschaft ohne einen Willen, ohne ein Bewusstsein sprechen. Alle halten den kleinen, individuellen Willen für das Ultimative und ziehen sich zur Umsetzung dessen so weit zurück, bis sie vollkommen isoliert sind von jeder Macht. Die »Bürger_innen« der Repräsentativdemokratien, die sich so unglaublich frei fühlen, haben keinerlei Möglichkeit mehr, Einfluss zu nehmen auf das politische Weltgeschehen. Sie haben keine Möglichkeit, Leid, Armut, Krankheit, Zerstörung, Ermordung ihrer Mitmenschen zu verhindern. Diejenigen unter ihnen, die noch ein wenig ihrer Menschlichkeit, ihrer Empfindsamkeit bewahren konnten, haben aufgehört, sich die Nachrichten aus der Welt anzuschauen und beschränken sich in ihrer Auseinandersetzung nur noch auf einen kleinen Kreis von Gleichgesinnten.

Durch die kurdische Bewegung zur Umsetzung des Vorschlags Öcalans des demokratischen Konföderalismus wurde ein Prozess begonnen, den Willen der Gesellschaft (wieder) zu finden. An der Gewalt, die durch diesen Prozess hervorgerufen wird, können wir sehen, dass er zwar einerseits erfolgreich ist, »weil Machthaber, die fühlen, daß die Macht ihren Händen entgleitet, der Versuchung, sie durch Gewalt zu ersetzen, nur sehr selten in der Geschichte haben widerstehen können« *(Hannah Arendt: Macht und Gewalt, S. 86),* andererseits aber bislang nicht breit und radikal genug geführt wurde, um die Gewalt zu verhindern und die Gesellschaft darauf vorzubereiten, wie schmerzhaft die Suche nach Wahrheit, die Suche nach Freiheit sein wird. An der Zunahme der Gewalt in der Türkei lässt sich dieses Wechselspiel sehr gut nachzeichnen. Es hätte nicht zu diesem Punkt kommen müssen. Es gab im Vorfeld viele andere Möglichkeiten, um den Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Es ist einfach, alle Schuld auf eine Person – Erdoğan – zu projizieren. Wäre das Bewusstsein aller demokratischen Kräfte ausgebildeter gewesen, hätten sie besser verstanden, welche Logik, welche Gewalt hinter der Staatsmentalität steckt, wäre die Arbeit mit der Bevölkerung, der Aufbau von alternativen Strukturen, von Beziehungen zwischen verschiedenen freiheitlichen Bewegungen radikaler und intensiver geführt worden. Dann wären Bündnisse stärker ausgebildet worden, Grabenkämpfe weniger wichtig genommen worden, individuelle Bedürfnisse zurückgestellt worden. Ich will damit nicht die Urheberschaft der Gewalt verschleiern, diese liegt ganz klar auf Seiten Erdoğans und seiner Gehilfen.

## Was also tun?

Was ist also unsere Antwort auf die immer größer werdende Gewalt gegen Frauen und gesellschaftliche Kräfte an allen Orten? Wie verteidigen wir uns und unsere Mitmenschen dagegen? Wie können wir uns aus der oben beschriebenen Ohnmacht befreien und wieder eine Rolle spielen in der Gestaltung dieser Welt?

Es ist von größter Bedeutsamkeit, kollektive Lern- und Erfahrungsräume zu schaffen, um sie mit revolutionärem Wissen und Schönheit zu füllen. Es braucht die Intensivierung der gemeinsamen Suche nach Wahrheit, die gemeinsame und tiefe Auseinandersetzung (nicht Abgrenzung!) damit, was es bedeutet, eine Frau zu sein (auch wenn wir wissen, dass wir über tausende von Jahren zu dem gemacht worden sind, was wir heute als Frau bezeichnen, müssen wir doch akzeptieren, dass wir nun so sind, wie wir gemacht wurden, um diesen Zustand überwinden zu können), was es bedeutet zu leben, was es bedeutet, eine Gesellschaft aufzubauen und zu schützen, was es bedeutet, frei leben zu wollen. Die Erforschung unserer Geschichte und wie sie unsere heutigen Persönlichkeiten und Konzepte prägt. Es braucht – kollektives – Wissen darüber, wie unsere Gesellschaften von matriarchalen in patriarchale Formen transformiert wurden und auf welchen Werten diese basierten. Wir brauchen kollektives Wissen, um uns nicht länger weismachen zu lassen, dass der Mensch an sich schlecht und egoistisch ist und deshalb nur im Nationalstaat und Kapitalismus leben bzw. besser gesagt funktionieren kann. Matriarchate beispielsweise, die es gab und immer noch gibt, basieren auf mütterlichen Werten wie der Sorge für jeden Menschen mit seinen Eigenheiten. Die matriarchale Gesellschaft orientiert sich an den Bedürfnissen aller. Sie organisieren sich nichthierarchisch, Entscheidungen werden im Konsensprinzip getroffen *(siehe: Heide Göttner-Abendroth (2013): Matriarchal Societies and the way into an egalitarian Society. In Israel gehaltener Vortrag)*. Wir müssen das große Wissen dazu, das es schon gibt,

erstens verbreiten, kollektivieren und zweitens mit dem tiefen Wissen, das wir alle noch in uns tragen, verbinden.

Um sich ein gemeinsames Bewusstsein erarbeiten zu können, braucht es eine ernsthafte Auseinandersetzung der westlichen Welt mit der Philosophie und den Vorschlägen Öcalans. Das setzt ein tiefes Verstehen voraus. Ein Verstehen der Philosophie, aber auch der historischen Umstände. Dieser Prozess braucht Zeit, deswegen sollte er möglichst schnell begonnen werden. Bislang ist mir fast nur eurozentristische Kritik bekannt, eine Kritik, die der gleichen patriarchalen Linie folgt, die sie (manchmal) abzulehnen vorgibt. Sie beruht auf Abwertung und Objektivierung. Eine solidarische Kritik zielt auf Verbesserung. Sie gibt Anstöße, damit sich Menschen, Gesellschaften, Theorien verbessern können. Die westliche Welt muss anerkennen, welche eindrucksvollen, wunderschönen, zur Praxis gewordenen Ideen durch Öcalan und die Menschen, die ihn als den Wegöffner bezeichnen, hervorgebracht wurden.

Der von Öcalan vorgeschlagene demokratische Konföderalismus ist im Grunde der organisatorische Rahmen, um Menschen zu einem kollektiven Bewusstsein zu führen: Er schafft die Möglichkeiten, damit die Gesellschaften sich kennen lernen und austauschen können, ihre jeweiligen Bedürfnisse organisieren (wozu sie sie erst einmal diskutieren müssen) und so in einen gemeinsamen Bewusstwerdungsprozess eintreten.

Für eine wirkliche Veränderung unserer nicht sehr vortrefflichen Lage braucht es eine Einsicht der demokratischen Kräfte in die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes. Ein Bekenntnis der demokratischen Kräfte zum demokratischen Konföderalismus, durch den gemeinsam in vielen Farben gekämpft werden kann, ist die Voraussetzung dafür. Für die Befreiung der Frau braucht es eine weltweite, aus den lokalen Gegebenheiten aufgebaute feministische Bewegung, die den kollektiven Rahmen darstellt, um lebenspraktische Auseinandersetzungen zu führen und Lösungen für Probleme zu finden. Es reicht nicht – wie in den westlichen Demokratien der Fall –, von Rechten auf dem Papier auszugehen, die nicht umgesetzt werden, weil keine gesellschaftliche Kraft dahintersteht. Wir dürfen die Frauenbefreiung nicht individualisiert sehen, die Umsetzung den Einzelnen überlassen, sondern müssen uns und unsere Probleme, unsere Geschichte gemeinsam kennen und lösen lernen. Ohne entsprechende Strukturen ist das unmöglich.

Wir müssen vor allem auch an uns glauben. Davon ausgehen, dass die freiheitlichen Gedanken für jeden Menschen einsichtig sein werden, der sich auf die Suche nach Wahrheit begeben hat. Wir sollten uns nicht länger mit unsolidarischer Kritik aufhalten, sondern gemeinsam kämpfen (was solidarische Kritik beinhaltet) und positive Beispiele schaffen bzw. unterstützen.

Eines dieser positiven Beispiele ist die Föderation Nordsyrien–Rojava als Ort der Frauenbefreiung auf allen Ebenen. Es ist notwendig, ihr diese Bedeutung zu geben und mit all unserer Kraft und auf allen Ebenen zu verteidigen. Mit Rojava bzw. der Föderation Nordsyrien–Rojava ist die Realisierung unseres Traumes von Räterepublik, kommunalem Sozialismus, radikaler Demokratie oder demokratischem Konföderalismus, wie auch immer wir es nennen mögen, möglich geworden. Es ist noch ein langer Weg zu gehen, aber hier ist ein Ort entstanden, an dem es möglich ist, Gedanken, Konzepte, Utopien in die Tat umzusetzen. Hier können so wichtige Erfahrungen gemacht werden, selbst die Initiative zu übernehmen, selbst etwas aufzubauen, was den eigenen Idealen entspricht, was es bedeutet, eine unterdrückte Gesellschaft zur Befreiung zu führen und sie zu verteidigen. Das ist praktisches, emotionales und organisatorisches Wissen, das nicht mehr verloren gehen kann. Auch Bakûr muss mit allen Kräften unterstützt werden. Es sollte mittlerweile offensichtlich geworden sein, dass die Gewalt gegen die kurdische Gesellschaft nicht auf einen ethnischen Konflikt zu reduzieren ist. Es ist der Aufbau eines diktatorischen Systems, das Hand in Hand mit dem Kapitalismus läuft. Die Auslöschung der kurdischen Bevölkerung ermöglicht die Ansiedlung neuer, leichter auszubeutender Menschen. Es ist die Zuspitzung der patriarchalen Logik der Vereinheitlichung, Homogenisierung und Menschen zu Statist_innen und Arbeiter_innen machenden Herrschaft. Diese Logik wird sich ausbreiten, wenn wir nicht alles dafür tun, um sie aufzuhalten. Einerseits mit dem Aufbau von Alternativen, andererseits aber auch mit wohlüberlegten, gemeinsamen Aktionen, die über bloße Demonstrationen und Kundgebungen hinausgehen. Die Erdoğan und seine Gehilfen stoppen und dazu beitragen, das freiheitliche Bewusstsein der Gesellschaften zu stärken. Wir dürfen keine Angst haben, wir müssen davon überzeugt sein, dass Angriffe unsere solidarischen, selbstorganisierten Strukturen stärken werden, wenn wir dessen bewusst sind und zusammenhalten werden. Wir müssen verstehen, dass ihr Kampf unser Kampf ist. Dass wir nur gemeinsam stark sind und wir uns nur gemeinsam, in ständiger Auseinandersetzung, weiterentwickeln können.

Das Ausbilden eines kollektiven Bewusstseins ist der Schlüssel der Selbstverteidigung. Es führt dazu, dass Menschen ihre Ausbeutung, ihre Versklavung nicht mehr akzeptieren und auch nicht die der anderen. Es führt dazu, dass der Widerstand größer wird und der Drang zu einer anderen Welt ebenfalls. Wird dieser Prozess kollektiv geführt, wird sich ebenso ein Bewusstsein der gemeinsamen und persönlichen Stärke entwickeln und immer mehr Menschen, vor allem Frauen, werden sich bewusst, dass sie eine Rolle in dieser Welt spielen können, ja sogar müssen. ♦

Manifest der Demokratischen Zivilisation | Erstes Buch

# Zivilisation und Wahrheit
# Maskierte Götter und verhüllte Könige

Vorwort von David Graeber

Marx glaubte, es sei die Phantasie, die uns menschlich macht: Im Gegensatz zu Bienen stellen sich Architekten zuerst die Bauten vor, die sie errichten wollen, und danach werden diese dann auch tatsächlich gebaut. In gewisser Hinsicht ist die große Frage, die alle revolutionären Gedanken beflügeln: Wenn wir so beim Hausbau vorgehen, warum nicht auch bei der sozialen Ordnung als Ganzes? Wie viele von uns – würden sie sich einfach eine Gesellschaft vorstellen, in der sie leben möchten – kämen dabei auf eine Vorstellung, die auch nur im Entferntesten derjenigen ähneln würde, die derzeit existiert? Doch fast jede ernsthafte Anstrengung, so wie ein Architekt vorzugehen – einen Plan für eine gerechte Gesellschaft zu entwerfen und mit dem Bau zu beginnen, scheint zu Frustrationen oder Katastrophen zu führen.

Man könnte argumentieren, dass dies der Grund dafür ist, weshalb wir eine Theorie des Sozialen haben. Die Idee einer Sozialwissenschaft entsteht aus den Trümmern revolutionärer Projekte. Wir stellen uns die sozialen Äquivalente zu schwimmenden Palästen und Tatlin-Türmen vor, versuchen sie zu errichten und müssen bestürzt feststellen, wie sie um uns herum zusammenbrechen. Bestimmt muss es soziale Äquivalente zu den Gesetzen der Physik und der Gravitation geben, deren wir uns nicht bewusst waren. Die Argumentation der Positivisten im Gefolge der Französischen Revolution oder von Marx im »Kapital« nach den gescheiterten Revolutionen von 1848 ist, man müsse diese Gesetze verstehen, um solche Enttäuschungen in Zukunft zu vermeiden. Doch jeder Versuch einer wissenschaftlichen Herangehensweise an die menschliche Gesellschaft – ob von rechts oder links, sei es in Form der neoklassischen Ökonomie oder des historischen Materialismus – hat sich als noch katastrophaler herausgestellt.

Ein Problem ist – zumindest das haben eine Menge von Revolutionären auf der ganzen Welt in den 1990er Jahren begonnen zu begreifen –, dass wir mit einem sehr begrenzten Begriff von Phantasie arbeiten. Alle, sogar die Architekten, haben begriffen, dass sie ihre Entwürfe nicht aus dem Nichts entwickeln, und falls sie es tun, die meisten es vorzögen, nicht in dieser Art von Strukturen leben zu wollen. Und einige der vitalsten, kreativsten, phantasievollsten revolutionären Bewegungen zu Beginn des neuen Jahrtausends – die Zapatisten in Chiapas sind vielleicht die hervorstechendsten – waren diejenigen, die sich zugleich in einer weit zurückreichenden traditionellen Vergangenheit verorten. Es gab eine wachsende Erkenntnis in revolutionären Kreisen, dass Freiheit, Tradition und Phantasie schon immer – und vermutlich auch in Zukunft – miteinander in einer Weise verstrickt sind, die wir nicht vollständig verstehen. Unsere theoretischen Instrumente sind unzureichend.

Vielleicht das Einzige, was wir an dieser Stelle tun können, ist, in die Vergangenheit zurückzukehren und von vorne zu beginnen.

***

In solchen Fällen könnte man sagen, je anspruchsvoller der Denker, umso weiter zurück in die Vergangenheit dürfte er wahrscheinlich greifen. Wenn dem so ist, dürften Öcalans Arbeiten in den letzten fünfzehn Jahren seiner Gefangenschaft zu den ambitioniertesten gehören. Es stimmt, er hat es sorgfältig vermieden, in die Rolle eines Propheten zu schlüpfen. Letzteres wäre unter diesen Umständen ein Leichtes: Verkündigung epochaler Erklärungen ex cathedra wie ein Zarathustra der letzten Tage. Klar – das ist seine Sache nicht. Vom Temperament her ein Radikaler möchte er zugleich auch nicht in den Stiefeln anderer stehen. Er ist auch mit den Denkern, die er am meisten bewundert – Bookchin, Braudel, Foucault – nie ganz zufrieden, sondern er möchte als selbsternannter Amateur über Geschichte und Sozialwissenschaften sprechen, die derzeit nicht vorhanden sind, aber die man vielleicht erahnen kann. Wie würde eine Soziologie der Freiheit tatsächlich aussehen? Man kann es nur vermuten. Sicherlich, die bestehende Gesellschaftstheorie beschränkt sich vor allem auf jene Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens, in denen wir nicht frei sind, in denen wir uns aber zumindest vorstellen können, dass

unsere Handlungen von Kräften außerhalb unserer Kontrolle vorherbestimmt sind.

Öcalans geistiges Projekt ist vor allem von der Erkenntnis getrieben, dass die Umarmung des Positivismus durch die revolutionäre Linke, die Vorstellung, dass es sogar möglich sei, eine derartige Wissenschaft der Gesellschaft zu konzipieren, zur »Krankheit der Moderne« wurde, zur Religion ihrer Technokraten und Beamten und für die revolutionäre Linke zur reinen Katastrophe – denn sie bedeutet nichts für die Klassen, die tatsächlich die Dinge schaffen:

»Ich muss voll Wut und Schmerz feststellen: Es war ein großes Unglück, dass der mehr als 150-jährige edle Kampf für den ›wissenschaftlichen Sozialismus‹ mit einem vulgärmaterialistischen Positivismus geführt wurde, der ihn von vornherein zum Scheitern verurteilte. Zweifellos stand dahinter ein ›Klassenbewusstsein‹, für das sie ja so oft kämpften. Aber anders, als sie dachten, war es nicht die Klasse der Arbeiter und anderer Werktätiger, die gegen die Versklavung und Proletarisierung Widerstand leistete, sondern die kleinbürgerliche Klasse, die schon längst vor der kapitalistischen Moderne kapituliert hatte und von ihr absorbiert worden war. Der Positivismus ist gerade die Ideologie ihres blinden Starrens auf den Kapitalismus und ihrer oberflächlichen Reaktionen gegen ihn.«

Schlimmer noch, eine solche Ideologie stellt sicher, dass jedes revolutionäre Experiment nur sofort wieder in die Logik der kapitalistischen Moderne zurückfällt, wie die vergangenen Revolutionen ausnahmslos gezeigt haben.

Wie lässt sich eine Alternative entwickeln – eine, die dem Sinn der Begriffe Bedeutung, Geheimnis, Kreativität, sogar Göttlichkeit gerecht wird und die sich der Kalkulation der Händler und Bürokraten entzieht, aber eindeutig Klarheit über die alltägliche Lage der Mehrheit der arbeitenden Klassen dieser Erde schafft? Wir können nur mit einer Rückkehr zur Geschichte beginnen, indem wir versuchen zu verstehen, wie diese Lage anfänglich entstanden ist. Aber das wiederum bedeutet bis zu einem gewissen Grad, sich mit dem Mythos beschäftigen zu müssen. Ich beeile mich hinzuzufügen: Hier meine ich den Mythos nicht im (positivistischen) umgangssprachlichen Sinn von »Geschichte, die nicht wahr ist«, sondern in dem Sinne, dass jede historische Darstellung, die nicht einfach nur Ereignisse beschreibt, sondern sie in gewisser Weise organisiert, als eine größere, sinnvolle Geschichte erzählt, zwangsläufig einen mythischen Charakter bekommt. Wenn Geschichte nicht in diesem Sinn mythisch ist, dann ist sie sinnlos. Insofern ist es natürlich nicht falsch Mythen zu erschaffen, eine wirksame politische Bewegung ist schwer vorstellbar ohne sie. Positivisten tun es auch. Das Wichtigste ist, dass man ehrlich gegenüber dem ist, was man tut, während man es tut.

Hier ist Öcalan absolut ehrlich. Entwaffnend ehrlich sogar. Seinen Sinn für größere Bedeutung, so erklärt er, lässt sich auf den Quell von mythischen Bildern aus seiner Kindheit am Zagros-Gebirge zurückführen, Ort der Mänaden des Dionysos; auf die nachklingende Schuld, Vögeln die Köpfe abgerissen zu haben; auf seine erste Erfahrung des Göttlichen im Spiel der Kinder; auf die Dorf-Mädchen, die vorübergehend frei von der patriarchalischen Autorität waren. Wir können annehmen, dass er uns im Kern sagt: Hier war etwas, das universal ist. Solche Erfahrungen sprechen von der historischen Tragödie einer Region, deren Frauen beispiellose Beiträge zur menschlichen Zivilisation geschaffen haben, die aber seitdem zu einem blutigen Opfer des Imperiums degradiert wurde:

»Ab diesem Zeitpunkt wurde Nordmesopotamien zur ständigen Konfliktzone zwischen dem Römischen Reich und dem Parther- bzw. Sassanidenreich. Mehrfach wechselte es den Besitzer. Dieser gesegnete Boden, auf dem die neolithische Revolution und die ersten Zivilisationen wuchsen, wurde geradezu zum dialektischen Gegenpol. Von einer Quelle der Zivilisationen wurde es zum Ort, an dem sie ertränkt werden. … Dieses Gebiet *[brachte]* nie wieder ein eigenes Zentrum hervor und fiel ständig Angriffen, Besatzungen, Annexionen und Kolonialisierungsbestrebungen anderer Zivilisationen zum Opfer. Dies ist eine der tragischsten Entwicklungen der Geschichte und ähnelt der Geschichte der Frau: Nachdem sie die größte Kulturrevolution geschaffen hat, ist sie das am meisten geknechtete Wesen.«

Öcalan beginnt mit diesem Gefühl der Empörung, das tausende patriarchalische Aufstände in der Geschichte auslöste (»Wir werden behandelt wie die Frauen!«), und kommt zu dem Schluss: Wenn wir nicht das gleiche endlos destruktive Muster reproduzieren wollen, müssen wir diese Logik völlig auf den Kopf stellen.

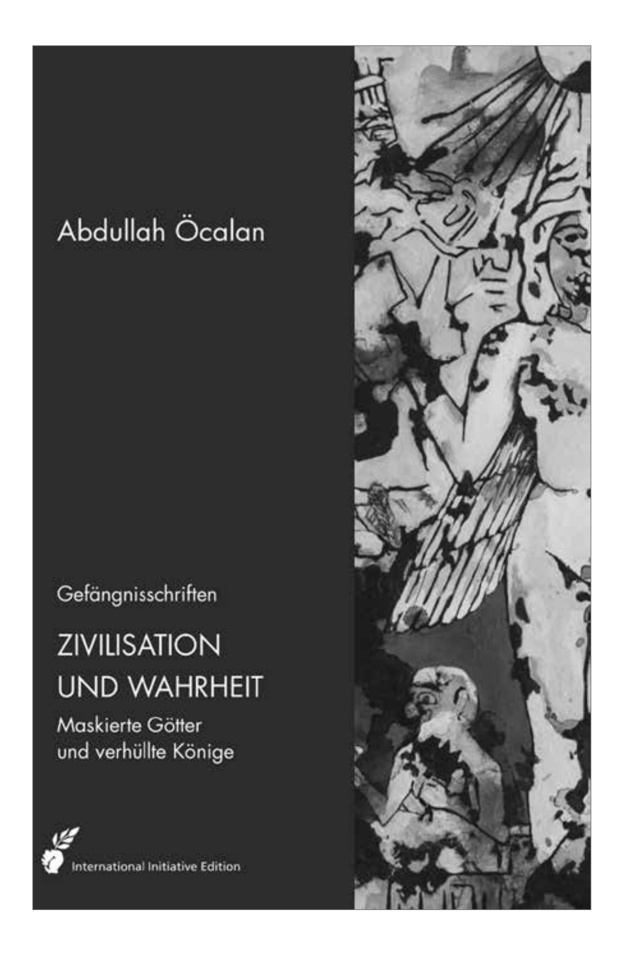
***

Wie lässt sich das bewerkstelligen? Ich denke, man kann guten Gewissens behaupten, dass es im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts zwei große zivilisatorische Erzählungen geschafft haben, die Vorstellungswelt der Menschen zu besetzen, und das mit tiefgreifenden politischen Auswirkungen.

Die erste führt uns zurück zu den Geschichten der Aufklärung über den Ursprung sozialer Ungleichheit. In ihrer zeitgenössischen Variante hört sich das in etwa so an: Es gab einmal den Menschen, der in glücklichen, kleinen, egalitären Gruppen von Jägern/Sammlern lebte. Macht und Dominanz waren unbekannt, es fehlte überhaupt jede echte soziale Struktur. Mit der Erfindung der Landwirtschaft, die speicherbare Überschüsse und unerfreuliche Eigentumsunterschiede mög-

lich machte, begannen die Dinge, den Bach hinunterzugehen. Der eigentlich grundlegende Bruch aber kam mit dem Aufkommen der Städte und damit der Zivilisation – »Zivilisation« im wörtlichen Sinn, was schlicht bedeutet, dass Menschen in Städten leben. Die Konzentration von Bevölkerung und Ressourcen, die Urbanisierung, musste zwangsläufig auch bedeuten, dass sich herrschende Klassen bildeten, die in der Lage waren, per Beschlagnahme Kontrolle über die Überschüsse sicherzustellen; es entstanden also Staaten, Sklaverei, Eroberung, Armeen, ökologische Zerstörung, aber zugleich auch Schrift, Wissenschaft, Philosophie und organisierte Religionen. Die Zivilisation kam also als Paket. Man konnte dies als unvermeidlich annehmen, gewaltsame Ungleichheiten als Preis des Fortschritts akzeptieren, oder man konnte davon träumen, eines Tages zurückzukehren zu einer neuen Version des alten paradiesischen Zustandes – entweder durch revolutionären Wandel, technologischen Fortschritt, oder, in einigen radikalen Versionen, durch die Förderung des industriellen Zusammenbruchs und die Rückkehr zum eigentlichen Jäger-/Sammler-Dasein. Aber die Zivilisation selbst war eine Einheit, die unvermeidliche Folge der Erbsünde, Tiere und Pflanzen zu zähmen, und ihr Wesen konnte nicht geändert, nur angenommen oder abgelehnt werden.

Die zweite Geschichte war ganz anders. Man kann sie den Mythos der arischen Invasoren nennen. Diese Geschichte beginnt so: Es war einmal eine matriarchalische Zivilisation, die sich über den Fruchtbaren Halbmond und darüber hinaus erstreckte. In fast allen Jäger-/Sammler-Gesellschaften gelten Frauen als Experten für die Pflanzenwelt. Logischerweise ging man davon aus, dass Frauen die Landwirtschaft erfunden haben müssen und dass dies den Grund für die außerordentliche Betonung von Göttinnenfiguren und Darstellungen mächtiger Frauen in den ersten fünftausend Jahren der Agrargesellschaft darstellt. Hier wurde der Aufstieg der Städte nicht als ein an sich problematischer Vorgang erachtet – das minoische Kreta, eine bronzezeitliche städtische Zivilisation, deren Sprache wir nicht lesen können, deren Kunst aber keine Darstellungen männlicher Autoritäten jeglicher Art aufweist, wird oft als friedlich angesehen, als anmutige, künstlerische Kulmination dieser neolithischen matriarchalen Ordnung. Der eigentliche Bruchpunkt kam nicht mit dem Aufstieg der Städte, sondern mit den Einfällen patriarchalischer, nomadischer oder halbnomadischer Invasoren wie den semitischen Stämmen, die sich aus den umliegenden Wüsten auf die Gebiete von Tigris und Euphrat ausdehnten, sowie europäischer oder arischer Hirtenvölker, von denen angenommen wurde, dass sie sich irgendwo vom heutigen Südrussland aus bis nach Irland und in das Ganges-Tal ausgebreitet haben, wobei sie ihre Sprachen, ihre Kriegeraristokratien, ihre heroischen Epen und Opferrituale mit sich brachten. Wieder konnte man sich mit einer der beiden Seiten identifizieren. Für viele Dichter, Romantiker, Revolutionäre und Feministinnen war dies der wehmütige Traum eines verlorenen gegangenen pazifistischen, kollektivistischen Paradieses. Imperialisten tendierten dazu, die ganze Geschichte auf den Kopf zu stellen: Britische Kolonialbeamte zum Beispiel waren dafür berüchtigt, »männliche Kriegerrassen« gegenüber den vermeintlich passiven, »weiblichen« Bauern, die erstere zu verwalten hatten, zu begünstigen. Und wie bei so vielen Dingen haben die Nazis einfach diese koloniale Logik wieder zurück nach Europa gebracht. Hitler wird notorisch vollständig mit den patriarchalischen Eindringlingen identifiziert und im Rahmen der Überwältigung der minderwertigen weiblichen Population durch ihre virilen natürlichen Beherrscher gesehen.




Öcalan dagegen übernimmt die gleichen Stücke der Erzählung, aber setzt sie ganz anders zusammen. Dabei geht er von der einzigartigen Situation seines kurdischen Heimatlandes in den bergigen nördlichen Ecken jenes sehr fruchtbaren Halbmonds aus, wo die Landwirtschaft zuerst auftaucht. Er stellt fest, dass »Ari« im Kurdischen »zu Erde, Boden, Feld gehörend« bedeutet und argumentiert, dass die ursprünglichen Indoeuropäer oder »Arier« überhaupt keine Weidewirtschaft betreibenden Eindringlinge waren, sondern die Erfinder der

Landwirtschaft und der neolithischen Kultur, die erfolgreich große Teile unseres Alltagslebens, das wir immer noch für selbstverständlich halten, unsere grundlegenden Gewohnheiten in Bezug auf Ernährung und Behausung sowie unser Gefühl für Spiritualität und Gemeinschaft schufen. Das war eine revolutionäre Veränderung des menschlichen Lebens, und wie Öcalan betont, war dies eine Revolution, die vor allem von Frauen ohne patriarchalische Autorität geschaffen wurde. Darin bestand ihre offensichtliche Anziehungskraft, die diese Revolution auf der ganzen Welt verbreitete, wobei sich häufig die indoeuropäischen Sprachen verbreiteten, nicht durch Migration, sondern durch die bloße Kraft des Beispiels und durch den kosmopolitischen Fluss von Individuen und Gastfreundschaft, den diese neue und weitgehend friedliche Agrarwelt ermöglichte. Die Gegenkraft hier sind nicht die Nomaden, sondern wiederum der Aufstieg der Städte und besonders die von der sumerischen Priesterschaft geschaffene ideologische Grundlage, der es gelang, die Unterordnung der Frauen, die Anfänge des Staates, mystifizierende Ideologie, das Fabriksystem und das Bordell einzuführen – alles zur gleichen Zeit. Die räuberischen Eliten, oft von nomadischer Herkunft, bemächtigten sich damals nur einer bereits bestehenden Struktur und stellten sicher, dass auch die weitere Geschichte durch endlose, spektakuläre, sinnlose Kriege geprägt sein würde.

Das nennt Öcalan die »Zivilisation« – eine Ordnung, die sich als vornehme Herrschaft, Mäßigung, Legalität und Vernunft präsentiert, deren eigentliches Wesen aber Vergewaltigung, Terror, Verrat, Zynismus und Krieg ist. Ein Großteil des Konflikts der letzten fünftausend Jahre spielte sich zwischen der Gewalttätigkeit dieses ursprünglich städtischen Systems der menschlichen Ausbeutung und den Werten ab, die noch im beständigen neolithischen Fundament unseres kollektiven Daseins vorhanden sind. Hier nimmt seine Analyse der Rolle der Ideologie – und insbesondere der Religion – eine Reihe überraschender Wendungen.

Gerade wegen der revolutionären Natur des sozialen Wandels, ist – paradoxerweise – die Logik der offenbarten Religionen intuitiv sinnvoll. Im Gegensatz zu den positivistischen Empfindungen, die – desavouiert seit dem Zusammenbruch der fabianischen Träume im Ersten Weltkrieg – immer noch davon ausgehen, dass Geschichte vor allem durch den Fortschritt charakterisiert ist, der gesellschaftliche Wandel also als ein normales, relativ zunehmendes und gütiges Phänomen dargestellt wird – da man sich tatsächlich nichts anderes vorstellen kann –, ist die wirkliche Geschichte typischerweise von intensiven Momenten der sozialen Vorstellungskraft und der Schöpfung von Lebensmustern geprägt, die dann in relativ gleicher Gestalt für Tausende von Jahren hartnäckig in unserer Mitte verharren. Die Neolithische Revolution, wie Gordon Childe das ursprünglich betitelt hat, betraf die Erfindung von Lebensmustern – alles von den Techniken der Tierhaltung oder Käse auf Brot zu essen bis zu den Gewohnheiten, auf Kissen oder Stühlen zu sitzen –, die danach zum Inventar der menschlichen Existenz gehörten. Das Gleiche gilt für unsere grundlegenden sozialen Kategorien wie häusliches Leben, Kunst, Politik, Religion: »Die im Fruchtbaren Halbmond konstruierten gesellschaftlichen Realitäten existieren in ihren Grundzügen bis heute weiter.« In diesem Sinne leben wir noch alle in der Jungsteinzeit. Was die heiligen Bücher wie die Avesta, die Bibel oder der Koran lehren – dass die Wahrheiten, die unser Leben untermauern, das Ergebnis von Momenten der göttlichen Offenbarung waren –, spricht normale Bauern, Arbeiter und Händler an, nicht weil sie deren Lebensumstände mystifizieren – jedenfalls nicht in erster Linie. Vielmehr ergeben sie intuitiv Sinn, weil ihre Aussagen wahrhaftig oder wahrer sind als die Alternative in Gestalt der rationalistischen Theologie der Bürokraten. In einem höheren Sinn wird Religion, Ideologie, »Metaphysik« sowohl der Bereich, in dem man Wahrheiten ausdrücken kann, die man nicht anders ausdrücken kann, als auch ein Schlachtfeld für Kämpfe um Bedeutung, deren politische Implikationen nicht größer sein könnten. Was kann man von der Bedeutung der Muttergöttinnenfiguren wie Ishtar oder Kybele in Zeiten der patriarchalischen Herrschaft ableiten? Sind sie nicht beide, so Öcalan, Ausdruck und Waffe in den Schlachten über die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse und die tatsächliche Macht der realen Männer und Frauen, deren Existenz sonst ganz verloren gehen könnte?

***

Akademiker sind snobistische Wesen, die dazu neigen, andere zu verletzen, die in ihr Gebiet eindringen, es sei denn, man könnte sie auf ein eigenständiges Studiengebiet reduzieren. Zweifellos werden viele einwenden: Wie viel davon hält wirklich stand? Unter Berücksichtigung der Umstände, unter denen dieses Buch geschrieben wurde, halte ich die Leistung für ziemlich beeindruckend. Mit den äußerst begrenzten Ressourcen, die ihm von seinen Gefängniswärtern zugestanden wurden, hat Abdullah Öcalan wohl eine bessere Arbeit abgeliefert als solche Autoren wie Francis Fukuyama oder Jared Diamond, die Zugang zu den weltweit besten Forschungsbibliotheken haben. Zugegeben, vieles in dem Bild, das er entwirft, trotzt dem aktuellen Erkenntnisstand der professionellen Archäologen, Anthropologen und Historiker. Aber oft ist dies eine gute Sache, denn diese Erkenntnisse selbst sind einem Prozess der ständigen Transformation unterworfen. Die Vergangenheit verändert sich ständig. Wir können aber absolut sicher sein, dass in fünfzig Jahren vieles, das jetzt unhinterfragt angenommen wird, über Bord gegangen sein wird.

In einer Hinsicht jedoch stemmt sich diese Studie gegen einen Punkt des besonderen wissenschaftlichen Widerstandes,

indem sie die Idee des frühen Matriarchats aufgreift. Die meisten Theorien kommen und gehen je nach intellektueller Mode; es gibt eine Generationsabfolge, in der Theorien einmal weit verbreitet sind (Karl Polanyis oder Moses Finleys Vorstellungen über die alte Ökonomie sind schöne Beispiele), um dann universell zurückgewiesen und wieder belebt zu werden. Im Fall der Theorien über das Matriarchat oder sogar solchen, die den Frauen in den neolithischen Gesellschaften einen einzigartigen Status zusprechen, ist dies nicht geschehen. Schon von solchen Dingen zu reden, ist in gewisser Weise zu einem Tabu geworden. Da diese Vorstellungen so eifrig von bestimmten Strömungen des Feminismus vertreten werden, ist es teilweise zweifellos so, dass Akademiker dazu neigen, diese am wenigsten ernst zu nehmen; aber ansonsten scheint der Widerstand dagegen so beharrlich zu sein, dass man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, hier seien patriarchalische Vorurteile im Spiel.

(Es ist bezeichnend, dass es den verbreitetsten Einwänden an Logik hapert. Am häufigsten wird auf die ethnografischen Aufzeichnungen verwiesen: Während die neolithische und die kupfersteinzeitliche Kunst, ganz zu schweigen von der minoischen Kunst, eine soziale Ordnung darstellen, in der Frauen fast alle maßgeblichen Positionen innehatten, findet man in der anthropologischen Literatur wenige oder keine Hinweise auf derartigen Gesellschaften. Das stimmt.

Aber die ethnografischen Aufzeichnungen enthalten auch keine Anhaltspunkte für demokratisch organisierte Stadtstaaten wie das antike Athen, doch wir wissen, dass es sie tatsächlich gab; diese Stadtstaaten waren in der späten Eisenzeit sogar ziemlich weit verbreitet, bevor sie weitgehend um 300 v. Chr. verschwanden. Aber selbst wenn man auf ethnografischen Parallelen besteht, funktioniert die Logik nicht. Denn ein weiteres weit verbreitetes Argument ist, dass die Existenz einer materiellen Kultur, in der praktisch alle Darstellungen von dominierenden Gestalten weiblich sind, an sich nichts bedeuten soll, da es sich nur um mythologische Szenen handele und das eigentliche gesellschaftliche Leben ganz anders hätte organisiert sein können. Andererseits ist es niemandem gelungen, ein Beispiel einer patriarchalischen Gesellschaft aufzuzeigen, in der die künstlerischen Darstellungen fast ausschließlich aus Bildern von mächtigen Frauen bestehen, gleichgültig, ob diese nun mythisch oder nicht sind. So oder so, haben wir es mit einem ethnografisch präzedenzlosen Fall zu tun. Die Tatsache jedoch, dass nahezu alle Gelehrten dies so deuten, dass wir zu dem Schluss kommen müssen, Männer hätten das Geschehen in der Hand gehabt, sagt mir: Hier liegt ein klares Beispiel für ein männliches Vorurteil vor, wie man es nicht besser finden kann.)

Wie Anthropologen haben Archäologen und Historiker die lästige Angewohnheit, nur füreinander zu schreiben. Die meisten schreiben nichts, was für Gelehrte in anderen Disziplinen, geschweige denn für alle außerhalb des Akademiebetriebs, bedeutsam wäre. Das ist bedauerlich, denn in den letzten Jahrzehnten haben sich Dinge aufgetan, die möglicherweise unser bisheriges Verständnis in Unordnung bringen können. Fast alle Schlüsselannahmen des zivilisatorischen Narrativs, die wir in der einen oder anderen Weise seit der Zeit von Rousseau erzählt haben, scheinen auf falschen Annahmen zu beruhen – auf solchen, die einfach faktisch falsch sind. Jäger und Sammler zum Beispiel lebten nicht ausschließlich in Kleingruppen und bildeten nicht unbedingt egalitäre Gemeinschaften (viele scheinen saisonale Muster gehabt zu haben, Hierarchien zu schaffen und sie dann wieder zu einzureißen). Frühe Städte dagegen waren oft verblüffend egalitär. Vor der Entstehung des Zikkurat-Systems, auf das Öcalan aufmerksam macht, gab es vielleicht ein Jahrtausend des egalitären Urbanismus, von dem wir wenig wissen. Aber die Implikationen sind potentiell außergewöhnlich, zumal, wenn man einmal weiß, worauf zu achten ist, beginnen egalitäre Experimente überall in der menschlichen Geschichte zu erscheinen. »Zivilisation« oder sogar das, was wir »Staat« nennen, sind keine einzelnen Einheiten, die als Paket kommen, das man annehmen oder verweigern kann, sondern als unbequeme Amalgame von Elementen, die sich jetzt im Prozess des Auseinanderdriftens befinden. All diese Prozesse des Umdenkens werden enorme politische Implikationen haben. In einigen Bereichen vermute ich, wird es bald klar sein, dass wir alle falsche Fragen gestellt haben. Um nur ein Beispiel zu nennen: Es wird fast allgemein angenommen, dass die Schaffung von Gleichheit oder Demokratie in einer kleinen Gruppe relativ einfach ist, aber in einem größeren Maßstab enorme Schwierigkeiten schafft. Es wird klar, dass dies einfach nicht wahr ist. Egalitäre Städte, auch regionale Konföderationen, sind historisch alltäglich. Egalitäre Haushalte sind es nicht. Es ist die kleine Einheit, das Niveau der Geschlechterverhältnisse, die Haushaltsknechtschaft, die Art der Beziehungen, die die wesentlichsten Formen der strukturellen Gewalt und die größte Intimität annehmen, in der das schwierigste Werk der Schaffung einer freien Gesellschaft stattfinden muss.

In diesem Zusammenhang scheint es mir, dass Öcalan genau die richtigen Fragen stellt, oder viele von ihnen, in einem Augenblick, in dem dies kaum wichtiger sein könnte. Lasst uns hoffen, dass, während politische Bewegungen die Lehren aus der Geschichte ziehen, neue Sozialtheorien entstehen, was unvermeidlich geschehen wird, und sich unsere Erkenntnis der Vergangenheit ebenfalls revolutioniert, der Autor dieses Buches aus seiner gegenwärtigen Gefangenschaft entlassen wird und sich als ein freier Mann daran beteiligen kann. ♦

Der Kapitalismus steckt in einer strukturellen Krise und verliert weltweit an Legitimität – trotz behaupteter Alternativlosigkeit. Gleichzeitig bieten sich rechte und reaktionäre Bewegungen als Alternative an.

Doch es gibt andere Wege als die scheinbar einzigen Alternativen. In Rojava/Nordsyrien gelang es, sich nicht auf eine Seite zu schlagen, sondern einen eigenen, »dritten Weg« zu etablieren. Der Aufbau eines nicht patriarchalen Systems und einer demokratischen Wirtschaftsordnung scheint zum Greifen nahe und hat die Chance, sich permanent zu etablieren.

Solche »dritte Wege« sind weltweit überall möglich. Auf unserer dritten Konferenz wollen wir sie präsentieren, ausleuchten und diskutieren.

## Die kapitalistische Moderne herausfordern III

# Call for Papers

**Die dritte Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern« mit dem Untertitel »Demokratische Moderne entfalten – Widerstand, Rebellion, Aufbau des Neuen«** findet über Ostern (14.–16. April) 2017 in Hamburg statt. Die letzten beiden Konferenzen brachten nicht nur führende Intellektuelle zusammen, sondern gaben auch jungen AktivistInnen, Studierenden und AkademikerInnen die Gelegenheit, ihre Ideen zu präsentieren. In dieser dritten Konferenz wollen wir wieder Brücken zwischen all diesen und Bewegungen in Kurdistan und weltweit schlagen.

In diesem Sinne bitten wir Euch auch diesmal mit einem **Call for Papers** um Beiträge zu vier Themen. Die EinsenderInnen der besten Beiträge werden eingeladen, ihren Beitrag auf der Konferenz zu präsentieren.

**Themen:**

**1 – Genealogie des Staates**
Die Formen, die Staat und Macht durch die Geschichte der Zivilisation hindurch annehmen, unterliegen einer Transformation. Wie werden ideologische Konstrukte wie Patriarchat, Religion, Nationalismus, Militarismus und Szientismus zu immer neuen Rüstungen für den Staat und die Klassengesellschaft? Wie verhalten sie sich zur Freiheit oder zu ihrer Abwesenheit?

**2 – Philosophie der Geschichte**
Öcalan beschreibt die Geschichte als im Wesentlichen eine Geschichte von Kämpfen zwischen der Zivilisation und vorstaatlichen dörflichen und bäuerlichen Gemeinschaften. Gleichzeitig misst er dem Geschichtsbewusstsein allergrößte Bedeutung für den Aufbau einer befreiten Gesellschaft zu. Warum ist es wichtig, wie wir Geschichte betrachten?

**3 – Moralisch-politische Gesellschaft**
Öcalan gründet seine Analyse der demokratischen Zivilisation und sein Modell der demokratischen Moderne auf die von ihm so genannte »moralisch-politische Gesellschaft«. Warum wird die moralisch-politische Gesellschaft zum Eckstein seines Modells und wie verhält sie sich zur Freiheit? Wie ergänzt dies den Marxismus und andere Denkschulen und/oder weicht von ihnen ab?

**4 – Ökologische Wirtschaft, Stadt und Land**
Öcalan betont die Lebensfeindlichkeit der Städte und entwirft eine Vision von ökologischen Dörfern. Eine tiefgreifende ökologische Umgestaltung muss grundsätzliche Fragen zum Verhältnis von Stadt zu Land angehen. Wie kann das Verhältnis von Städten zu Dörfern unter den Vorzeichen des Demokratischen Konföderalismus aussehen?

**Technische Informationen zum Einreichen von Beiträgen**

- Eine Länge von 1 500 Wörtern ist ideal, das Maximum beträgt 2 000 Wörter.
- Zeigt Euer Interesse an einer Teilnahme, indem Ihr bis zum 15. Januar 2017 eine Kurzfassung schickt (nicht mehr als 300 Wörter).
- Alle, die eine Kurzfassung geschickt haben, sollten bis zum Einsendeschluss am 10. März 2017 den endgültigen Text schicken.
- Bis zum 20. März entscheidet die Jury, wer eingeladen wird, ihr/sein Paper vorzustellen.
- Die E-Mail-Adresse für alle Zuschriften und Nachfragen ist cfp@networkaq.net ♦



Ansichten des Autors von »Die Zeit der Brombeeren«

# »Die Literatur ist das Lebenselixier der Revolution«

Murat Türk, schriftlich im Gefängnis befragt

**Murat Türks Roman »Die Zeit der Brombeeren«, in dem die Kindheit als die mythologische Zeit des Menschen begriffen wird, wurde mittlerweile in acht Sprachen übersetzt. Die zweibändige Geschichte handelt von einer Suche. Wir schrieben ihm einen Brief und fragten Murat Türk, der bereits seit jungen Jahren im Gefängnis sitzt, zu Literatur, seinem Roman, der Zensur von Büchern und dem Alltag inhaftierter Menschen, die über Wahrheit nachdenken.**

**Wie hat der Kampf in Ihrem Leben begonnen? Können Sie von Ihrer Kindheit erzählen?**

In meiner Kindheit in Bağlar/Amed (Diyarbakır) standen an den Hauswänden Parolen über die Revolution und von Mund zu Mund wurde von der Folter im Gefängnis von Amed und über die legendären Geschichten vom Widerstand gegen jene Folter erzählt. Die Kindheit ist der mythologische Zeitabschnitt des Menschen. Was uns in dieser Zeit ins Ohr geflüstert wird, bleibt lebendig, erhält sich wie frische Wurzeln, die unser ganzes Leben nähren. Meine Kindheit ist in einer solchen Atmosphäre verlaufen. Ich fühlte mich klein, wenn ich in der Ferne die jenseits der Weinberge aufsteigenden grauen Wände, Zäune und die Türme, die bis an die Wolken reichten, betrachtete. Das war das Gefängnis von Amed. Von diesem Friedhof stiegen manchmal Stimmen auf. Als ob uns aus dem Untergrund tausende Münder, tausende Hände und Arme, tausende Augen mit einem unheimlichen Geheul die Geschehnisse hinter den Wänden laut werden lassen wollten. Diese donnernden Stimmen dauerten manchmal minutenlang an.

Jahre später sind Peşmerge, die sich vor dem Helepce-Massaker (Halabdscha, 1988) gerettet hatten, in die Stadt gekommen. Peşmerge in traditioneller Kleidung zu sehen, war wie das freie Kurdistan zu sehen. Wir betrachteten sie voller Interesse und Bewunderung. Es war Sommer und heiß. Amed brannte. Die Peşmerge gingen von Haus zu Haus und sammelten Eis. Ich werde nie vergessen, wie ein Peşmerga, der sich den Schweiß von der Stirn wischte, sagte: »Ava min pir kel e!« (Redewendung wie: Mir ist so heiß, mir läuft der Schweiß!) Von diesem Tag an ging ich von Haus zu Haus und sammelte Eis für sie. Durch das tägliche Tragen von dutzenden Säcken mit Eis erkältete ich mich mitten im Sommer. Jeden Abend kam ich klitschnass nach Hause. Einmal gab mir ein Peşmerga eine Cassette von Şivan. Darauf hörte ich das Lied »Kela kela germa havinê«. Mir kommt das Lied immer noch wie eine Klage aus dem Feuer vor. Sowohl dieses als auch das Lied »Fermane« hatte bei mir unbeschreibliche Gefühle geweckt. Als ich sie hörte, war es, als ob es eigentlich alles gäbe, aber es fehlte eine wichtige Sache, die ich nicht benennen konnte. Das war ein Gefühl, das sich in meinem Leben widerspiegelte. Die Magie der Kunst und Musik und das tägliche Sammeln von Eis für die Peşmerge, um sie, wenn auch nur ein bisschen, zu erfrischen, war für mich der Anfang.

**Im ersten Band von »Die Zeit der Brombeeren« geht es um die Suche eines verwundeten Guerillas. Worum geht es im zweiten Band?**

Der zweite Band ist eine Fortsetzung und beide zusammen sind eine Einheit. Im zweiten Band stehen jedoch mehr die Details zum Ort im Vordergrund. Das Andauern der Suche nach Freiheit, die Möglichkeiten des Widerstands wie die Berge, Flüsse, Wälder, Wurzeln und im Zusammenhang damit Widerstandsphilosophie, Hevaltî (Genoss*innenschaftlichkeit), Verstehen, Geistiges, der Marsch und Widersprüche des Menschen … Also anders ausgedrückt sind die Berge und die Dialektik der Freiheit ein ganzes Stück in den Vordergrund gerückt.

**Wie nehmen Sie das Verhältnis von Literatur und Freiheit wahr?**

Freiheit ist die positive Harmonie von an Bewusstsein gelangter Natur; an Bewusstsein zu gelangen hängt hingegen mit flexibler Intelligenz zusammen. Wenn Freiheit die Flexibilität der menschlichen Intelligenz ist, dann ist Literatur die Kunst, diese Intelligenz darzustellen und voranzubringen. Das Schreiben zeigt die Grenzen dieser Kunst auf. Wenn eine neue Freiheitskultur zum System gemacht wird, dann macht die Literatur die Ideologie sichtbar. Texte, die das Freiheitsbewusstsein des Menschen nicht entwickeln, ihm keine neuen Freiheitsmöglichkeiten bieten, versklaven den Menschen. Obwohl Literatur beim Menschen eigentlich einen neuen Geist, ein neues Empfinden und neue Gefühle aufbauen sollte. Und genau das fällt dann mit der Freiheit des Menschen zusammen. Die Revolution bedeutet, zur verdeckten Natur des Menschen zu gelangen, diese Natur an die aktuellen Bedingungen anzupassen. Literarische Texte hingegen erzählen, wie diese Revolution gemacht wird, indem sie alle widersprüchlichen Aspekte beleben. Wenn es keine Literatur gibt, wie soll die Ästhetisierung der Energie, die das Chaos in die Ordnung bringt, dargestellt werden? Die Literatur ästhetisiert das Freiheitsbewusstsein. Sie bringt die Energie des Menschen in die schönsten Formen.

### Welche Funktion sollte die Literatur in der Revolution haben?

Die Revolution ist die Kunst der Verbesserung der Fehler des Lebens. Die Verbesserung der Fehler spiegelt sich bei jede*r/m als Freiheit wider. Aus diesem Grund zeigt die Literatur das Wahre und die Wahrheit mit ihrem Herzen. Die Kraft der Mythologie ist bekannt: Vom Gilgamesch-Epos, dem Epitaph, Avesta und allen heiligen Büchern bis zu vielen Texten, die die Gegenwart beeinflussen, erzählt Literatur im Wesentlichen von gesellschaftlichen Revolutionen. Dies ist auch eine Revolution. Die Bibel hat die Revolution der christlichen Welt und der Koran diejenige der muslimischen Welt behandelt. Die Literatur zeigt aufgrund ihres Wesens und ihrer Funktion den gesellschaftlichen Wandel bei den Individuen auf. Revolution bedeutet sowieso gesellschaftlichen Wandel. Diese enge Beziehung zwischen Literatur und Revolution ist äußerst bedeutungsvoll. Was war die Gesellschaft zuvor, wie ist sie jetzt, was wurde getan und was muss noch gemacht werden? Um diese Fragen herum wird dem Zeitgeist entsprechend eine Sprache geschaffen und die Revolution erzählt. Hätte es Literatur nicht gegeben, hätten Revolutionen nicht mit dieser Qualität angedauert und viele Details wären vergessen worden. Denn Literatur hält den Geist und das Gedächtnis der Gesellschaft am Leben, frischt sie je nach Bedürfnis auf und produziert auch. Die Literatur ist das Auge der Zeit, das die Revolution aktualisiert: Sie verwandelt die Zeit in Lebendigkeit. Bereits die ersten literarischen Bruchstücke suchten die Unsterblichkeit. Die Unsterblichkeit der Literatur rührt aus diesem Umstand her. Die Literatur ist das Lebenselixier der Revolution.

### Was müssen wir unter Berg- und Gefängnisliteratur verstehen?

Literatur hat etwas mit der mentalen Welt des Menschen und dessen Gefühlen zu tun. Literatur bedeutet gleichzeitig auch Geist. Das Geistige, dessen man beim Marsch in Richtung Freiheit bedarf, wird mit Literatur geschaffen. Also ist Literatur Geistiges. In diesem Sinne ist es unzureichend, Literatur nach dem Herstellungsort zu benennen. Literatur kann nicht einzig nach ihrem Ort benannt werden, auch wer in der Wüste schreibt, kann über die arktische Kälte berichten. Literatur wird in der Seele gelebt, daher kann der Mensch frei schreiben. Die Literatur ihrem Geist und Wesen nach zu benennen, wäre sinnvoller. Es ist ein Fehler, Definitionen an dem Ort, an dem ein*e Autor*in zu leben gezwungen ist, festzumachen. Richtiger wäre es, sie statt nach der Produktionsstätte dem Wesen des Erzählten entsprechend zu benennen. Was in den Bergen und Gefängnissen geschrieben wird, umfasst alle Bereiche der Literatur, die Freiheit und den Widerstand, den Geist der Mutterkultur, die ersten Gefühle der Menschheit und Geschichten über die Menschen und die Wahrheit im Allgemeinen.

### Sie kennen die Literatur, die sich in den Bergen und Gefängnissen entwickelt. Was denken Sie über ihre Ähnlichkeiten und Unterschiede?

Dass unser Weg in die Berge und Gefängnisse führt, hängt mit unserer Suche nach Freiheit zusammen. Beide stehen sich diametral gegenüber; Beton und Erde, Grau und Grün … Obwohl es zwei komplett unterschiedliche Orte sind, haben sie im Hinblick darauf, Möglichkeiten für die Literatur zu bieten, mehr gemeinsame Aspekte. Berge und Gefängnisse sind beides Orte des Widerstandes und der Auferstehung. Es sind unvermeidliche Haltestellen auf dem Weg zur Freiheit. Beide Orte sind schwer und hart, aber für diejenigen, deren Wahrnehmung von Wahrheit stark ist, ist es ein perfekter Ort zum Produzieren. Ich denke, es sind zwei sehr produktive Orte. Denn an beiden gibt es durch das Alleinsein ein inneres Reisen. Literatur beginnt sowieso mit Träumen und inneren Reisen. Das Gefängnis erhellt die räumliche Enge mit dem universellen Potential der Seele. Die Berge lassen eine*n mit der Weite das Gefühl der Unendlichkeit leben. Beide Orte geben dem Menschen Inspiration und können außerordentliche Details zum Leben erwecken. Sie bieten Stoff für Literatur. Berge und Gefängnisse werden zu Werkstoffen. Doch es braucht auch das Wissen zu schreiben, das Lernen und das viele Lesen. Literatur beginnt mit der Analysierung der Gesellschaft und des

Universums, mit uns selbst. Diese beiden Orte bieten unbegrenzte Möglichkeiten, uns selbst zu analysieren, zu verstehen, uns selbst kennen zu lernen. Ich denke, dass die Berge und Gefängnisse für diejenigen, die geistig bereit sind, eine positive Grundlage bieten.

### Die gegenwärtige Macht wirft jede*n ins Gefängnis. Kann das Denken und Produzieren verhindert werden? Können wir die Gefängnisse als Orte erobern, in denen das Denken frei produziert wird?

Die Herrschenden haben Angst vor denkenden Menschen: aber nicht vor jede*m/r Denkenden, sondern den revolutionär Denkenden. Denn ihr Niedergang kommt mit dem Aufstieg des Denkens. Sie werfen auch schon diejenigen ins Gefängnis, die sich nur mit den Denkenden solidarisieren. Wir befinden uns in einer Zeit, in der das Denken als das Minderwertige eingestuft wird. Wer die Lügen lobt, wird gepriesen, wer die Wahrheit aufzeigt, wird ins Gefängnis geworfen. Das ist die zentrale Besonderheit von Phasen des Zerfalls. Es ist nervtötend, aber gleichzeitig erfreulich. Systeme, die einen mentalen ideologischen Niedergang erleben und im Sterbebett liegen, mögen keine denkenden Menschen, sondern die Gehorsamen. Sie können aufgrund ihres geistigen Elends selbst keine Ideen produzieren. Lügen, Demagogie und Heldentaten werden geschaffen; aber die richtig Denkenden können sie niemals besiegen, auch wenn sie diese Menschen zu beseitigen suchen. Doch auch das wird nicht den gewünschten Erfolg bringen. In diesem Sinne sind Gefängnisse auf gedanklicher Ebene Orte ohne irgendein Hindernis. Es sind Orte, an denen die mutigsten Ideen in Richtung Freiheit produziert werden. Im Endeffekt sagen sie zu uns Inhaftierten: »Wir haben Angst vor euren Gedanken.«

### Warum werden Ihre Bücher verboten und zensiert? Wie bewerten Sie das?

Wir erleben die destruktivste Phase des Krieges, in der Friedhöfe bombardiert und Menschen lebendig verbrannt werden. Und wer weiß, vielleicht steht noch Schlimmeres vor der Tür. In dieser Zeit wurden auch dutzende Bücher verboten und zensiert. Das Verbot meiner Bücher ist nur ein Detail. Wir sind mit einer Mentalität konfrontiert, die alles verbietet, was den Herrschenden gegenüber nicht loyal ist. Es ist eine elende Mentalität, denn Bücher sind der Speicher der geistigen Kultur. Wer in der Geschichte versuchte, diesen Speicher zu verbieten, wurde verdammt. Die gegenwärtige Macht hat nicht ohne Grund gesagt: »Bücher sind gefährlicher als eine Atombombe.« Wenn Herrschaften im Zerfall begriffen sind, entfesseln sie aufgrund ihrer Angst vor dem Niedergang allgemeinen Terror. Um ihren Niedergang zu verhindern oder zumindest zu verzögern, unternehmen sie alles Mögliche. Eine Mentalität, die Bücher verbietet, ist ideologisch besiegt. Denn eigentlich wird die Welt durch die Autorität einiger Geschichten gelenkt. Die Fähigkeit der Mythologie und des metaphysischen Geistes, gesellschaftliche Systeme hervorzurufen, lebt in den verschiedenen Bereichen der Literatur fort. Der beste Weg, den Niedergang zu verhindern, wäre es, die ideologische Produktion zu verbieten, die das Neue aufbaut.

### Wie sehen Sie die Beziehung zwischen dem Dasein als Revolutionär*in und der Schriftstellerei?

Die Hauptaufgabe von Revolutionär*innen ist es, Revolution zu machen. Schreiben ist hierbei einer der wirksamsten Wege der Revolution. Aber der/die Revolutionär*in schreibt nicht, um eine Identität als Autor*in zu erwerben, sondern um wirksamer kämpfen zu können. Ein*e revolutionäre*r Autor*in reißt die Zikkurate (Tempel) in den Köpfen nieder, bricht die vorherrschende männliche Intelligenz und baut das Freiheitsbewusstsein auf. Es gibt enge Bindungen zwischen der Schriftstellerei und dem Dasein als Revolutionär*in. Wenn die Zeit da ist, nutzt der Mensch auch den Stift, so wie er seine Saz (Musikinstrument) oder seine Stimme nutzt. Wenn beides gut miteinander in Beziehung gesetzt wird, bringt Schreiben einen Moment hervor, der der revolutionären Phase Seele und Geist hinzufügt.

### Wird es eine Fortsetzung von »Die Zeit der Brombeeren« geben?

Es gibt eine Fortsetzung, wenn ich die Möglichkeit habe, sie zu schreiben … ♦




Den Gefangenen eine Stimme geben: Nimm Du auch eine Adresse, schreib auch Du einen Brief!

Bräuche und Sitten in Kurdistan

# Der Duft der Nelkenkette

Devriş Çimen, Journalist, Silêmanî

Der Geruch der Gewürznelke belebt den Geist, wirkt gegen Vergesslichkeit und bringt Erleichterung. Mit ihm sind aber auch verschiedene Geschichten und Traditionen verbunden. In Europa kennt man sie hauptsächlich zum Würzen von Saucen, Fleischgerichten oder Lebkuchen. Sie wirkt antibakteriell und wie ein Lokalanästhetikum betäubt sie den Schmerz, so dass viele sie gegen Zahnschmerzen benutzen.

In Kurdistan aber wird aus Gewürznelken die Milvankêy Mîxik, eine Halskette, hergestellt. Vor allem in Rojhilat (Ostkurdistan/Westiran) und Başûr (Südkurdistan/Nordirak) wurde diese Kette in Zeiten, in denen es weder Parfüm noch andere Düfte gab, genutzt, um gut zu riechen. Getragen wurde sie aber insbesondere auch von jungen oder stillenden Frauen.

Diese Kette, die in Başûr auch heute noch am Straßenrand von Kindern oder am Rande der Märkte von alten Menschen verkauft wird, ist nicht nur eine Halskette oder modisches Accessoire. Es handelt sich um eine alte Tradition, die bis heute in den Dörfern u. a. die Hauswände schmückt.

In mühsamer Arbeit aus Gewürznelken und bunten Perlen hergestellt, verströmt die Kette stets einen beruhigenden Duft in die Umgebung. So auch im kurdischen Silêmanî (Sulaimaniyya) in Başûr, wo eine Frauengruppe ihre Handarbeiten ausstellt, unter anderem die Nelkenkette. Bis zu vier Stunden benötigt die 32-jährige kurdische Nijo Mustafa, um eine solche Kette herzustellen. Sie stellt sie nicht nur aus, sondern verkauft sie auch. Bis zu 10 000 Irakische Dinar (ca. 8 Euro) kostet eine Kette. Nijos Arbeiten genießen großes Interesse. »Es kommen immer mehr Käuferinnen«, sagt sie. Manchmal verkauft sie bis zu zehn Stück am Ausstellungstag. Nijo Mustafa kennt die Geschichte der Nelkenkette allerdings nur als gut riechende Kette.

Doch es ist bekannt, dass vor allem in den Dörfern Bräute und junge Frauen zu Festtagen oder Hochzeiten eine solche Kette tragen. Feierlichkeiten, bei denen auch der traditionelle kurdische Gowend getanzt wird. Gowend wird, Hand in


Devriş Çimen

Hand, als Kreis getanzt und beansprucht viel Körperbewegung, dies erzeugt Körperwärme und Schweiß. Die Kette verströmt dann ihren Geruch noch stärker und duftet intensiver als zuvor. Da die Nelken in Verbindung mit Nässe intensiver riechen.

### Eine Duftattrappe!

Aber besonders in Rojhilat wird mit der Kette, die hier häufig von jungen Müttern getragen wird, eine weniger bekannte Tradition gelebt, die mit der Mutter-Kind-Beziehung zusammenhängt. Der Säugling gewöhnt sich an den mütterlichen Duft. Wenn er schläft, legt die Mutter ihre Kette neben ihn. Das Baby wähnt die Mutter in seiner Nähe und schläft so ruhiger. Der Geruch der Nelkenkette wird daher auch als »Mutterduft« bezeichnet.

Siyamend Muini (56) aus Mahabad berichtet, dass diese Tradition im Gebiet Mukriyan in Rojhilat noch weit verbreitet sei, und fügt hinzu: »Sie begegnen dieser Tradition an vielen Orten in Kurdistan, vor allem in den Dörfern, weniger in den Städten.« Die aus Silêmanî stammende 72-jährige Sare Sengawi erzählt, dass ihr die Kette geholfen habe, um ihre Kinder in den Schlaf zu bekommen. Sie berichtet außerdem: »Früher gab es kein Parfüm. Die Nelkenkette war eine Pracht für die tragende Person, mit der sie sich von den anderen abhob. Leider wird diese Tradition nicht mehr so intensiv gelebt.«

Um viele Bräuche und Sitten, die in Kurdistan zur Normalität geworden sind, kreisen interessante und lehrreiche Geschichten wie die der Milvankêy Mîxik. Außer von den Menschen in Rojhilat und Başur wird diese Tradition auch von den in Anatolien lebenden Turkmenen gelebt und hoffentlich auch in den urbanen Regionen wieder lebendig werden. ♦

nur online

Positive Entscheidungen belgischer und französischer Gerichte zu kurdischen Exilstrukturen in Europa

# Die PKK ist keine terroristische Organisation

Elmar Millich, AZADÎ e. V.

**Während sich in Deutschland die Gerichtsverfahren gegen kurdische Aktivisten wegen des Vorwurfs der »Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung« (§129b) zu traurigen Routineveranstaltungen entwickeln, fällten Gerichte in benachbarten europäischen Ländern positive Urteile.**

Anfang November hat das zuständige Brüsseler Gericht entschieden, das Hauptverfahren wegen Terrorismusvorwurfs gegen die kurdischen Exilpolitiker Remzi Kartal, Adem Uzun und Zübeyir Aydar nicht zu eröffnen und das Verfahren einzustellen. Am 4. Marz 2010 waren in Brüssel in einer großangelegten Polizeirazzia die Büros des Nationalkongresses Kurdistan, der Auslandsvertretung der seinerzeit noch nicht verbotenen prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP), die Studios des damaligen kurdischen Fernsehsenders ROJ TV sowie Dutzende Privatwohnungen durchsucht worden. Im Zuge dieser Aktion wurden über ein Dutzend Personen festgenommen und teilweise inhaftiert. Zu ihnen gehörten der KONGRA-GEL-Vorsitzende Remzi Kartal und dessen Vorgänger Zübeyir Aydar. Die belgische Föderalstaatsanwaltschaft leitete Ermittlungsverfahren gegen über dreißig Personen ein mit dem Ziel, sie vor Gericht zu stellen und anzuklagen. Diese Absicht hat das Gericht mit seiner jetzigen Entscheidung vereitelt. Begründet wurde sie u. a. mit dem fortgesetzten Krieg des türkischen Staates gegen die Kurden. Gemäß Artikel 114 des belgischen Strafrechts sei der Widerstand seitens der kurdischen Bewegung als ein bewaffneter Konflikt im Sinne des Völkerrechts anzusehen und die Antiterror-Gesetze seien deshalb nicht anwendbar. Neben der Genfer Konvention bezog das Gericht auch das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofes in die Entscheidung mit ein, das sich mit langandauernden militärischen Konflikten zwischen staatlichen Strukturen und bewaffneten Gruppen befasst.

Diese Einschätzung des belgischen Gerichts ist deshalb bemerkenswert, weil in Deutschland diese von den Verteidigern in den oben erwähnten deutschen §129b-Verfahren vorgebrachte Einschätzung ausdrücklich und höchstinstanzlich verneint wurde. Interessanterweise bezeichnet das belgische Gericht die Listung der PKK auf der EU-Terrorliste als nicht ausreichend für die Einstufung der PKK als terroristische Organisation, da die Erstellung dieser Liste von geopolitischen Interessen geleitet sei. Im Falle des ehemaligen kurdischen Fernsehsender ROJ TV gab das Gericht der Meinungs- und Pressefreiheit Vorrang und widersprach der Anklage, der Sender würde terroristische Anschläge propagieren. Allerdings hat die Staatsanwaltschaft gegen die Entscheidung Berufung eingelegt, so dass sich eine weitere Instanz damit befassen wird.

Gemäss Artikel 114 des belgischen Strafrechts sei der Widerstand seitens der kurdischen Bewegung als ein bewaffneter Konflikt im Sinne des Völkerrechts anzusehen und die Antiterror-Gesetze seien deshalb nicht anwendbar.

Ein positives Urteil in Richtung Medienfreiheit gab es auch in Frankreich. Laut einer am 15. November bekanntgewordenen Entscheidung des Handelsgerichts in Paris ist der Satellitenbetreiber EUTELSAT verpflichtet, die Ausstrahlung der kurdischen Fernsehsender Newroz TV und MedNûçe TV

wieder aufzunehmen. Die Unterbrechung hatte EUTELSAT auf Druck der türkischen Behörden vorgenommen, womit das Unternehmen dem Urteil zufolge gegen das Gesetz verstoßen habe. Eine Entscheidung über die Ausstrahlung von TV-Sendern in Europa obliege den lokalen Aufsichtsbehörden, in diesem Fall der belgischen. Beweise für die Vorwürfe aus der Türkei, die Sender betrieben »Terrorismuspropaganda«, hat das Gericht nicht finden können. Sollte EUTELSAT das Urteil nicht umsetzen, droht dem Unternehmen eine Strafe von 10 000 EUR täglich. Der Anwalt von MedNûçe TV sprach von einem großen Sieg im Sinne der Pressefreiheit.



ANF

Doch der Satellitenbetreiber weigert sich bislang, das Urteil umzusetzen.

Nach dem Urteil setzten sich die Vertreter der zwei Sender mit EUTELSAT in Verbindung, um nach Wegen für eine schnellstmögliche Wiederaufnahme der Ausstrahlung zu suchen. Doch die Unternehmensführung und die Anwälte von EUTELSAT versuchen seitdem, diese Bemühungen ins Leere laufen zu lassen und die Ausstrahlung der Sender mit scheinheiligen Begründungen weiterhin zu behindern. So wurden die bisherigen Vereinbarungen der beiden Sender mit EUTELSAT vom Unternehmen einseitig für ungültig erklärt. EUTELSAT forderte außerdem für die Wiederaufnahme der Ausstrahlung die beiden Sender dazu auf, ihren Uplink (Datenfluss zum Satelliten) von Frankreich aus vorzunehmen. Nachdem mit großem technischem Aufwand auch dieser Aufforderung von EUTELSAT nachgekommen wurde, hat der Satellitenbetreiber den beiden Fernsehsendern eine neue Vereinbarung zur Unterzeichnung zukommen lassen, in der EUTELSAT das Recht eingeräumt werden soll, jederzeit die Ausstrahlung der Sender einseitig beenden zu können, ohne dass den Sendern rechtliche Schritte dagegen ermöglicht werden.

In einer gemeinsamen Erklärung machten die Verantwortlichen von MedNûçe TV und Newroz TV klar, dass sie das rechtswidrige Vorgehen von EUTELSAT nicht akzeptieren werden. Die Verantwortlichen erklärten außerdem, dass die Haltung EUTELSATs, die dem Urteil des französischen Gerichts zuwiderläuft, aus den offenen und verdeckten ökonomischen Vereinbarungen mit der Türkei resultiere *[s. KR 188]*. Ein Ergebnis dieser Vereinbarungen soll ein Milliardenbetrag sein, für den EUTELSAT erst am 5. Dezember den türkischen Satelliten Göktürk-1 über eine Trägerrakete ins Weltall brachte. ♦

nur online

Fidel Castro und die lebende Revolution

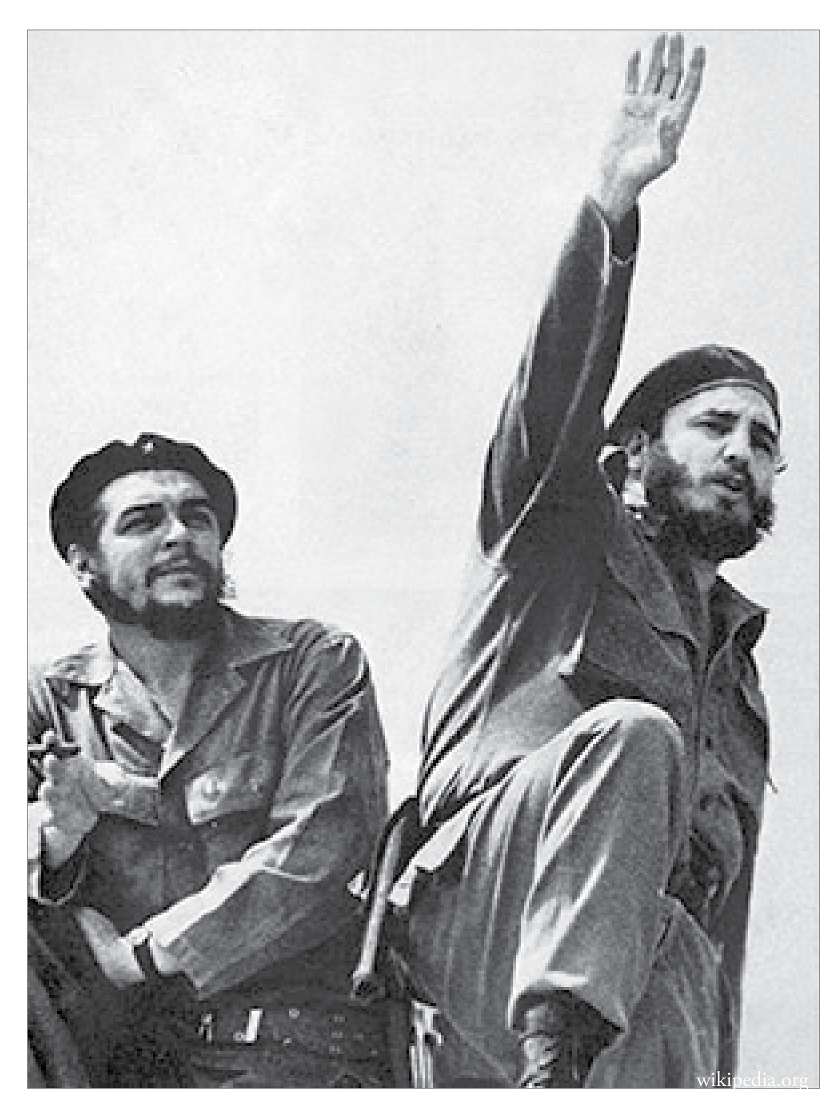
# Revolutionäre sterben, die Revolutionen leben

Duran Kalkan, Gründungskader und Mitglied des Zentralkomitees der PKK

Der Anführer der kubanischen Revolution, Fidel Castro, einer der siegreichen großen Revolutionäre des 20. Jahrhunderts, hat im Alter von 90 Jahren sein Leben verloren. Wir gedenken seiner mit Respekt und teilen den Schmerz des kubanischen Volkes. Eine der meistgebrauchten Losungen der Revolutionäre des 20. Jahrhunderts besagte: »Revolutionäre sterben, die Revolutionen leben.« Fidel Castro sagte in seiner letzten Kongressrede: »Ideale müssen leben und in ihrem Sinne müssen wir den Kampf weiterführen.« Wir glauben daran und hoffen, dass die kubanische Revolution und die Revolutionen in allen Sphären der Welt immer leben werden!

Ohne Zweifel verfügte die kubanische Revolution, die einen vielfältigen Teil der Revolutionen im 20. Jahrhundert darstellte, über eine eigene Linie. Diese von Fidel Castro und Che Guevara vertretene Linie gewährleistete, so wie sie einen großen Einfluss auf die Entstehung der Jugendrevolution von 1968 hatte, auch das Weiterleben der kubanischen Revolution trotz des Zerfalls des Realsozialismus. Insbesondere die von Che Guevara vertretene Prinzipientreue, das fortwährende Streben und der Ansatz der kontinuierlichen Revolution ebnete neuen Revolutionen weltweit, insbesondere in Lateinamerika, den Weg.

Ehrlich gesagt war das Revolutionäre Fidel Castros und Che Guevaras ein Geist, Moral, Mut und Opferbereitschaft. Ihre revolutionäre Würde, die alle gesellschaftlichen Kreise, vor allem die Jugend beeinflusste, beeindruckte selbst die Gegner. Aus diesen Gründen wurde ihr Einfluss auf die revolutionären Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dominant. Die kubanische Revolution hat gegen die engen politischen Ansätze des Realsozialismus immer die Prinzipien des Sozialismus verteidigt und zu vertreten versucht. Auch waren ihre Beharrlichkeit und ihre Beiträge zur Entwicklung der Guerilla von Bedeutung. Auf dieser Grundlage standen ihre Beiträge zur Entwicklung der revolutionären Jugendbewegungen von 1968 und die Suche nach einem neuen Sozialismus an erster Stelle.

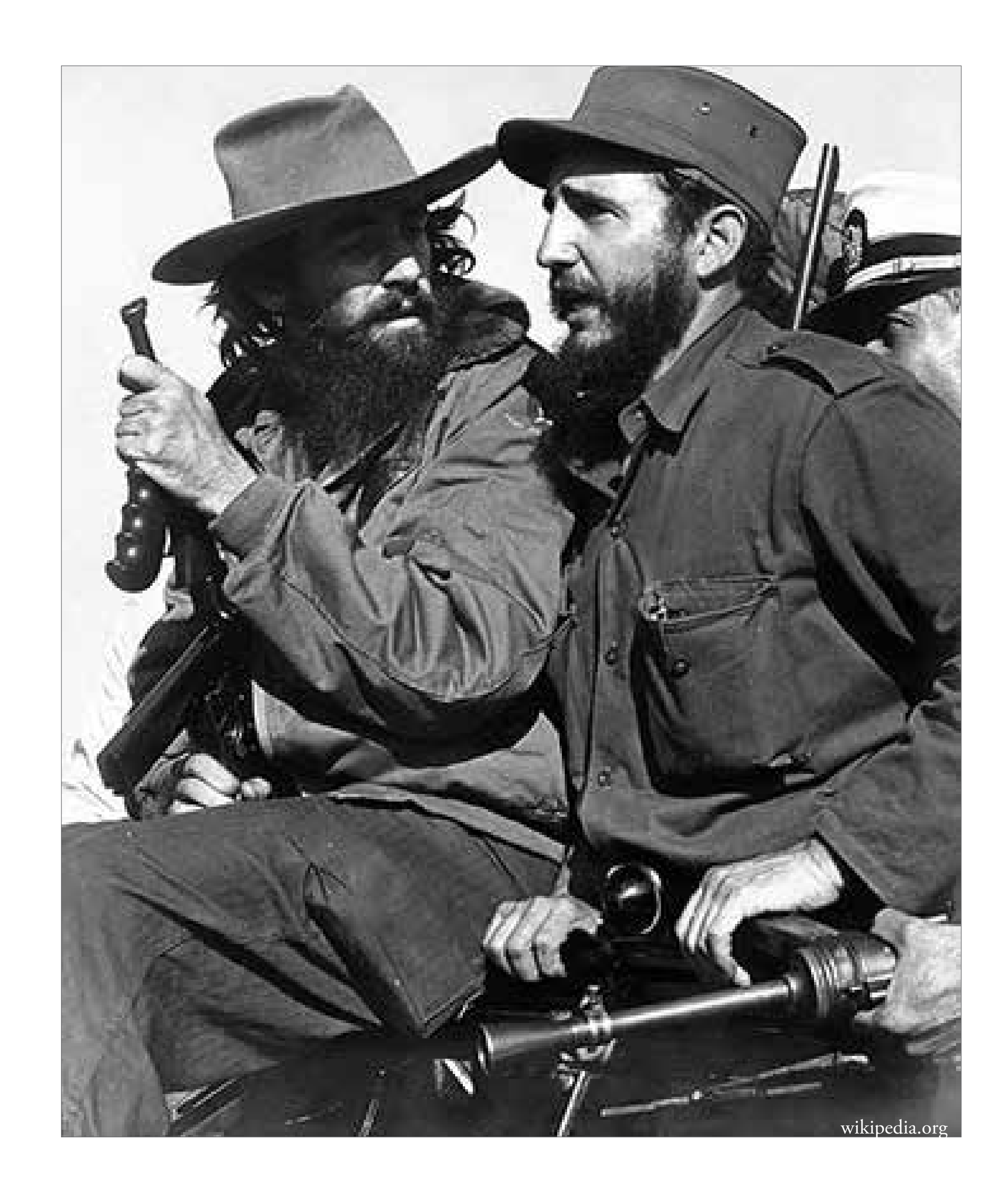

wikipedia.org

Zweifellos hatten die kubanische Revolution und die kubanischen Revolutionäre auch erheblichen Einfluss auf die Entwicklungen der Freiheitsrevolution Kurdistans. Auch wenn sich zwischen ihnen auf politischer und organisatorischer Ebene keine sehr ernsthafte Beziehung und Solidarität entwickelten, kann in vielerlei Hinsicht von zwei parallelen revolutionären Entwicklungen gesprochen werden. Der Sieg der kubanischen Revolution, ihr Mut und ihre Opferbereitschaft, die Beharrlichkeit und Kreativität in der Guerilla und besonders das Streben nach einem Sozialismus auf der Basis von Prinzipien waren für die Revolution in Kurdistan immer eine Inspirationsquelle.

In den 1990er Jahren, in denen der Realsozialismus seinen Niedergang erlebte, leistete die kubanische Revolution für das Leben und die Entwicklung des Sozialismus sehr wichtige theoretische und praktische Beiträge. Gegen jede Art von Hoffnungslosigkeit und Pessimismus versuchte die Avantgarde Fidel Castros kontinuierlich, Hoffnung und Entschlossenheit zu sein. Die Revolutionäre Kurdistans schöpften in dieser Phase viel Kraft aus der Haltung der kubanischen Revolutionäre. Im Grunde haben sich die Ähnlichkeit und Geschwisterlichkeit der kubanischen und der kurdischen Revolution in dieser Phase noch weiter entwickelt.

Die beiden Leitfiguren, die am stärksten gegen die psychologische Kriegsführung des Liberalismus der kapitalistischen Moderne mit seinen tausenden Gesichtern – nach dem Motto »Die Epoche der Revolutionen ist vorbei« – ankämpften, waren Fidel Castro und die kurdische Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan. Mit ihren entwickelten theoretischen und ideologischen Analysen und ihrer permanenten revolutionären Praxis stampften sie diese liberalen Seiten in den Boden. Somit haben sie die immer lebende Realität der Revolution hervorgebracht.

An dieser Stelle können wir als Fazit ziehen: Fidel Castro wird so wie in der kubanischen Revolution auch immer in der kurdischen Revolution leben. Die Revolution Kurdistans wird immer gegen jede Art von liberalem Individualismus auf der Linie gesellschaftlicher Freiheit, der Gleichheit basierend auf Vielfalt und auf der Linie des Teilens und der Geschwisterlichkeit die Ideale Fidel Castros leben lassen. Und sie wird dies im Mittleren Osten tun, wo ein neuer Weltkrieg ausgetragen wird, und im Kampf gegen den AKP-IS-Faschismus. ♦


wikipedia.org

nur online

Ein Kommentar zum 39. Jahr des Bestehens der PKK

# Die ins 39. Jahr eintretende PKK verfügt über eine unbesiegbare Linie

Mustafa Karasu, Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK

Am Jahrestag der Gründung der PKK möchte ich zuallererst in den Personen Haki Karer, Hayri Durmuş, Kemal Pir, Sakine Cansız, Akif Yılmaz, Ali Çiçek, Ferhat Kurtay und Mahsum Korkmaz mit Verbundenheit und Respekt all unserer Märtyrer gedenken.

Seit der offiziellen Gründung, dem ersten Kongress der PKK sind 38 Jahre vergangen. Die apoistische Gruppe entstand im Jahr 1973 mit dem Treffen am Staudamm Çubuk (in Ankara). Nicht nur die jüngere Geschichte Kurdistans, auch die der Türkei und des Mittleren Ostens ist vom Auftritt der PKK auf der Bühne der Geschichte und ihren 43-jährigen Kampf bestimmt. Die PKK bestimmt weiterhin die Entwicklungen in Kurdistan, der Türkei und im Mittleren Osten.

In einer Geographie wie dem Mittlerem Osten, wo die ersten Staaten und Ausbeuterklassen entstanden waren, die Frau zum ersten Mal versklavt worden war und sich die ersten Ausbeuterherrschaften realisiert hatten, trat die PKK als umfassendste historische Tendenz zur Freiheit auf die Bühne der Geschichte. So wie hier die ersten Staaten, die ersten Ausbeuterklassen, die erste Unterdrückung der Frau und die erste Kolonialisierung aufgetreten waren, so realisierten sich hier auch die erste und längste Gesellschaftlichkeit, das systematisierteste Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung, die Gesellschaftlichkeit mit der Dominanz der Frau und die ersten Widerstände gegen die Kolonialherrschaft. Der Apoismus und der Schritt der PKK auf die Bühne der Geschichte entwickelten sich aus der Gesellschaftlichkeit, die von der Frau geprägt wurde, sowie gegen Unterdrückung und Kolonialismus, es sind die Wurzeln des Widerstands, den die Völker seit dem Anfang der Geschichte gegen Kolonialherrschaft führen. In den historischen Wurzeln der PKK sind die gesellschaftlichen Werte der ersten Sklavenaufstände der Mazdakiten, Churramiten, Qarmaten, Ismailiten, der Babai und aller Glaubensrichtungen und Religionen wie Recht, Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Unabhängigkeit enthalten. Die PKK ist auf die Bühne der Geschichte getreten über die Konkretisierung der moralischen, ethischen und gesellschaftlichen Werte all dieser gesellschaftlichen Bewegungen in sich selbst. An diesem großen Durchbruch hatten die intensiv gelebte Gesellschaftlichkeit in der Geschichte Kurdistans und die dadurch geschaffenen Werte großen Anteil. Die PKK ist eine aus den Werten aller Völker und Gesellschaften des Mittleren Ostens geschaffene gesellschaftliche Freiheitstendenz. Auch wenn sie bei ihrem Erscheinen in der Geschichte ohne Zweifel von dem in den 1970ern aufsteigenden Stern, dem Realsozialismus, beeinflusst wurde und dieser sozialistischen Tendenz bedeutende Werte entnommen hat, wurde die Gesellschaftlichkeit, also der sozialistische Charakter der PKK, tatsächlich von den gesellschaftlichen und widerständischen Werten des Mittleren Ostens und den Werten des sozialistischen Widerstands der kurdischen Gesellschaft bestimmt. Sicher ist, dass der Apoismus und die PKK eine revolutionäre Bewegung sind, die aus allen im Mittleren Osten existierenden gesellschaftlichen Werten hervorgegangen ist. Gegen die Fülle der despotischen Tradition im Mittleren Osten ist sie, gestützt auf die Kraft der gelebten Gesellschaftlichkeit in diesem Umfeld, zur Vertreterin der Freiheitssehnsüchte der Völker des Mittleren Ostens geworden, die diese seit Anbeginn der Geschichte hegen. Konkreter, die PKK ist die Vertreterin der Sehnsucht nach Freiheit, Demokratie und Sozialismus eines Volkes geworden, das historisch mit Unterdrückung und Besatzung konfrontiert ist und in den 1970ern mit einem Genozid ausradiert werden sollte.

## Idee, Ideologie und Glaube

In der Geschichte des Mittleren Ostens hat es immer Völker und Bewegungen gegeben, die sich mit ihren Werten des Rechts, der Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit gegen den Despotismus und die Tyrannei erhoben und kämpften. Doch die PKK demonstriert seit ihrem Erscheinen, dass sie ganz anders ist. Insbesondere die Persönlichkeit, die Verhaltensweise und die Art des Anführers Apo haben das Ausmaß der Andersartigkeit dieser Bewegung verdeutlicht. Dass sich der volkstümliche und der revolutionäre Charakter dieser Bewegung auf höchstem Niveau vereinigen, ist bei dieser Führung erkennbar.

Diese Führung hat die Grausamkeit und Ungerechtigkeit dieser Welt und die damit einhergehende Gesellschaftlichkeit und Persönlichkeit von Anfang an abgelehnt. Sie hat sich als dazu gegensätzliche Persönlichkeit und Bewegung herausgebildet.

Bei ihrem ersten Auftreten zogen die Apoisten mit ihrer Haltung gegen den genozidalen kolonialistischen türkischen Staat die politische Aufmerksamkeit auf sich und die Gesellschaft versammelte sich in kürzester Zeit um diese Bewegung, die sie als eine andersartige, ihr nahestehende Gruppe betrachtete. Die unerwartet schnelle Entwicklung der PKK in Kurdistan vollzog sich vor allem aufgrund ihres volkstümlichen Charakters. Die Gesellschaft schaute mehr darauf, wie deren Mitglieder lebten und was sie taten, als darauf, was sie sagten. Die PKK hat vor allem wegen ihres der sozialistischen Mentalität angemessenen gesellschaftlichen Lebens gewonnen. Dieser Charakter zeigte gleichzeitig, dass eine dem Mittleren Osten entsprechende politische Bewegung entstanden war. Das Wichtigste, das die PKK bei ihrem Auftreten deutlich machte, war die Betonung der Idee, der Ideologie und des Glaubens als entscheidende Kriterien. Wenn dabei nicht gewonnen werde, gäbe es keinen Erfolg. Der Anführer Apo betonte, dass die Kurden immer einer Herrschaft unterstanden hätten, weil sie keine Vorstellungen von der historischen und politischen Situation gehabt hätten. Deshalb erläuterte er mit seinen historisch fundierten Gesellschaftsanalysen, dass es einen ideologischen Ansatz und eine Denkstruktur brauche, welche die Kurden zu einem freien und demokratischen Leben führe.




Demonstration am 28. November in Stockholm. Foto: ANF

Während der Anführer Apo die Tiefe des Denkens in Kurdistan und den entsprechenden Erfolg erörterte, stellte er fest: »Grundlegende Essenz meines theoretischen Ansatzes ist mein Verständnis von einem System außerhalb staatlicher Macht, das ich als demokratische und ökologische Gesellschaft zu entwickeln versuche. Es ist die Essenz meiner theoretischen Perspektive, nicht nur außerhalb des Machtverständnisses des kapitalistischen Systems, sondern außerhalb klassischer hierarchischer und staatlicher Mächte aller staatlichen Gesellschaften nach einer Lösung zu suchen. Ich sehe es als bedeutendste Errungenschaft meines Kampfes, dass dieser Ansatz nicht utopisch ist, sondern ein der gesellschaftlichen Realität äußerst verbundener theoretischer Ansatz. Neben der Rolle meiner persönlichen und gesellschaftlichen Grundlagen zum Erreichen dieser theoretischen Kraft ist der Hauptfaktor dafür mein Verstehen der historischen Gesellschaft innerhalb ihrer gesamten systematischen Struktur. Meinem Verständnis liegen wiederum die Besonderheiten meines erlebten Kampfes zugrunde und mein Erfolg, Verantwortung zu tragen.«

## Die Realität der Genossenschaft

Die PKK entstand nicht nur als eine Partei mit politischem Programm. Zuallererst ist sie eine Gemeinschaft geworden, die sich für ein Ziel vereint hat. Eine parteiliche Gesellschaftlichkeit, basierend auf der Realität der Genossenschaft, ist die Hauptkraft der PKK geworden. Die kurdische Führungspersönlichkeit, die die entstandene Beziehung zwischen Kadern als Beziehung von Wahrheit wertet, betrachtet das Parteibewusstsein, die Genossenschaftsbeziehung und das darauf basierende Parteileben als enorm wichtig. Deshalb sagt er: »Mit allem kann man spielen, aber ich lasse nicht zu, dass ihr mit der Partei spielt!«, und er betont den Wert, den er einer auf Organisierung der Gedanken und Wahrheit basierenden Partei beimisst. Das ist gleichzeitig die bestechendste Konkretisierung des existierenden Charakters aller gesellschaftlichen und politischen Institutionen in der Geschichte des Mittleren Ostens in der Realität der PKK geworden.

Wenn sich die PKK gegen die heftigsten faschistischen Angriffe in der Türkei behaupten konnte, beruht dies auf dieser Realität. Sonst wäre sie auch in der Phase des 12.-September-Faschismus, im schmutzigen Krieg der 1990er, in der Phase der liquidatorischen Provokation, die ihr nach dem internationalen Komplott 1998/99 aufgezwungen worden war, und angesichts des Spezialkriegs der AKP liquidiert worden. Doch nach jedem Krieg hat sie ihre Entwicklung noch gestärkter fortgesetzt. Das war immer die Kampfdialektik der PKK. Mit dem Standhalten gegen die Angriffe entstanden neue Entwicklungen und Phasen der Stärkung.

Der türkische Spezialkrieg kann so viel Propaganda über eine Schwächung der PKK verbreiten wie er will – sie ist gestärkt aus Angriffen hervorgegangen und hat eine Kraft und Wirkung erreicht, die im gesamten Mittleren Osten politischen Einfluss hat und für die kurdische Gesellschaft in allen Teilen Kurdistans zu einem freien und demokratischen Leben führen wird. Denn die PKK ist eine Partei, die nicht nur für Nordkurdistan oder die Türkei, sondern für die Probleme des gesamten Mittleren Ostens eine passende Lösung vorschlägt. Der Anführer Apo ist heute nicht nur für die kurdische Gesellschaft, sondern für alle Völker des Mittleren Ostens in der Position eines ideologischen und politischen Anführers. Denn alle gesellschaftlichen und politischen Probleme könnten mit der Linie dieser Führung gelöst werden.

## Analyse und Lösung

Zweifellos wird die PKK gegen die genozidale Politik des türkischen Staates zum Schutz der kurdischen Existenz und zur Gewährleistung des freien Lebens auch einen bewaffneten Kampf führen. Denn das ist sowohl zum Schutz der Existenz der kurdischen Gesellschaft als auch zur Verteidigung der ideologischen und politischen Organisierung notwendig, die das freie und demokratische Leben der kurdischen Gesellschaft gewährleisten wird. Solange der türkische Staat nicht von seiner genozidalen kolonialistischen Politik abrückt, wird der Guerillakampf zur Selbstverteidigung anhalten. Doch die eigentliche Kraft der PKK sind ihre Ideologie, ihr Parteileben und ihre für die Gesellschaft vorgesehenen Lösungen. Deshalb wird ihre Liquidation trotz so vieler schwerer militärischer Angriffe und so starker Unterdrückung sehr schwer werden. Denn ideologisch und organisatorisch verfügt sie über eine unbesiegbare Linie. Weil sie einen besonders rechtmäßigen Kampf führt wie den für die Freiheit der kurdischen Gesellschaft, ist ihre Chance zu siegen immer sehr groß. So hat sie aufgrund dieses Charakters bislang immer gewonnen.

Mit dem Eintritt in ihr 39. Jahr ist die PKK zu einer grundlegenden ideologischen und politischen Linie im Mittleren Osten geworden. Weder die Kräfte von außerhalb noch die regionalen Kräfte können ein Lösungsfaktor für die Probleme im Mittleren Osten werden. Jede ihrer Interventionen, der Gebrauch von noch größerer militärischer Stärke vertieft die Probleme, anstatt sie zu lösen. Die ideologische und politische Linie der PKK wird überall, wohin sie sich begibt, zu einer Hoffnung für die Gesellschaft. Wenn die PKK angesichts der schweren Angriffe auf sich ihre Existenz schützt, wird diese Hoffnung in kürzester Zeit realisiert und als ideologische und politische Linie für alle Probleme der Gesellschaft eine Lösung finden.

In jeder Phase der Geschichte waren es immer die Gesellschaften mit einer intellektuellen Dominanz, die aufstiegen und der Geschichte ihren Stempel aufdrückten. Heute sind die Kurden im Mittleren Osten mit ihren freien und demokratischen Lebensprojekten und Ideen zu einem aufsteigenden Faktor geworden. Sie werden mit ihrem freiheitlichen Demokratieansatz die aufstrebende Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sein. Denn eine mentale Kraft wie die des Anführers Apo und eine organisierte Wahrheitskraft wie die PKK werden die Kurden im Mittleren Osten zu Vorreitern der sozialistischen freiheitlichen Demokratie machen. Auch wenn die AKP-Macht mit ihren Angriffen und ihren Bündnissen mit kollaborierenden Kurden und der regionalen Reaktion den Aufstieg der PKK und der Kurden zu verhindern sucht, wird sie wie immer verlieren – die einen historischen Widerstand leistende PKK und die kurdische Gesellschaft werden gewinnen. ♦

---

**Mustafa Karasu**, Mitbegründer der Arbeiterpartei Kurdistan PKK, Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK.

nur online

Die Schlussresolution der 13. jährlichen EUTCC-Konferenz: Empfehlungen und Forderungen der Kurd*innen

# Die Verleugnungspolitik und die Forderung der Kurd*innen

**Die 13. Internationale Konferenz zu »Die EU, die Türkei, der Mittlere Osten und die Kurd*innen«, 7. & 8. Dezember 2016 im Europäischen Parlament, Brüssel**

**Die Türkei, die Kurd*innen und der Krieg im Mittleren Osten**

**Die Türkei – Demokratie suspendiert**

**ISIS und die Krise im Mittleren Osten**

Die Kurd*innen glauben, dass ihre Probleme innerhalb der Grenzen der Türkei durch Dialog und demokratische Methoden gelöst werden können. Sie wünschen, dass ihre nationale Identität in der Verfassung anerkannt wird und dass sie von den kulturellen und politischen Rechten profitieren, die durch internationale Konventionen gesichert sind. Sie verlangen auch einen politischen Status, durch den die Selbstverwaltung, wie sie in vielen demokratischen Ländern verwirklicht ist, erreicht werden kann. Der türkische Staat, der ihren Forderungen nicht gerecht werden will, hat seine 93-jährige Politik der Leugnung und Gewalt noch nicht aufgegeben, weil er nicht in der Lage ist, seine Mentalität zu verändern.

- Die Konferenz fordert die Türkei auf, die Verleugnungs- und Gewaltpolitik aufzugeben und den Kurd*innen und allen anderen ethnischen und religiösen Gruppen eine Garantie für die Anerkennung zu geben.

## Die europäische »Blacklist«

Nachdem der kurdische Führer Abdullah Öcalan entführt und am 15. Februar 1999 an die Türkei übergeben worden war, zogen sich Guerilla-Einheiten nach Südkurdistan (Nordirak) zurück, wo sie für fünf Jahre blieben.

Obwohl sie in dieser Zeit nicht eine einzige Kugel abfeuerten, konnte der türkische Staat diese historische Chance nicht nutzen. Während die EU und die USA die Türkei hätten ermutigen sollen, eine friedliche Lösung zu suchen, setzten sie Anfang 2002 die PKK auf die schwarze Liste. Dies ermutigte die Türkei, wieder zu ihrem kriegerischen Ansatz gegenüber der kurdischen Frage zurückzukehren.

Die Kurd*innen sahen diese unglückliche Entscheidung als eine historische Ungerechtigkeit, die nicht dazu beitrug, eine friedliche und politische Lösung für ihr Problem zu finden.

Das jüngste Urteil des Brüsseler Gerichtshofs (41. Kamer *[Correctional Raadkamer]* am 3. November 2016), dass der Krieg in der Türkei »... ein bewaffneter Konflikt im Sinne des internationalen humanitären Rechts« nach den Genfer Konventionen und dem Römischen Statut ist.

## Deswegen:

- Die PKK sollte als Konfliktpartei akzeptiert werden. Dies spiegelt die PKK-Realität wider und
- die PKK sollte aus der »Liste der terroristischen Organisationen« gestrichen werden. Das würde einen großen Beitrag zum Frieden leisten und den Weg für eine politische Lösung eröffnen.

## Friedensprozess

Herr Abdullah Öcalan, der seit fast 18 Jahren inhaftiert ist, aber vom Staat als »Hauptverhandlungsführer« akzeptiert worden ist, unterbreitete einen Vorschlag, der von der AKP-Regierung angenommen wurde. Von 2013 bis zum 5. April 2015 wurden Gespräche geführt, die zu zehn wegweisenden Artikeln führten. Das Ziel war es, einen Durchbruch für eine demokratische Republik in der Türkei zu erreichen. Obwohl

PKK-Vertreter*innen sich darauf vorzubereiten begannen, ließ Erdoğan am 5. April 2015 den Prozess entgleisen.

Daher fordert die EUTCC-Konferenz:

- die Unterstützung der »Kampagne Freiheit für Öcalan«, die von den großen britischen Gewerkschaften GMB und UNITE im April 2016 ins Leben gerufen wurde, und fordert die Freilassung von Herrn Öcalan als wesentliches Element für einen erfolgreichen Friedensprozess;
- die Wiederaufnahme des Friedensprozesses mit der Freilassung Herrn Öcalans, sodass er die Möglichkeit hat, ein Verhandlungsteam aufzustellen und freien Kontakt zur Freiheitsbewegung zu erhalten.

## Herr Abdullah Öcalan in konstanter Gefahr

Unsere Konferenz erhielt die Information, dass AKP-MHP-Kreise die Eliminierung Abdullah Öcalans diskutieren. In der Tat können diese Diskussionen bei verschiedenen Akteur*innen die Frage nach den Folgen dieser Aktion aufwerfen. Kommentator*innen berichteten auch, dass die Wiedereinführung der Todesstrafe, zur Lenkung der öffentlichen Meinung auf die Tagesordnung gesetzt, auch in diesen Rahmen fällt. Wir wissen nicht, wie ernst diese Absichten sind. Allerdings erhalten wir Informationen, dass dies geschieht, um das Fundament für die Eliminierung Herrn Öcalans zu legen. Jeder Angriff auf Herrn Öcalan wird sich nicht nur auf Kurd*innen und die Türkei auswirken, sondern auch Auswirkungen auf die ganze Welt haben.

- Aus diesem Grund und dieser Dringlichkeit fordern wir sofortige Sensibilität für diese Lebensbedrohung, vor allem vom kurdischen Volk, der EU, einschlägigen internationalen Organisationen und der öffentlichen Meinung, um diese gefährliche Situation abzuwehren.

## Muster der Repression und Zerstörung

Ohne ihre Pläne in Kurdistan zu verwirklichen, hat die AKP-Regierung den »Ausnahmezustand« als hervorragende Gelegenheit genutzt, die Angriffe auf die Kurd*innen zu intensivieren. Unter klarer Verletzung der Kriegsregeln hat die Regierung die kurdischen Städte Cizre, Sur, Nusaybin, Idil, Gever, Silvan und Şırnak zerstört, hunderte von Menschen massakriert und 1,5 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Darüber hinaus verbrannten sie in Cizre 103 Zivilist*innen bei lebendigem Leibe. Zusätzlich wurden die Angriffe auf kurdische legal gewählte Politiker*innen und politische Repräsentant*innen verstärkt. Zu den Verhafteten gehören die HDP-Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, die DBP-Co-Vorsitzende Sebahat Tuncel, KJA-Sprecherin Ayla Akat Ata und die Co-Bürgermeister*innen von Amed, Gültan Kışanak und Fırat Anlı. Auch viele weitere Co-Vorsitzende von Kommunen und Gemeinderäten und Zentralvorstands-, Parteivorstands- und Parteimitglieder wurden verhaftet. Daher fordert die EUTCC-Konferenz:

- die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen einschließlich der HDP-Co-Vorsitzenden;
- den Staat auf, alle Treuhänder*innen zurückzuziehen und die Co-Bürgermeister*innen und anderen Abgeordneten freizulassen.

## Säuberungen bei den Kurd*innen und der Opposition

Nach dem Putschversuch verhängte Erdoğan den Ausnahmezustand, führte Säuberungen bei jeglicher angeblichen und wirklichen Opposition durch und verwandelte die Türkei in ein riesiges Gefängnis. Wie das EP (RC8-1276/2016) festgestellt hat: »*[…]* in der Erwägung, dass diese Maßnahmen unverhältnismäßig sind und gegen die durch die türkische Verfassung geschützten Grundrechte und Freiheiten verstoßen, gegen die demokratischen Werte, auf denen die EU gegründet ist, und gegen die ICCPR; in der Erwägung, dass die Behörden zehn HDP-Abgeordnete und etwa 150 Journalist*innen (die weltweit größte Zahl) verhaftet haben; in der Erwägung, dass 2 386 Richter*innen und Staatsanwält*innen und 40 000 weitere Personen inhaftiert sind; in der Erwägung, dass 129 000 öffentliche Angestellte entweder suspendiert (66 000) oder entlassen (63 000) bleiben, von denen die meisten nicht angeklagt worden sind (S. 2)«. Zudem wurden 7 Zeitungen, 1 Zeitschrift, 1 Radiosender und 375 Vereinigungen geschlossen. Darüber hinaus wurden 34 kurdische Bürgermeister*innen verhaftet, während 57 Gemeinden in kurdischen Gebieten durch die von der Regierung ernannten Treuhänder*innen ersetzt wurden. Das Hauptziel der Türkei ist es, dass die HDP die Wahlhürde bei der bevorstehenden Wahl nicht überwindet.

Daher fordert die EUTCC-Konferenz:

- die Türkei auf, alle Angriffe auf Kurd*innen, die Opposition, Journalist*innen, Studierende und Gewerkschafter*innen einzustellen und die Verbote von NGOs, Zeitungen, Radiosendern, Zeitschriften und Fernsehsendern zurückzunehmen.

## Die EU und ihre Werte

Die Tatsache, dass Menschenrechte und Grundfreiheiten das Herzstück der EU sind, wird in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum Ausdruck gebracht. Vor allem in der Präambel werden die Werte des Friedens, der Menschenwürde und der Grundfreiheiten als wesentliche Werte der UN und der EU erwähnt. Die einfache Realität ist, dass die Türkei das alles öffentlich und unverschämt verletzt. Es gibt keinen Frieden, nur Terrorismus, und sogar Krieg wird den Kurd*innen auferlegt. Presse-, Meinungs- oder Religionsfreiheit werden verletzt, wie der UN-Sonderberichterstatter, der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Amnesty International und Human Rights Watch feststellen.

Wir fordern die Europäische Union, den Europarat und die Vereinten Nationen auf:

- die demokratischen Kräfte und das neue demokratische Gesellschaftsmodell für den Frieden im Mittleren Osten zu unterstützen;
- die demokratische Selbstverwaltung von Rojava anzuerkennen;
- die Föderation Nordsyrien anzuerkennen und zu unterstützen;
- dringende humanitäre Hilfe für die vom IS befreite Region in enger Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung in Rojava zu starten;
- unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den laufenden Staatsstreich in ihrem Mitgliedsstaat Türkei aufzuhalten;
- ihrer Besorgnis über die Entwicklungen in der Türkei mit entscheidenden und wirksamen Maßnahmen nachzugehen.

Wir fordern die Europäische Union und die europäischen Regierungen auf:

- ihren Beitrittsprozess mit der Türkei einzufrieren, bis Präsident Erdoğan anfängt, seine Angriffe auf die Demokratie, sein Vorgehen gegen bürgerliche und politische Rechte, die Schließung politischer Organisationen und die Verhaftung Hunderttausender einzustellen;
- Erdoğan völlig klarzumachen, dass seine Aussetzung der Demokratie und Unterdrückung der demokratischen politischen Opposition sofort aufhören muss;
- die Freilassung aller gewählten Politiker*innen, Abgeordneten und Bürgermeister*innen der HDP und anderer Parteien, die in der jetzigen Verhaftungswelle festgenommen worden sind, und ihre Wiedereinsetzung in ihre rechtmäßig gewählten Positionen zu fordern;
- ihren Widerspruch durch den Rückruf des Botschaftspersonals aus der Türkei zu signalisieren, um deutlich zu zeigen, dass die gegenwärtige autoritäre Politik von Erdoğan völlig inakzeptabel ist;
- alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit gewährleistet ist, dass Demokratie und bürgerliche Rechte in der Türkei völlig wiederhergestellt werden;
- den politischen Entscheidungsträger*innen der Türkei klarzumachen, dass ihr gegenwärtiger Kurs eine große Gefahr für ihr eigenes Land darstellt, indem sie es zu einem Paria-Staat machen, ihre langjährigen Bündnisse schwächen und ihren wirtschaftlichen Wohlstand beseitigen;
- die Diskussion und die Absicht der türkischen Regierung zur Wiedereinführung der Todesstrafe streng zu verurteilen;
- Dringlichkeitsdelegationen zu schicken, um die inhaftierten Abgeordneten und Bürgermeister*innen der HDP zu besuchen.

Das Europäische Parlament, 8. Dezember 2016

nur online

Die Rolle der Türkei und ihrer Verbündeten in der Syrienkrise

# Ein Fehler nach dem anderen …

Beitrag von Fehim Taştekin auf der 13. EUTCC-Konferenz

Die berechtigten Forderungen der Syrer_innen nach Veränderungen wurden in kürzester Zeit durch eine blutige Phase verdrängt. Das syrische Regime hat ohne Frage schwere Verbrechen begangen. Es ist jedoch mindestens genauso wichtig, die Rolle der Akteure genauer zu betrachten, die sich in der Gruppe der Freunde des syrischen Volkes (Group of Friends of the Syrian People) zusammengeschlossen haben. Natürlich erfolgt diese Analyse zu einem sehr späten Zeitpunkt. Das eigentliche Ziel vieler dieser Akteure war nicht die Demokratisierung des Systems. Sie beabsichtigten vielmehr, ein Land in die Knie zu zwingen, das in der globalen Ordnung eine besondere Rolle spielt. So wurden die Entwicklungen in dieser Phase, die friedlich begann, durch eine religiössektiererische Sprache und Waffen in eine grundlegend andere Richtung gelenkt. Dafür tragen die Türkei und die Verbündeten des Westens wie Saudi-Arabien und Qatar eine sehr große Verantwortung.

Viele Akteure wollten uns auf naive Weise Glauben machen, dass die vermeintlich demokratischsten Länder der Welt auf der Arabischen Halbinsel sich nun darum bemühen würden, die Demokratie auch nach Syrien zu bringen.

Zuallererst müssen wir uns Folgendes in Erinnerung rufen: Was vor dreißig Jahren in Afghanistan mit der logistischen Unterstützung Pakistans, der finanziellen Hilfe der Saudis und dem organisatorischen Beitrag der CIA erprobt worden war, wurde nun in Syrien wiederholt. Die globale Mobilmachung der dschihadistischen Kräfte in Afghanistan brachte der Welt Organisationen wie Al-Qaida, die Taliban oder die Tehrik-i-Taliban. Der einzige Unterschied in Syrien war nun, dass die Türkei und Jordanien die Rolle Pakistans übernahmen. Dem Relikt Afghanistans folgend wurden die Elemente einer neuen Generation von Dschihadist_innen auf die syrische Bühne gelenkt. In den Augen der Türkei und ihrer Freunde waren all diese Kräfte Revolutionär_innen. Die Türkei unterstützte das Revolutionsprojekt auf dem Territorium ihres Nachbarn. Bei der Organisation auf ziviler wie auch auf militärischer Ebene trat sie als Unterstützerin der Opposition auf den Plan.

Als Journalist bin ich Zeuge tausender Lügen geworden. Es gäbe sehr viel zu berichten, aber dafür fehlt an dieser Stelle leider die Zeit. Wir tun gut daran, damit zu beginnen, der Lüge, dass die Absicht der Akteure in Syrien Demokratie gewesen sei und die gemäßigten Kräfte erst später von dschihadistischen Kräften verdrängt worden seien, ein für alle Mal ein Ende zu bereiten. Die Dschihadist_innen waren von Anfang an in Syrien. Bereits während der ersten Tage des syrischen Aufstandes gibt es viele Beispiele für Akte konfessioneller Gewalt durch die Dschihadist_innen. An dieser Stelle ein Beispiel, das nur die Türkei betrifft: Am 3. Juni 2011 wurden in Dschisr asch-Schughur 123 Sicherheitskräfte getötet. Ihnen wurden Arme und Beine abgeschnitten, ihre Leichen in den Fluss Asi geworfen oder in Massengräbern verscharrt. All die Munition, die bei diesem Massaker der sogenannten Revolutionär_innen verwendet wurde, stammte aus der Türkei. Die Personen, die an diesem Massaker beteiligt waren, wurden fälschlicherweise zu Held_innen erklärt. Mit ihnen wurden in der Türkei die Gruppen »Bewegung Freier Offizier_innen« (Vorläuferin der FSA) und »Freie Syrische Armee« (FSA) aufgebaut.

Viele Akteure wollten uns auf naive Weise Glauben machen, dass die vermeintlich demokratischsten Länder der Welt auf der Arabischen Halbinsel sich nun darum bemühen würden, die Demokratie auch nach Syrien zu bringen. Diese schmutzige Einmischung hat nichts anderes bewirkt, als dass hunderte gefährliche Organisationen in der Region ihre Wurzeln schlugen, hunderttausende Menschen starben und Millionen zu Geflüchteten wurden, zusammen mit den Ursprungsstätten

der Zivilisation ganze Städte vernichtet, Industriegebiete wie das in Scheikh Nadschar geplündert und historische Stätten zerstört wurden. Diese Operationen stellen schwere Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Plünderungs- und Zerstörungsvergehen und Verbrechen im Zusammenhang mit der Unterstützung von Terrorgruppen wie Al-Qaida dar.

Davon abgesehen wurden in dieser Phase zwei Modelle erschaffen: das dunkle Modell des Islamischen Staates (IS) und das Modell der demokratischen Selbstverwaltung in Rojava. Die türkische Regierung zog es vor, den IS zu unterstützen und den unter der Leitung der Kurd_innen entstandenen Selbstverwaltungsstrukturen den Krieg zu erklären. Seit Juli 2012 führte die Türkei einen Stellvertreterkrieg sowohl gegen die Kurd_innen als auch gegen die syrische Führung. Ab Oktober 2014 konzentrierte sich ihre Feindschaft jedoch zunehmend auf die Kurd_innen. Es lässt sich nicht verhehlen, dass sich die Türkei der Unterstützung des IS schuldig gemacht hat. Die Politik der türkischen Regierung bezüglich des IS zeigt sich in vier verschiedenen Kategorien:

- Als der IS gegen die syrische Führung kämpfte, wurde er als revolutionäre Kraft betrachtet und profitierte von seinen Grenzen zur Türkei.
- Als der IS Rojava angriff, wurde er als nützliche revolutionäre Kraft betrachtet und unterstützt.
- Als der IS gegen Gruppen Krieg führte, die von der Türkei und den Golfstaaten unterstützt wurden, wurde er zu einer unerwünschten Organisation.
- Im Irak wurde der IS als Motor der sunnitischen Revolution gegen die Maliki-Regierung betrachtet. Die ISler_innen betrachtete die AKP-Führung als wütende, sunnitische Kinder.

Des Weiteren blieb die türkische Regierung sehr zurückhaltend, als der IS drei Grenzübergänge an der Grenze zur Türkei einnahm. Auch wenn die Grenzübergänge von der türkischen Regierung offiziell geschlossen wurden, duldete man dennoch, dass sie vom IS überquert wurden. Auch wenn die Telefonate der Emire des IS an den Grenzübergängen abgehört wurden, so wurde dem Nachschub an Kämpfer_innen und Gütern über die Grenze nichts entgegengesetzt. Auch wurde gegen die Organisierung des IS in verschiedenen Städten der Türkei nichts unternommen. Sogar gegen IS-Mitglieder, die in Terrorakte verwickelt waren und unter Beobachtung standen, wurde nichts gemacht.

Sobald nachgewiesen werden konnte, dass die Türkei Beziehungen zum IS pflegt, war die Regierung in Ankara gezwungen, sich der Internationalen Koalition gegen den IS anzuschließen und einige Maßnahmen zu unternehmen. Durch die Öffnung des Militärstützpunktes in Incirlik hat sich die Türkei jedoch nur halbherzig am Kampf gegen den IS beteiligt.

> Indem die Türkei Rojava den Krieg erklärte, hat sie auch die brüchige Beziehung zu ihrer kurdischen Bevölkerung vergiftet.

Indem sie den Volksverteidigungseinheiten (YPG) nicht erlaubte, den Westen des Euphrats zu überqueren, unterstützte sie den IS weiterhin dabei, entlang der türkischen Grenzen zu bleiben. Sie musste mit der Militäroperation »Euphrat-Schild« auf den Druck der USA reagieren, entweder den IS selbst zu bekämpfen oder es den »Demokratischen Kräften Syriens« (QSD) unter Führung der Kurd_innen zu ermöglichen. Bei der Operation »Euphrat-Schild« ging es um folgende vier Punkte:

- Der Anschein der Unterstützung des IS sollte widerrufen werden.
- Das kurdische Gebiet zwischen Kobanê und Afrîn sollte »gesäubert« und dadurch die Verbreitung der demokratischen Autonomie unterbunden werden. Laut Aussagen türkischer Staatsvertreter_innen sollte ein »kurdischer Korridor« verhindert werden. Hier wurde auf der Grundlage einer künstlich geschaffenen Angst eine weitere Gelegenheit genutzt, den IS zu unterstützen.
- Es ging tatsächlich darum, ein Schutzgebiet für Geflüchtete und bewaffnete Gruppen zu schaffen.
- Für die in Aleppo in Not geratenen Gruppen sollte ein Schutzraum geschaffen werden.

Die türkische Politik ist so ausgerichtet, dass es ihr lediglich darum geht, die demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava zunichtezumachen. Die Türkei hat bereits Signale ihrer Bereitschaft ausgesandt, sich auch mit Assad zu verbünden, um die Föderation Nordsyrien – Rojava zu zerstören. Diese wird mit einer derart feindlichen Politik der Türkei konfrontiert, weil sie stets an ihre Autonomie als Selbstverwaltungskantone gebunden war.

Rojava ist für die Türkei, die selbst sowohl die kurdische als auch die alevitische und christliche Minderheit nicht akzeptiert, ein provokativer Dorn im Auge. Die ganze Angelegenheit

kann wie folgt beschrieben werden: Wie soll die Situation der Kurd_innen in der Türkei aussehen, wenn die Kurd_innen in Syrien eine Autonomie aufbauen, in der das Recht auf muttersprachlichen Unterricht und die Anerkennung ihrer kulturellen Identität und ihrer grundlegenden Rechte garantiert werden? Die Kurd_innen in der Türkei werden sich nicht mit einem Status abfinden, der dem der syrischen Kurd_innen in etwas nachsteht. Diese Tatsache raubt so manchen den Schlaf.

Indem die Türkei Rojava den Krieg erklärte, hat sie auch die brüchige Beziehung zu ihrer kurdischen Bevölkerung vergiftet.

Für die Türkei hätte Rojava im Lichte geographischer, historischer und aktueller Faktoren einen wechselseitigen Effekt. Ein positiver Einfluss wäre: Wenn die Türkei mit Rojava freundschaftliche Beziehungen bzw. ein Bündnis einginge, könnte auch die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei möglich werden. Die Annäherung an Rojava hätte eine andere sein können, wenn Erdoğan die Dolmabahçe-Verhandlungen nicht abgebrochen hätte. Wenn die Türkei also mit den Kurd_innen in ihrem Land einen Frieden schließt, so würde das auch die Rojava-Realität der Türkei verändern. Umgekehrt würde die Anerkennung Rojavas durch die Türkei einen möglichen Friedensprozess für die Region deutlich vereinfachen. Hier könnte das System Rojava auch eine Inspiration sein, um das herrschende auf Homogenität beruhende Modell durch die Anerkennung der Grundrechte der ethnischen und religiösen Minderheiten zu ersetzen. Zusammenfassend können wir sagen, dass die Türkei einen Fehler nach dem anderen beging, indem sie sich selbst zum Vorbild erklärte und den Mittleren Osten dementsprechend umzugestalten versuchte. Am Ende des Tages hat sie auch innerhalb ihrer eigenen Grenzen Fehler begangen. Der Diktator, der türkische Städte bombardieren ließ und die Opposition zum Schweigen brachte, hat stürmischen Zeiten den Weg bereitet. ♦




Fehim Taştekin (2. von links) auf der 13. EUTCC-Konferenz. Foto: ANF

nur online

Rede auf der 13. EUTCC-Konferenz im Europaparlament

# ... damit der Weg zu Frieden und Demokratie sich vom bloßen Traum in Wirklichkeit verwandelt

Hatip Dicle, Kovorsitzender des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK)

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

ich grüße Sie alle im Namen des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK).

Zunächst möchte ich mit einer kurzen Vorstellung und Erläuterung unseres Kongresses und seiner Funktionen beginnen.

Der DTK ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die aus Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen, Vereinen und gewählten Vertreter*innen der Bevölkerung des türkischen Teils Kurdistans gebildet wurde. In unserem Kongress sind neben Kurd*innen auch Repräsentant*innen unterschiedlicher in Kurdistan lebender ethnischer und religiöser Gruppen vertreten. Unser Ziel ist es, die Demokratie in Kurdistan zu entwickeln, zu institutionalisieren und zu einer friedlichen, demokratischen Lösung der kurdischen Frage beizutragen. Von den 501 Delegierten wurden über 60 Prozent von der Bevölkerung direkt gewählt. 40 Prozent sind Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen bzw. unabhängige Persönlichkeiten. Ähnlich wie ein Parlament arbeitet der Kongress auf der Basis von Ausschüssen. Aktuell ist der DTK jedoch mit starker Repression und Behinderungen von Seiten des Staates konfrontiert.

Verehrte Damen und Herren!

Wie Sie wissen, wurde der türkische Nationalstaat unter dem Namen Republik Türkei in Folge des vor fast genau hundert Jahren geschlossenen Sykes-Picot-Abkommens auf einem Teil des osmanischen Territoriums gegründet. Das Gründungsparadigma dieses Staates hatte zur Folge, dass die unterschiedlichen ethnischen Gruppen, darunter vor allem die Kurd*innen, unter dem Druck der Türkisierungspolitik, der Verleugnung ihrer eigenen Identität, erzwungener Assimilation sowie wiederholter Auslöschungsprozesse ausgesetzt waren. Auch die Glaubensgemeinschaften der Alevit*innen, der Êzîd*innen und der Christ*innen wurden der gleichen Vereinheitlichungs- und Auslöschungspolitik unterworfen. Das kurdische Volk hat sich in allen seinen Schichten zwischen 1924 und 1938 in verschiedenen Teilen des türkischen Kurdistan mit bewaffneten Aufständen gegen dieses Unterdrückungskonzept gewehrt. Am Ende konnten die kurdischen Aufstände dieser Periode jedoch allesamt vom Staat mit jeweils großen Zerstörungen und Massakern niedergeschlagen werden. Aber all das änderte nichts daran, dass die kurdische Frage das beherrschende politische Thema der Türkei geblieben ist.

Der bewaffnete Kampf, der 1984 unter Führung der PKK begann, ist auf die geschilderten objektiven Bedingungen zurückzuführen. Der frühere türkische Staatspräsident Süleyman Demirel hat diese aktuelle Erhebung einmal den 29. kurdischen Aufstand genannt. Dies zeigt, wie tief das Problem gründet.

Trotz dieser Realität gibt der Staat seine in der Kurd*innenfrage 93 Jahre lang verbissen verfolgte Politik der Ablehnung und Gewalt nicht auf. Es ist ihm nie gelungen, seine Mentalität zu ändern und eine demokratische Lösung zu suchen. Es gelang ihm auch nicht, sich von einer oligarchischen in eine demokratische Republik zu vrtwandeln.

Ich will eines klar betonen: Die Kurd*innen glauben daran, dass ihre Probleme innerhalb der Grenzen der Republik Türkei, im Rahmen politischer Dialoge und auf demokratischem Wege gelöst werden könnten. Sie wollen, dass ihre nationale Identität in der Verfassung anerkannt wird und dass sie die

durch internationale Verträge geschützten Rechte auf die eigene Sprache und Kultur sowie politische und andere Rechte wahrnehmen können. Ebenso verlangen sie einen politischen Status, der es ihnen ermöglicht, eine ähnliche Selbstverwaltung zu praktizieren, wie sie in vielen anderen demokratischen Ländern bereits realisiert worden ist. Sie kämpfen für diese Hauptziele. In diesem Zusammenhang schlagen wir seit Jahren Folgendes vor: Die Türkei soll eine ähnliche administrative und politische Struktur wie Spanien, mit 20–25 autonomen Regionen, erhalten. Jede Region hätte ihr eigenes lokales Parlament und würde von ihrer eigenen Regierung verwaltet. Außer den Außenbeziehungen, der Landesverteidigung, den öffentlichen Finanzen und der allgemeinen Gerichtsbarkeit würden alle staatlichen Befugnisse auf die autonomen Regionen übertragen. In diesem System übertragener Regierungsaufgaben, könnten sich alle ethnischen und religiösen Gruppen frei organisieren. Kurzum, die Kurd*innen wollten immer eine Problemlösung auf demokratischem und friedlichem Wege, aber der Staat hat den für Lösungen nötigen politischen Willen nicht gezeigt.

Geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

ich selbst war an Gesprächen mit Regierungsdelegationen seit 1993 bis zu den letzten Gesprächen zwischen 2013 und 2015 beteiligt und gehöre damit zu den lebenden Zeug*innen für die Bemühungen der kurdischen Seite eine friedliche Lösung zu finden.

1993, während meiner ersten Beobachtungen, war ich im türkischen Parlament Abgeordneter der später vom Staat verbotenen Partei HEP für Amed (Diyarbakır). Nach Aufrufen hoher Staatsvertreter*innen, der HEP und verschiedener politischer Kreise hatte der PKK-Vorsitzende Öcalan am 17. März 1993 einen einseitigen, einmonatigen Waffenstillstand verkündet. Dieser Schritt hatte auf der kurdischen Seite und in demokratischen Kreisen große Hoffnungen und Erwartungen auf eine friedliche Lösung geweckt. Der damalige Staatspräsident Turgut Özal sandte daraufhin eine Gruppe von HEP-Abgeordneten – darunter auch mich – sowie Celal Talabanî, den Vorsitzenden der irakisch-kurdischen YNK und späteren irakischen Staatspräsidenten, mit positiven Botschaften und dem Wunsch nach einem unbegrenzten Waffenstillstand in den Libanon zu Abdullah Öcalan. Die Gespräche mit ihm liefen gut und daraufhin erklärte Öcalan in unserer Anwesenheit auf einer Pressekonferenz am 16. April 1993 den unbegrenzten Waffenstillstand. Allerdings erfuhren wir am 17. April, noch bevor wir von Damaskus aus unsere Rückreise in die Türkei angetreten hatten, dass Präsident Özal gestorben war. Der Zeitpunkt seines Todes schien verdächtig. In der Folgezeit haben seine Familie und eine Reihe politischer Kreise den Verdacht geäußert, dass Özal von einer politischen Clique innerhalb des Staatsapparates, die keine politische Lösung der kurdischen Frage wollte, ermordet wurde. Bis heute konnte die Wahrheit zu diesem Fall nicht aufgedeckt werden. Allerdings wurde die Türkei nach diesem Tod erneut in den Sog blutiger und bewaffneter Auseinandersetzungen gezogen. Wir kurdischen Abgeordneten und Delegationsmitglieder wurden danach zu langen Haftstrafen verurteilt.

Nach diesem ersten Versuch hatte der PKK-Vorsitzende Öcalan in den Jahren 1995 und 1998 erneut einseitige Waffenstillstände verkündet. Doch anders als 1993 hat der Staat diese Bemühungen ignoriert.

Nachdem Öcalan am 15. Februar 1999 in Folge eines internationalen Komplotts gefangen genommen und an die Türkei ausgeliefert worden war, hatte sich die Guerilla 5 Jahre lang nach Südkurdistan (Nordirak) zurückgezogen. Obwohl in dieser Zeit kein einziger Schuss abgegeben wurde, hat der Staat diese historische Gelegenheit nicht genutzt. In diesen 5 Jahren hätten die EU und die USA die Türkei ermutigen sollen, eine friedliche Lösung der kurdischen Frage zu finden. Stattdessen wurde die PKK leider, obwohl die Guerilla keinen einzigen Schuss abgegeben hatte, ab Anfang 2003, zuerst von den USA, dann auch von der EU, in deren »Liste der Terrororganisationen« aufgenommen. Diese Entscheidung hat die Türkei ermutigt, hinsichtlich der Kurd*innenfrage wieder zur Kriegspolitik zurückzukehren. Die Kurd*innen haben diese unglückliche Entscheidung als historisches Unrecht verstanden, das einer friedlichen und politischen Lösung des Problems in keiner Weise gedient hat. Unserer Meinung nach wäre die richtige Haltung der EU so, wie sie kürzlich ein Brüsseler Gericht eingenommen hat: Der Konflikt der Türkei mit der kurdischen Guerilla ist ein »Krieg«. Gemäß den Genfer Konventionen sollte die PKK als »Konfliktpartei« akzeptiert und deswegen auch von ihrer »Liste der Terrororganisationen« gestrichen werden. Ich glaube, dass solch eine realistische Herangehensweise sehr zu einer friedlichen und politischen Lösung beitragen würde und somit ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Demokratie und Frieden wäre.

Geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

Öcalan, der inzwischen seit fast 18 Jahren auf der Gefängnisinsel Imralı gefangen gehalten und vom Staat de facto als »Hauptverhandler« akzeptiert wurde, hatte einen Vorschlag unterbreitet, dem die AKP-Regierung zustimmte. Daraufhin fanden von Anfang 2013 bis zum 5. April 2015 Gespräche statt. Als Kovorsitzender des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft war ich in den letzten 7 Monaten dieses Zeitraums Mitglied der Imralı-Delegation. Während dieser Zeit sind wir mit Wissen des Staates, viele Male in die Qandil-Berge nach Südkurdistan gereist um die PKK-Vorsitzenden

über die Gespräche am runden Tisch auf Imralı zu informieren und ihre Meinungen dazu einzuholen. Die Gesprächsprotokolle wurden sowohl mit der staatlichen Delegation als auch mit Öcalan geteilt. Das Ergebnis all dieser Bemühungen war ein unserer Meinung nach historisches Dokument in der Form einer »Dolmabahçe-Vereinbarung« genannten Roadmap mit 10 Punkten. Das Ziel dieser Roadmap war es, die Türkei zu einem Schritt auf dem Weg hin zu einer demokratischen Republik zu bewegen. Dementsprechend sollten auf Imralı mit Vertreter*innen interessierter Gruppen mehrmonatige Verhandlungen zu jedem einzelnen Punkt stattfinden und entsprechende Vereinbarungen getroffen werden. Die notwendigen gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Schritte sollten nach einer Einigung niedergeschrieben und unterzeichnet werden. Zum Beispiel sollten Vertreter*innen der alevitischen Gemeinschaft ihre eigenen demokratischen Forderungen vortragen, diskutieren und nach einer Einigung eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnen. Ähnliche Gespräche sollten mit Vertreter*innen der Kurd*innen, der Minderheiten, der Frauen, der Arbeiter*innen usw. stattfinden. Ein aus 7–8 Personen bestehendes Aufsichtsgremium, dessen Mitglieder von den Gruppen benannt worden wären, sollte dazu dienen, sowohl Gesprächsblockaden zu überwinden als auch die Ergebnisse zu notifizieren. Alle Diskussionen auf Imralı sollten der Öffentlichkeit durch die Medien zugänglich gemacht werden. Dadurch hätte auch die Zustimmung im Land gewährleistet werden können. Natürlich hätten alle diese schriftlichen Dokumente auch die Richtung einer neuen demokratischen Verfassung der Türkei vorgegeben. So hätte die Türkei schließlich den Schritt hin zu einer demokratischen Republik machen können.

Ich muss es deutlich sagen: Wenn Erdoğan nicht gestoppt wird, dann wird er nicht nur in der Türkei, sondern auch im Mittleren Osten und in der gesamten Welt seine Kriegstreiberei verbreiten.

Als Ergebnis dieser Verhandlungen hätte Öcalan die PKK dazu aufgerufen, einen Kongress einzuberufen, der die Entscheidung über das Ende des seit 1984 andauernden bewaffneten Kampfes trifft. Die PKK-Führung hatte bereits die Vorbereitungen dazu getroffen. Die Erwartungen wurden jedoch enttäuscht: Dieser Prozess endete, weil Staatspräsident Erdoğan am 5. April 2015 die Verhandlungen auf Imralı schlagartig beendete. Zusammen mit dem IS unterwarf er das kurdische Volk im gesamten Mittleren Osten seinem Kriegskonzept. Groß- und Kleinstädte in Kurdistan wurden mit Panzern und Artillerie zerstört, die HDP-Kovorsitzenden, viele kurdische Abgeordnete und gewählte Bürgermeister*innen wurden festgenommen und die von der DBP geführten Stadtverwaltungen wurden Staatskommissar*innenen übergeben. Die Türkei ist in ein Gefängnis verwandelt worden, in dem Journalist*innen, Intellektuelle und Politiker*innen verhaftet und zehntausende öffentliche Angestellte entlassen wurden und werden. All diese faschistischen Maßnahmen sind Teil eines Kriegskonzeptes.

Es ist mehr als deutlich, dass Erdoğan unter dem Konzept »Präsidialsystem« Schritte unternimmt, in der Türkei eine dunkle Diktatur zu errichten. Er will die letzten Stückchen Demokratie eliminieren und die Hoffnungen auf Frieden auslöschen. So wie Hitler verbreitet er innerhalb wie außerhalb des Landes sein Kriegsgeschrei. Ich muss es deutlich sagen: Wenn Erdoğan nicht gestoppt wird, dann wird er nicht nur in der Türkei, sondern auch im Mittleren Osten und in der gesamten Welt seine Kriegstreiberei verbreiten.

Allen vermittelnden und friedensliebenden Freund*innen, die versuchen, zu einem gerechten, dauerhaften und ehrenhaften Frieden in der kurdischen Frage beizutragen, möchte ich zum Ende meiner Ausführungen noch sagen: Ebenso wichtig, wie es ist, dass die Waffen schweigen und dass die Ideen gehört werden, während verhandelt wird, genauso wichtig ist es auch, dass die Gesundheit und Sicherheit Öcalans bewahrt wird und dass er in der kürzest möglichen Zeit seine vollständige Freiheit erhält. Diese Schritte müssen entschlossen angegangen werden, damit der Weg zu Frieden und Demokratie sich vom bloßen Traum in Wirklichkeit verwandelt.

Zum Schluss möchte ich noch feststellen, dass wir alle, die wir in der Türkei und in Kurdistan Frieden und Geschwisterlichkeit der Völker wollen und die Demokratie unterstützen, zusammenstehen, dass wir Widerstand leisten und dass wir letztlich gewinnen werden. Wir sind fester Hoffnung, wir sind energisch und entschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Hatip Dicle, Kovorsitzender des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft

8. Dezember 2016

Periodika

**Impressum**
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

**Redaktion:**
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

**Kontaktadresse:**
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

**Bankverbindung:**
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

**Preise:**
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

**Titelbild:**
Wieder genüßlich lachen – Männer aus Raqqa Foto: ANF

**Rückseite:**
Konferenz 2017:
Die kapitalistische Moderne herausfordern III

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



## Unterstützt das Projekt – avahî – Solidarity Construction Rojava




SO KANNST DU UNS UNTERSTÜTZEN

Organisiere eine Soliparty, Konzert oder Infoveranstaltung. Stelle Spendendosen auf, sammle im Freund*innenkreis, leier deinem örtlichen ASTA Geld aus den Rippen, spende einen Tag deiner Lohnarbeit, schnorre deine reichen Eltern und Verwandten an ...

**SPENDENKONTO**

Kurdistan Hilfe e.V.
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40200505501049222704
BIC: HASPDEHHXXX
Stichwort: construction

Seit 2012 wird in der Region Rojava in Nordsyrien das Gesellschaftsmodell des selbstverwalteten demokratischen Konföderalismus erprobt. Zu den Grundlagen dieser Gesellschaft zählen unter anderem die Befreiung und Gleichstellung der Frauen, die nicht nur in bewaffneten Einheiten der YPJ kämpfen, sondern auch den alltäglichen Kampf gegen patriarchale Strukturen führen müssen. Zusammen mit der WJAR, der Stiftung der freien Frau Rojavas, möchten wir die Menschen vor Ort mit dem Bau eines Gesellschaftszentrums unterstützen, ein Projekt, das sich nur aus Spendengeldern finanzieren soll.

DAHER BRAUCHEN WIR AUCH DEINEN BEITRAG



Avahî – Solidarity Construction Rojava
KONTAKT: avahi@riseup.net, avahi.noblogs.org

Konferenz 2017:
14.-16. April

# Die kapitalistische Moderne herausfordern III

# Die demokratische Moderne entfalten

# Widerstand Rebellion Aufbau des Neuen

**Universität Hamburg**
**Audimax**

Weitere Informationen demnächst unter:
http://www.networkaq.net/




ISSN 0935-5375